

NACHRICHTEN

ZUR WIRTSCHAFTS-UND SOZIALPOLITIK

GEWERKSCHAFTSSPIEGEL · INFORMATIONEN UND KOMMENTARE

Frankfurt, November 1981

Einzelpreis 4,— DM

XXI. Jahrgang

D 3476 EX

11/81

Schon seit einiger Zeit haben sich die Unternehmer darangemacht, Pflöcke für die bevorstehende Tarifbewegung zu setzen. Ihnen kommt es auf die Weichenstellung an. Mit Schlagworten wie „produktivitätsorientierte Tarifierhöhung“ oder gar „Nominallohnpause“ soll der Umverteilungsprozeß zugunsten der Unternehmerprofite und die Senkung der Reallöhne, wie sie bereits in den vergangenen zwei Jahren zu verzeichnen ist, für die Zukunft fortgeschrieben werden.

Für die Gewerkschaften stellt ein solches Ansinnen eine Herausforderung dar. Denn hier soll mit der Senkung des Lebensstandards für die Arbeiter, Angestellten und Beamten die ganze Bandbreite der gewerkschaftlichen Errungenschaften aufgerollt werden. Die Bundesregierung spielt dabei mit ihrer Rotstiftpolitik eine unrühmliche Vorreiterrolle. Die umfangreichen Kürzungen im Sozialwesen bedeuten bereits einen tiefen Einschnitt in den Lebensstandard. Verteuerungen im Gesundheitswesen und Einschränkungen von sozialen Leistungen drücken schon jetzt auf die Geldbeutel der abhängig Beschäftigten. Mit den Plänen, die Bezüge

der Beamtenanwärter, aber auch aller übrigen Beschäftigten im öffentlichen Dienst zu kürzen und die nächste Tarifierhöhung um drei Monate für Beamte zu verzögern, bereiten die öffentlichen Unternehmer den Weg für Reallohnabbau auch in den anderen Bereichen der Wirtschaft. Um einzuschüchtern, verweist man auf die steigenden Arbeitslosenzahlen und die düsteren wirtschaftlichen Aussichten für die kommenden Monate. Wie alljährlich leisten die bürgerlichen Wirtschaftsinstitute mit ihrem Herbstgutachten eifrig Schützenhilfe. Die bevorstehende Tarifrunde stellt so-

Lebensstandard gemeinsam verteidigen

mit an die gewerkschaftliche Willensbildung und an das Durchsetzungsvermögen außerordentlich hohe Anforderungen. Wenn die Reallöhne gehalten werden sollen, wenn womöglich auch Verbesserungen erzielt werden sollen, dann muß in den Gewerkschaften eine breite Mobilisierung für die gewerkschaftlichen Forderungen erfolgen, dann muß die Einsatzbereitschaft der Mitglieder geweckt und genutzt werden. Darüber hinaus erscheint es notwendig, daß dem Zusammenspiel der öffentlichen und privaten Unternehmer der verstärkte Zusammenhalt der Einzelgewerkschaften entgegengesetzt wird. Denn sollten die Absichten, den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes Löhne und Gehälter zu kürzen, nicht abgewehrt werden können, wären alle anderen abhängig Beschäftigten in ihrem Kampf um Besitzstandswahrung geschwächt.

Daß aber auch in außergewöhnlich schwierigen Zeiten ungeahnte Kräfte mobilisiert werden können, zeigen nicht zuletzt die Massendemonstrationen für Frieden und Abrüstung in Europa. In einer sehr zugespitzten Situation der Aufrüstung und der außenpolitischen Rollback-Strategien haben nach der Bonner Friedensdemonstration rund 1 Million Menschen in London, Rom, Paris und Brüssel für die Sicherung des Friedens demonstriert. Da sollte es nicht möglich sein, dem innenpolitischen sozialen Rollback und der Bedrohung des Lebensstandards einen ähnlichen mächtigen und geschlossenen Widerstand entgegenzusetzen? reb

Aus dem Inhalt:

Historischer 10. Oktober 1981: Friedensbewegung ein Faktor	2
Reallöhne sichern und erhöhen Solidarität kontra Unternehmerdiktat	4
Angriffe auf soziale Rechte und Tarifautonomie geplant	5
Massenarbeitslosigkeit mit Rekord 2-Millionen-Grenze überschritten	7
GHK protestiert gegen „Nachrüstung“ 35-Stunden-Woche als Aktionsziel	9
Polizei nicht verantwortlich für die Fehler der Politik Interview mit Günter Schröder, Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei	10

Thesen der IG Metall zur Tarifrunde '81	
Echo zum DGB-Aufruf: „Frieden durch Abrüstung“	
Beschlüsse des GHK-Gewerkschaftstages und der VS-Delegiertenkonferenz	13—20

GGLF: Die eigene Existenz stand nicht zur Debatte	21
Die Hexenjagd geht weiter: Jetzt auch Berufsverbote bei der BA	23
Selbst CDA-Frauen wehrten sich gegen „Mutterkreuzideologie“	25
Sozialdemontagen weiter verschärft: Neue Belastungen auch für Rentner	27
„Solidarnosc“ will die Macht Chaos nach chilenischem Muster	28
DDR: Soziale Sicherheit — Ergebnis des Kampfes der Arbeiterbewegung	30

Historischer 10. Oktober 1981: Friedensbewegung ein Faktor

Nichts wurde von den im Bundestag vertretenen Parteien, der Regierung und ihrem publizistischen Anhang unversucht gelassen, um mit kaum noch zu überbietenden Diffamierungen den Friedenswillen zahlreicher Menschen in den Schmutz zu ziehen. Erst in letzter Minute, als sich eine große Beteiligung in Bonn abzeichnete, vollzogen SPD und FDP einen Schwenk: Statt Ablehnung der Demonstration wurde versucht, die Teilnehmer zu spalten: in „ehrliche Pazifisten“, in solche, die „einfach Angst“ haben, und in Mitglieder der DKP und SDAJ, denen man unterstellte, „das politische Süppchen Moskaus“ zu kochen.

Während der Bundestag in seiner Sondersitzung am 9. Oktober noch den Antrag der Unionsparteien diskutierte, die Kundgebung als „unvereinbar mit den Sicherheitsinteressen der Bundesrepublik“ zu erklären, waren die ersten Teilnehmer in Bonn angereist. Schließlich vereinigten sich am 10. Oktober, der in die Geschichte eingehen wird, 300 000 zur größten Demonstration der Nachkriegszeit. Im Mittelpunkt stand die Kampfansage an den NATO-Raketenbeschluß.

Unter den Teilnehmern aller weltanschaulicher und politischer Richtungen zahlreiche Gewerkschaftsgruppen, die auf Transparenten auf ihre Gewerkschaftszugehörigkeit hinwiesen. Doch die DGB-Spitze fehlte. Sie hatte sich selbst ins Abseits manövriert, als sie Anfang Juli der Gewerkschaftsjugend untersagte, als Mitaufrufer in Erscheinung zu treten.

Gewerkschaften wie die GEW, die auf ihrem außerordentlichen Gewerkschaftstag am 3./4. Oktober ihre Mitglieder zur Teilnahme aufgefordert hatten, bekamen den Zorn der DGB-Oberen zu spüren. Ihr Aufruf wurde als unvereinbar mit der gewerkschaftlichen Beschlußlage erklärt (siehe Einhefter). Zehntausende GEW-Mitglieder waren in Bonn dabei. Selbst der Hauptvorstand der IG Chemie-Papier-Keramik wich in dieser Frage von seinem Sozialpartnerkurs ab. Er finanzierte 15 Busse, nachdem bereits Vorsitzender Hauenschild sich im DGB-Bundesvorstand gegen ein offizielles Teilnahmeverbot für die Gewerkschaftsjugend ausgesprochen hatte.

Auch Georg Benz, Mitglied des geschäftsführenden Vorstands der IG Metall, ließ sich trotz Pressionen der eigenen Gewerkschaftsführung und des DGB-Vorstands nicht davon abbringen, auf der Bonner Abschlussskundgebung zu sprechen. Er schrieb denjenigen, „die diese Kundgebung als das Geschäft Moskaus“ diffamieren und damit Zehntausende von Menschen, die sich für den Frieden einsetzen, zu politischen willenlosen Handlangern ab-

stempeln, ins Stammbuch, daß sie die „geschichtliche Lektion der Deutschen in diesem Jahrhundert nicht begriffen“ hätten.

Im Verlauf seiner Rede machte Benz, der in Bonn „als freier Bürger, Gewerkschafter und Sozialdemokrat“ sprach, „auch wenn das einigen Kollegen im gewerkschaftlichen Bereich nicht gefällt“, den Zusammenhang von militärischer Hochrüstung und Sozialabbau deutlich. Ausdrücklich erwähnte er den Sparhaushalt 1982. Bei Arbeitnehmern, Rentnern und Unterstützungsempfängern würden Milliardenbeträge eingespart, doch die wahnwitzigen Rüstungsausgaben stiegen weiter und weiter. Und „ebenso unaufhaltsam steigt die Massenarbeitslosigkeit“.

Für solche Aussagen erhielt Benz viel Beifall. Proteste ertönte er jedoch, als er Konzessionen an dem hierzulande herrschenden Antikommunismus machte und die Sowjetunion pauschal angriff. Damit zerstörte er Sympathien, die ihm vorher gegolten hatten.

Wie weitere Redner widerlegte SPD-Präsidiumsmitglied Erhard Eppler das Argument der notwendigen Nachrüstung. In der atomaren Rüstung, so erklärte er, sei der Westen dem Osten „auch ohne neue Mittelstreckenraketen mehr als gewachsen“. Der Friedensbewegung stellte er die Aufgabe, „die Kette der Vor- und Nachrüstungen aufzubrechen, die uns alle in den Abgrund zerrt“.

Mit der großen Friedensdemonstration der 300 000 und ihrem friedlichen Verlauf hat sich die Bundesrepublik gewandelt. Über die Friedensbewegung, die Menschen aller weltanschaulichen Richtungen vereint und sich in Bonn in so überzeugender Weise darstellte, kann nicht mehr hinweggegangen werden. Sie ist ein Faktor, mit dem die Regierenden zu rechnen haben. Entsprechend war auch das Echo der Massenmedien. Nur die „Welt der Arbeit“, die Wochenzeitung des DGB, tat sich schwer. Abgesehen von einer Meldung gegen Gesinnungsschnüffelei an Nord-

rhein-Westfalens Schulen im Zusammenhang mit der Friedenskundgebung, ließ sie den Generalsekretär der CDU, Heiner Geißler, über die „Friedenssehnsucht“ räsonieren.

Es müssen jedoch noch viele Bonns folgen, bis der NATO-Raketenbeschluß vom Tisch ist. Die Gewerkschaftsjugend hat das begriffen. Gemeinsam anderen Jugendorganisationen setzte sie am 31. Oktober mit Friedensdemonstrationen in mehreren DGB-Landesbezirken das fort, was am 10. Oktober in so großartiger Weise manifestiert wurde: der Kampf für Abrüstung, Frieden und Völkerverständigung. Ein weiterer Höhepunkt wird auch zweifellos das für den 21. November einberufene zweite Krefelder Forum in der Dortmunder Westfalen-Halle werden. Gisela Mayer

GLOSSE

Zweiseitig?

Einseitigkeit ist immer von Übel. Das hat die CDU schon lange erkannt. Deshalb verlangt sie vor jeder Tarifbewegung Verzicht auf hohe Forderungen von den Gewerkschaften und Verzicht auf Zugeständnisse von den Unternehmern. Jeder muß nämlich Opfer bringen.

Aber auch die SPD/FDP-Regierung ist konsequent gegen Einseitigkeit. Darum fordert sie von beiden Seiten Verständnis für die Bonner Haushaltsbeschlüsse. Die Arbeitnehmer und Gewerkschaften sollen Verständnis aufbringen für den Sozialabbau; die Unternehmer hingegen sollen Verständnis dafür haben, daß man für die Milliarden-Subventionen, die sie nun zusätzlich aus Steuergeldern bekommen, mehr Investitionsbereitschaft erwartet.

CDU, SPD und FDP sind gemeinsam erst recht gegen Einseitigkeit, wenn es um Atomraketen und Abrüstung geht. Wer die USA attackiert, soll gefälligst ausgewogen auch die UdSSR kritisieren. Daß die USA das Rüstungskarussell ständig neu antreiben, während die UdSSR pausenlos Abrüstungsvorschläge macht, tut nichts zur Sache. Es geht nur darum, Einseitigkeit zu vermeiden.

Und weil Gewerkschafter in der Regel objektiv und fair sind, haben auch viele ihrer namhaften Funktionäre der Friedensbewegung vorgeworfen, einseitig zu sein. Deshalb warnten sie vor der Beteiligung daran.

Der DGB wird aus dieser Grundhaltung gewiß Konsequenzen ziehen. Künftig wird er bei Tarifbewegungen – oder Aussperrungen gar! – sowohl den Unternehmerverband als auch die beteiligte Gewerkschaft kritisieren: wegen Vorbereitung eines Kampfes! okulus

Moskau-Besuch Heinz O. Veters

„In Bekenntnis dessen, daß der Frieden die wichtigste Voraussetzung für den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Fortschritt schafft, fordern der WZSPS und DGB auf, die Friedenspolitik über andere politische Aufgaben in der Tätigkeit der Regierungen und anderer öffentlichen Kreise zu stellen.“ Dieser gemeinsame Appell an die Regierungen findet sich in dem Kommuniqué über den Besuch des DGB-Vorsitzenden Heinz Oskar Vetter beim Vorsitzenden des Zentralrates der sowjetischen Gewerkschaften (WZSPS), Alexander Schibajew (Wortlaut Seite 29).

Vetter hatte vom 11. bis 13. Oktober den längst überfälligen Besuch der Sowjetunion gemacht und war bei dieser Gelegenheit auch von Leonid Breschnew empfangen worden. Auch bei dieser Unterredung wurde, wie es im Kommuniqué darüber heißt, „die wichtige Rolle unterstrichen, welche die gesellschaftlichen Organisationen, die die Interessen der Arbeitnehmer vertreten, im Kampf um die Zügelung des gefährlichen Wettrenns und um die Sicherung der Stabilität des Friedens in Europa und der friedlichen Zusammenarbeit aller europäischen Länder zu spielen berufen sind“.

Dieser Besuch und die gemeinsamen Willensäußerungen über Zusammenarbeit auch bei der Friedenssicherung machen die großen Möglichkeiten deutlich, die in dieser Lebensfrage den Gewerkschaften im allgemeinen und dem DGB als einer der gewichtigsten Gewerkschaftsorganisationen im Zentrum Europas gegeben sind. Würde der DGB seine im Widerspruch zur eigenen Programmaussage und Beschlußlage stehende Zurückhaltung beim Engagement für Abrüstung endlich aufgeben und solidarische Aktivitäten auch über

die Landesgrenzen hinweg entfalten, würde es den Rüstungspolitikern viel schwerer werden, ja unmöglich, die Hochrüstung zu forcieren.

Es ist jedoch augenscheinlich, daß der DGB seine Koordinierungs- und Vertretungsaufgabe in Fragen, die gewerkschaftliche Grundanliegen sind, immer dann nicht wahrnimmt, wenn das sozialdemokratischen Regierungs- und Parteipolitikern nicht ins Konzept paßt. Nicht einmal informiert werden die fast acht Millionen Gewerkschaftsmitglieder durch die DGB-Presse! Vom Moskau-Besuch Veters brachte die „Welt der Arbeit“ am 15. Oktober nur ein Foto mit zwei Zeilen Bildtext. In der nächsten Ausgabe, am 22. Oktober, spielte das Thema überhaupt keine Rolle mehr: kein Bericht, auch kein Kommuniqué.

Das ist kein Zufall. Auch die Friedensdemonstration der 300 000 in Bonn war der „WdA“ kaum die Erwähnung wert. Daß am 15. Oktober in Düsseldorf alle DGB-Kreisvorsitzenden mit dem Bundesvorstand über die Unterschriftenaktion „Frieden durch Abrüstung“ berieten, nimmt das Organ des DGB nicht zur Kenntnis. Erfahren kann man in der „WdA“ auch nicht eine so außerordentlich wichtige Angelegenheit, daß sich am 24. und 25. November in Genf die Vorsitzenden und andere führende Funktionäre aller Gewerkschaftsbünde Europas aus Ost und West treffen (siehe Seite 29).

Dieses Abschotten der Mitglieder von wichtigen gewerkschaftspolitischen Vorgängen, die ihre Denk- und Handlungsweise positiv beeinflussen könnten, ist offenbar gewollt. Die Mitglieder der Gewerkschaften sollten sich das nicht länger bieten lassen. G. Siebert

Preise steigen – Kaufkraft sinkt

Wer am Jahresanfang Lohn- und Gehaltserhöhungen um 5 Prozent (netto waren es dann 3,5 Prozent) erhielt, der kann am Ende dieses Jahres weniger kaufen als am Anfang. Der Kaufkraftverlust durch die Preissteigerungen dürfte um 3 Prozent herum betragen. So wird die bittere Bilanz dieses Jahres aussehen, denn die Preise werden von Staat und Unternehmerschaft wieder schneller denn je nach oben getrieben.

War in den ersten Monaten 1981 noch eine 4 vor dem Komma, so ist es in den letzten Monaten bereits eine 6 mit deutlicher Tendenz zur 7, die die Rate der Preissteigerungen anzeigt. Die Bonner Kürzungsmaßnahmen, die immer neuen Haushaltslöcher, die zu im-

mer weiteren Kürzungen bei Sozialleistungen sowie Gebühren- und Steuererhöhungen führen, werden im kommenden Jahr die verfügbaren Einkommen der abhängig Beschäftigten ebenfalls verkleinern.

Es ist also eine ganz einfache Folgerung, daß dies Auswirkungen auf die Tarifpolitik der Gewerkschaften haben muß. Für die Forderungen kann das nur bedeuten, sie so hoch anzusetzen, daß die Reallöhne gesichert bzw. leicht angehoben werden können. Denn sonst sinkt der Lebensstandard der Arbeitenden, fallen sie bei der Verteilung des Volkseinkommens weiter zurück, während es allein den Kapitalbesitzern immer besser geht. Sb.

Unterschriften

Unzufriedenheit herrscht beim DGB über die noch geringe Zahl von Unterschriften für den Appell „Frieden durch Abrüstung“. Bis Ende September sollen es von den 7,8 Millionen Mitgliedern der DGB-Gewerkschaften lediglich 170 000 gewesen sein, die den DGB-Appell unterschrieben hatten – den Krefelder Appell haben mittlerweile 1,5 Millionen, darunter auch Hunderttausende Gewerkschafter, mit ihrer Unterschrift unterstützt. Den DGB-Aufruf dürften nach Schätzungen mittlerweile 250 000 unterzeichnet haben. Diese Angaben machte Karl Schwab, Mitglied des geschäftsführenden DGB-Bundesvorstands, auf einer am 15. Oktober im Düsseldorfer Hilton-Hotel stattgefundenen Beratung aller DGB-Kreisvorsitzenden der Bundesrepublik, der ersten übrigens nach langen Jahren.

Einziger Tagesordnungspunkt war die gegenwärtige Unterschriftenaktion des DGB. Der DGB-Vorsitzende Heinz Oskar Vetter mußte sich viel Kritik anhören. Die Aktion wäre viel zu spät gestartet worden; bei einer Mitträgerenschaft des DGB an der größten Demonstration in der Geschichte der Bundesrepublik am 10. Oktober hätte sich die Möglichkeit ergeben, Zehntausende von Unterschriften zu sammeln.

Intern hat sich der DGB das Ziel gestellt, mindestens 2 Millionen Unterschriften zusammenzubekommen. Um das zu erreichen, bleibt noch viel zu tun. Vor allem muß der DGB mehr Aufklärungsmaterial für die notwendigen Diskussionen zur Verfügung stellen. Organisatorische Maßnahmen allein reichen nicht aus. Bisher sind Unterschriftenergebnisse wie die des Kreises Starkenburg (Darmstadt) mit mehr als 10 000 noch nicht die Regel. Dort war es möglich, daß z. B. bei Merck nach einer Belegschaftsversammlung durch offensives Auftreten des Betriebsrats im Betrieb 400 Arbeiter und Angestellte den Appell unterschrieben.

Unterstützung erfährt der DGB bei seiner Aktion für den Frieden auch aus dem Bereich der Parteien. Während die SPD mehr oder weniger formal Unterstützung zusagte, hat die DKP ihre Mitglieder aufgefordert, den DGB-Appell zu unterschreiben und gleichzeitig eine großangelegte Friedensdiskussion in der Arbeiterschaft zu führen. Die Führungsspitze der DKP übergab dem DGB eine Liste mit Unterschriften ihrer führenden Repräsentanten, verbunden mit einem Begleitschreiben (siehe Einhefter). Zu der Planung des DGB, die Unterschriftenaktion mit einer großen Demonstration und Kundgebung abzuschließen, sind bisher noch keine Einzelheiten festgelegt worden. W. P.

Reallöhne sichern und erhöhen Solidarität kontra Unternehmerdiktat

Die Lohn- und Gehaltstarifrunde 1982 ist bereits in vollem Gange. Schon seit Monaten trommeln die Unternehmer, unterstützt von der Bundesregierung und mit Hilfe der von ihnen beherrschten Massenmedien, die Parole von der Reallohnsenkung. Für die 15 Millionen Arbeiter und Angestellten, deren Tarifverträge in den ersten vier Monaten 1982 kündbar sind, will das Kapital parallel zum Kahlschlag der sozialen Leistungen eine Lohnpause, höchstens eine Mini-Lohn-erhöhung, weit unter der Preissteigerungsrate, diktieren. Bei diesen Auseinandersetzungen wird der IG Metall eine Schlüsselrolle zukommen.

Nachdem die unbefriedigende Orientierung des Vorstands der IG Metall auf der Klausurtagung in Ludwigsburg — Lohnabschluß unterhalb der Preissteigerungsrate, Kopplung mit „Tarifrente 60“ bei gleichzeitiger Verlängerung des Wochenarbeitszeitabkommens — in der Mitgliedschaft auf Kritik gestoßen ist, hat der Vorstand auf seiner Sitzung am 12. Oktober weder eine öffentliche noch eine interne Empfehlung für die Forderungshöhe vorgegeben. Die Kritik an der IG-Metall-Spitze richtet sich vor allem gegen die beabsichtigte Kopplung der Lohn- und Gehaltstarifrunde mit einer Tarifrente, weil dies zwangsläufig zu einer weiteren empfindlichen Reallohnsenkung führen würde.

Die Tarifkommissionen im IG-Metall-Bezirk Stuttgart und zahlreiche Vertreterversammlungen im ganzen Bundesgebiet haben sich unmißverständlich gegen eine Kopplung ausgesprochen und einer weiteren Reallohnsenkung den Kampf angesagt. Dabei stützen sich viele Gewerkschafter auf den DGB-Vorsitzenden Heinz Oskar Vetter, der in seiner Eröffnungsrede auf dem Anfang Oktober stattgefundenen 11. ordentlichen Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Holz und Kunststoff sich gegen „konservative Meinungsmacher in der Lohnfrage“ ausgesprochen hatte: „Nicht die Senkung, sondern die Erhöhung, zumindest die Sicherung der Realeinkommen der Arbeitnehmer ist das Gebot der Stunde! Wenn die Unternehmer nicht investieren, dann darf der Nachfrageausfall nicht noch durch den Rückgang der Massenkaukraft verstärkt werden.“ Auch der IG-Metall-Vorsitzende Eugen Loderer hat sich Mitte Oktober auf der Stahlkonferenz seiner Gewerkschaft gegen Reallohnsenkungen gewandt. Wörtlich erklärte er: „Jeder sieht doch an der Beschäftigungslage, wohin ein Rückgang des Realeinkommens führt.“

Geht man von Vettters und Loderers Anspruch aus, die Reallöhne zu sichern, dann ergeben sich seit dem letzten Tarifabschluß vom Januar 1981 für die metallverarbeitende Industrie folgende Daten:

- 6,5 Prozent durchschnittliche Preissteigerung;
- 1,5 Prozent Unterschied von Brutto- und Nettolöhnen infolge der Steuerprogression;
- 1 Prozent Erhöhung des Krankenkassenbeitrages, wovon die Hälfte vom Arbeitnehmer zu tragen ist.

Zusammengerechnet ergeben diese Durchschnittszahlen einen erforderlichen Abschluß von 8,5 Prozent, nur um eine Reallohnsenkung zu verhindern. Bei einer Erhöhung der Reallöhne, wie sie Vetter verlangte, müßte ein noch höherer Abschluß getätigt werden. Wenn die Beschäftigten des nordrhein-westfälischen Tischlerhandwerks gegenwärtig 9,5 Prozent mehr Lohn fordern, dann könnte damit bei einem sehr hohen Abschluß bestenfalls eine Reallohnsicherung erreicht werden.

Angeichts der auf drastische Reallohnsenkung ausgerichteten Tarifpolitik der Unternehmer, die von der Bundesregierung voll unterstützt wird, steht den Gewerkschaften eine der schwierigsten Lohn- und Gehaltstarifrunden der Nachkriegszeit bevor. Als Waffe haben sie nur die Kampfkraft ihrer Organisation und die Solidarität untereinander. Allein wird eine Gewerkschaft — das gilt auch für die große IG Metall — nicht mehr in der Lage sein, das von Vetter anvisierte Ziel, den Reallohn zu sichern, verwirklichen zu können. Alle DGB-Gewerkschaften sollten darum nicht nur verbal, sondern auch aktiv an der Seite der IG Metall stehen, wenn diese den Kampf gegen Gesamtmetall aufnimmt.

Sicher können dabei die Erfahrungen der Kampfform „Neue Beweglichkeit“ während der letzten Tarifrunde mit ausgewertet werden (siehe dazu Thesen des IG-Metall-Bezirks Stuttgart im Einhefter). Eine dieser Erfahrungen lautet, daß künftig bei Warnstreiks nicht nur die Metallarbeiter auf die Straße gehen, sondern auch die Beschäftigten im öffentlichen Dienst, der Druck- und Chemie-Industrie sowie anderer Wirtschaftsbereiche befristet die Arbeit niederlegen. Werner Petschick

Wir leisten Widerstand

Die IG-Metall-Bezirksleitung Stuttgart hat in ihren „Metall-Nachrichten“ Nr. 1 vom 30. September dazu aufgerufen, den Sparplänen der Bundesregierung Widerstand entgegenzusetzen. Es wird erläutert, was getan werden kann. Nachfolgend veröffentlichen wir die IG-Metall-Anleitung geringfügig gekürzt.

Podium

Führt Podiumsdiskussionen mit den Bundestags- und Landtagsabgeordneten durch. Vor der Wahl kommen die Volksvertreter immer gerne. Nun sollen sie auch einmal zur „Halbzeit“ darstellen, wo sie stehen und was sie für euch als Arbeitnehmer tun. Wenn Abgeordnete sich „aus der Verantwortung stellen“ wollen, macht ihnen klar, daß es letztlich das Parlament sein muß, das Entscheidungen trifft. Wenn es nicht anders geht, schreibt den Abgeordneten eure Meinung. Die Adressen hat jede Verwaltungsstelle.

Betrieb

Wichtig ist zunächst eine umfassende Information aller Arbeitnehmer, was an Belastungen auf sie zukommen wird, wenn die Vorschläge der Bundesregierung wirksam werden sollten. Nutzt die nächste Betriebsversammlung zur Diskussion. Beschließt dort Resolutionen an die Bundesregierung. Die Arbeitnehmer haben ein Recht darauf, von den betrieblichen Interessenvertretern umfassender und vor allem ehrlicher informiert zu werden. Macht den Kolleginnen und Kollegen deutlich, daß die nächste Tarifrunde schon längst begonnen hat.

Straße

Wir müssen auch in der Öffentlichkeit deutlich machen, daß wir die Sparbeschlüsse der Bundesregierung nicht akzeptieren. Gemeinsam mit allen Gewerkschaften im DGB soll deshalb in örtlichen Veranstaltungen oder Demonstrationen Widerstand gezeigt werden...

Papier

Diskutiert die Sparbeschlüsse der Bundesregierung in der Ortsverwaltung, Vertreterversammlungen, Vertrauensleutesitzungen. Geht mit euren Meinungen in die Öffentlichkeit. Überlaßt die Information nicht den überwiegend konservativen Medien. Schreibt die Ergebnisse eurer Diskussion an die Bundesregierung. Es muß deutlich werden, daß ihr mit der einseitigen Belastung nur der Arbeitnehmer nicht einverstanden seid. Auch wenn sich je ein einzelner noch nicht so stark betroffen fühlt — wir müssen den Anfängen wehren.

Angriff auf soziale Rechte und Tarifautonomie geplant

Beschlüsse des Bundeskabinetts, die mit dem Begriff „Sparmaßnahmen“ als notwendig und harmlos verkauft werden, stellen für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes — sollten sie Wirklichkeit werden — einen tiefen Einbruch in materielle und soziale Rechte dar. Offenbar in der Hoffnung, daß die wieder aufgewärmten Vorurteile gegenüber Beamten die reale Situation genügend vernebeln, ist ein massiver Raubzug auch auf die Gehälter der Arbeiter und Angestellten vorbereitet. Was sehen diese Beschlüsse speziell für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes vor?

Zum einen sollen die Gehälter der Beamten erst mit einer Verzögerung von drei Monaten an das Ergebnis der bevorstehenden Tarifrunde angepaßt werden. Zum anderen sollen sie durch Abzug von 1 Prozent des Anfangsgrundgehalts und des Ortszuschlags der Stufe 1 — mit Wirkung vom 1. Januar 1982 — gekürzt werden. Die Gewerkschaft ÖTV verweist darauf, daß auch die Angestellten von diesen Kürzungsvorhaben unmittelbar betroffen sind, da im Bereich des Bundes, der Länder und der bayerischen Gemeinden die Tarifverträge einen Verweis auf das Beamtenrecht beinhalten. Für die Beschäftigten der Gemeinden außerhalb Bayerns werden die Kürzungen beim Ortszuschlag beabsichtigt, da der Bundesangestelltentarif hier eine Bindung an das Beamtenrecht enthält. Es steht aber zu erwarten, daß die Bundesregierung auch die Arbeiter im öffentlichen Dienst schröpfen will. Allerdings ist dann die Kündigung bestehender Tarifverträge erforderlich, weil Arbeiter keinen Ortszuschlag erhalten. Der soziale Kahlschlag trifft auch die Arbeitsplätze: 1 Prozent aller Stellen soll künftig eingespart werden. Von der Beihilfefähigkeit der Arztkosten bis zur Altersversorgung sind weitere Eingriffe vorgesehen.

Für alle Beschäftigten des öffentlichen Dienstes will somit die Bundesregierung eine einschneidende Senkung des Lebensstandards verordnen. Denn die genannten Maßnahmen kämen zusätzlich zu dem allgemeinen Sozialabbau für alle abhängig Beschäftigten hinzu. Darüber hinaus ist aber wichtig zu sehen, daß hier der Rechtsstatus der Beamten und ihre eingeschränkten Tarifrechte dazu ausgenutzt werden sollen, die Tarifautonomie für den gesamten öffentlichen Dienst zu unterlaufen. Diese Vorhaben wertet die Gewerkschaft ÖTV als Kampfansage. „Sollten die öffentlichen Arbeitgeber versuchen — so warnt der Hauptvorstand der ÖTV in einer Stellungnahme —, durch Kündigung von Tarifverträgen Einkommen abzubauen, wird die Gewerkschaft ÖTV die notwendigen gewerkschaftlichen Mittel ergreifen, um dies zu verhindern.“

Um den Eingriff der öffentlichen Unternehmer in den materiellen und sozialen

Standard der Arbeiter, Angestellten und Beamten abzuwehren, wird es sicherlich erforderlich sein, daß alle Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes gemeinsam vorgehen. Ob es allerdings den gewerkschaftlichen Forderungen den notwendigen Nachdruck verleiht, wenn der Hauptvorstand der ÖTV die grundsätzliche Bereitschaft ausdrückt, einen „Beitrag für eine Haushaltssanierung“ zu leisten, erscheint fraglich.

Und hartnäckiger Widerstand ist geboten, denn offensichtlich soll in diesem Bereich ein Exempel statuiert werden, bestehende Tarifverträge von hinten aufzurollen. Die Unternehmer der Pri-

Zum Beispiel Frankfurt

Unternehmer und Bundesregierung müssen damit rechnen, daß ihre gemeinsam betriebene Politik der Arbeitsplatzvernichtung und des Sozialabbaus auf den gemeinsamen Widerstand der Betroffenen und der Einzelgewerkschaften stößt. Die häufig so erfolgreich betriebene Salamiaktik, nach der scheinbarweise den Beschäftigten in den verschiedenen Wirtschaftsbereichen die Rechte beschnitten werden sollen, würde dann nicht mehr funktionieren. Einen dicken Strich durch derartige Unternehmerrechnungen machen die Frankfurter. 4000 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes demonstrieren Anfang Oktober gegen die geplanten Stellenstreichungen in der Stadtverwaltung, wo im kommenden Jahr 340 Arbeitsplätze „eingespart“ werden und 499 einen „kw-Vermerk“ — kann wegfallen — erhielten.

Die Stellenstreichungen, die der Magistrat beschlossen hat, würden zu bedeutenden Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen und zur faktischen Einschränkung von Dienstleistungen führen. Denn schon heute ist in vielen Bereichen des öffentlichen Dienstes der Betrieb nur noch mit ständigen Überstunden aufrechtzuerhalten. Darauf verwiesen auch die Gewerkschafter und drohten an, daß künftig durch die Verweigerung von Überstunden, durch

vatindustrie werden diesen staatlichen Eingriff in die Tarifautonomie sicherlich mit großer Aufmerksamkeit verfolgen. Heinz Oskar Vetter, der DGB-Vorsitzende, hat auf dem Festakt zum 90jährigen Bestehen der IG Metall an ein Rezept erinnert, das sich auch in diesem Fall als wirkungsvoll erweisen könnte: „Die beste Art, die gewerkschaftliche Tarifautonomie gegen die vielfältigen Angriffe von Unternehmenseite und aus dem politischen Raum zu verteidigen, ist der Schritt nach vorn, die umfassende Nutzung der mit dem tarifpolitischen Instrumentarium gegebenen Möglichkeiten. Dieser Erkenntnis kommt besondere Bedeutung in Zeiten zu, in denen sich die Versuche des gesellschaftspolitischen „Rollback“ häufen, die es erforderlich machen, sich auf die eigene Kraft zu besinnen.“

Diese Auffassung vertreten offenbar auch die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, die z. B. in Offenbach, Kassel, Frankfurt und München in befristeten Streiks und Protestversammlungen ihre gewerkschaftliche Kampfkraft in die Waagschale warfen. Einen Schritt weiter im gewerkschaftlichen Abwehrkampf gegen die Sozialdemontage ging der DGB Baden-Württemberg, der unter der Losung: „Wir leisten Widerstand“ zu einer Demonstration und Kundgebung in Stuttgart aufrief.

Renate Bastian

Einhaltung der Arbeitssicherheitsvorschriften auf diese Beschäftigtensituation hingewiesen werden müsse. Selbstverständlich interessierten sich die Frankfurter nicht nur für die eigenen Belange in ihrer Stadt. Der Bundes- und Landesregierung demonstrieren sie die Entschlossenheit: „Die Politik der Arbeitsplatzvernichtung, den Abbau von Sozialleistungen, die Senkung der Realeinkommen der Arbeitnehmer und die geplanten Eingriffe in die Tarifautonomie müssen wir mit allen zur Verfügung stehenden gewerkschaftlichen Mitteln bekämpfen.“

Hervorstechend an der Frankfurter Aktion ist aber nicht nur, daß — ähnlich wie in Baden-Württemberg — DGB und die Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes gemeinsam demonstrieren. Auf der Kundgebung drückten auch Vertreter des VDM-Betriebsrats und Vertrauensleute der AEG ihre Solidarität aus. Die Beschäftigten der Adlerwerke hatten sogar die Arbeit niedergelegt, um die Gemeinsamkeit des Abwehrkampfes zu unterstreichen. Sie antworten damit auf die Unterstützung, die sie von seiten der ÖTV im Kampf um die Erhaltung ihrer Arbeitsplätze erhalten hatten. Darüber hinaus sind dies aber Beispiele von gewerkschaftlichem Zusammenhalt, die den Unternehmern ernsthaft Kopfzerbrechen machen. reb.

HBV für aktive Tarifpolitik

Die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) hat den Unternehmern vorgeworfen, in den nächsten Monaten „eine für die ganze weitere Entwicklung entscheidende Schlacht gegen die Arbeitnehmer“ schlagen zu wollen. „Wer von uns Gehalts- und Lohnverzicht fordert, wer den Arbeitnehmern die Preisinflation anlasten will, wer mit Arbeitslosigkeit droht und wer alle Entscheidungen ohne die Arbeitnehmer allein treffen will, der offenbart, daß die vielbeschworene ‚gesamtwirtschaftliche Verantwortung‘ nur von einer Seite, nämlich von den Arbeitnehmern, getragen werden soll.“ Das erklärte das geschäftsführende HBV-Vorstandsmitglied Hanshorst Viehof Mitte Oktober. Ein Nachgeben der Gewerkschaften würde nicht nur den Lebensstandard der Beschäftigten treffen, sondern auch die Talfahrt der Wirtschaft beschleunigen. In diesem Zusammenhang sprach sich der HBV-Funktionär für „eine aktive, kämpferische und durchsetzungsfähige Tarifpolitik“ aus.

GEW klagt auf Arbeitszeitverkürzung

Mit Feststellungsklagen vor den Verwaltungsgerichten will die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) eine Verkürzung der Arbeitszeit für Lehrer erreichen. Mitte Oktober erinnerte GEW-Vorsitzender Dieter Wunder an die bereits 20 Jahre währenden Bemühungen, eine Arbeitszeitregelung entsprechend der 40-Stunden-Woche zu erreichen. Nach seinen Angaben sind derzeit 20 000 Lehrer arbeitslos und 30 000 nur mit Lehraufträgen bzw. Dreimonatsverträgen beschäftigt. Allein für Nordrhein-Westfalen rechnet die Gewerkschaft 1990 mit rund 80 000 arbeitslosen Lehrern.

5 Prozent Erhöhung und mehr Urlaubsgeld

In der zweiten und dritten Verhandlungsrunde konnte die IG Chemie-Papier-Keramik (IG ChPK) für die Beschäftigten der Mineralölkonzerne neue Tarifverträge abschließen. Danach erhöhen sich die Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen um 5 Prozent. Das Urlaubsgeld steigt für 1982 zwischen 192 und 230 DM und hat damit die 2400-DM-Grenze überschritten. Darüber hinaus wurden zusätzliche Freischichten für Schichtarbeiter zwischen zwei und sechs Tagen vereinbart. Bei Shell, Mobil Oil und Texaco gelang es der Gewerkschaft, für Beschäftigte über

55 Jahre die Zahl der zusätzlichen Urlaubstage von zwei auf drei zu erhöhen. Die Verträge haben eine Laufzeit von 12 Monaten.

Busfahrer streikten gegen Sparpläne

Mitte Oktober traten die Busfahrer der Stadtwerke Marburg in einen dreistündigen Warnstreik. Ihre Maßnahme richtete sich gegen die Sparpläne der Bundesregierung, vor allem aber gegen die Absicht der öffentlichen Unternehmer, die Löhne und Gehälter um 1 Prozent zu reduzieren.

Nach Warnstreiks: Lohngruppe angehoben

Warnstreiks und Protestaktionen im Laufe der letzten Tarifrunde für die Abschaffung der Lohngruppe 2 in Schleswig-Holstein brachten jetzt den Erfolg. Bekanntlich hatte sich die IG Metall bei Abschluß der letzten Tarifrunde Verhandlungen im Herbst vorbehalten. Jetzt wurde erreicht, daß die Lohngruppe 2 in Schleswig-Holstein ab 1. November auf 81,25 Prozent des Ecklohns angehoben wird. Ein Jahr später sind 82 Prozent erreicht. In der kommenden Tarifrunde ist die Lohngruppe 2 offen für Vorweganhebungen.

Reallohnverlust vorprogrammiert

Die Gewerkschaft Nahrung – Genuß – Gaststätten verlangt für die rund 20 000 in der bayerischen Brauindustrie Beschäftigten Lohn- und Gehaltserhöhungen von 7 Prozent. Darüber hinaus soll das Weihnachtsgeld von 80 auf 100 Prozent eines Monateinkommens angehoben werden. Selbst bei voller Erfüllung der 7-Prozent-Forderung würde infolge der hohen Preissteigerungsrate, der Steuerprogression, der Erhöhung des Krankenkassen- und Arbeitslosenversicherungsbeitrages eine Reallohnsenkung eintreten.

Tarifabschluß in der Hohlglaserzeugung

Für die etwa 16 000 Beschäftigten in den 23 Betrieben der Hohlglaserzeugung hat die IG Chemie-Papier-Keramik am 8. Oktober neue Lohn- und Gehaltstarifverträge abgeschlossen: Um 4,9 Prozent werden rückwirkend ab 1. Oktober die Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen erhöht. Die Laufzeit der neuen Tarifverträge beträgt 12 Monate.

TARIFKALENDER

Die Lohn- und Gehaltstarife für nachstehende Wirtschaftsbereiche und Tarifbezirke sind zum jeweils angegebenen Termin kündbar. Die Zahlen in Klammern geben Auskunft über die Anzahl der beschäftigten Arbeiter und Angestellten. Die Zahl hinter dem Datum enthält auch die Beschäftigten in nicht aufgeführten kleineren Zweigen.

31. Dezember — 0,8 Mill.

Hotel- und Gaststättengewerbe Hamburg, Oldenburg, Hessen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Bayern (299 800); Fleischerhandwerk Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Bayern, Westberlin (74 400); Tischlerhandwerk Hessen, Saarland, Bayern, Westberlin (41 900); Seeschifffahrt (30 700); Bewachungsgewerbe Bremen, Nordrhein-Westfalen (18 700); Seehafenbetriebe Lübeck, Hamburg, Cuxhaven, Bremen, Brake, Nordenham, Bremerhaven, Emden (18 000); Bäckerhandwerk Niedersachsen und Bremen (16 300).

31. Januar — 3,8 Mill.

Metallindustrie Bundesgebiet und Westberlin einschl. VW, ohne Bayern (2 969 300); Eisen- und Stahlindustrie Nordrhein-Westfalen, Klöckner-Werke Bremen, Osnabrück und Georgsmarienhütte, Salzgitter AG – Stahlwerk Peine (231 100); Gießereien Bundesgebiet ohne Bayern (162 900) papier- und pappeverarbeitende Industrie Bundesgebiet und Westberlin (107 800); Kfz-Handwerk Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Südbaden (63 900); Schlosser- und Schmiedehandwerk Niedersachsen, Baden-Württemberg, Bayern (84 100); Mechanikerhandwerk Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Hessen, Baden-Württemberg, Bayern (21 700); holzverarbeitende Industrie Hessen (15 600)

28. Februar — 4,9 Mill.

Öffentlicher Dienst – Bund, Länder, Gemeinden, Bundesanstalt für Arbeit, Sozialversicherungsträger (2 193 200); Bundespost (215 000); Bundesbahn (153 100); Metallindustrie Bayern (709 900); Großhandel Nordrhein-Westfalen, Hessen, Bayern (556 500); Landwirtschaft Bundesgebiet (221 300); Einzelhandel, coop-Unternehmen Hessen (128 000); Elektrohandwerk Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg (68 100); Deutsche Bundesbank, Sparkassen, Bundesgebiet und Westberlin (124 400); Staatsforsten Bundesgebiet – Rheinland-Pfalz und Saarland auch Gemeindeforsten – (32 600); Sägeindustrie Bundesgebiet (65 200); Gießereien Bayern (26 900); Schlosser- und Schmiedehandwerk Bremen, Bremerhaven, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Rheinessen, Pfalz, Saarland (53 000); Klempner- und Heizungsbauerhandwerk Bremerhaven, Nordrhein-Westfalen (41 600).

Massenarbeitslosigkeit mit Rekord 2-Millionen-Grenze überschritten

Selt Dezember 1980 liegt die Zahl der registrierten Arbeitslosen wieder über einer Million. Für Oktober wurden fast 1,4 Mio. gemeldet, knapp 0,5 Mio. mehr als im gleichen Monat des Vorjahres. Für 1981 wird inzwischen mit einer Durchschnittszahl von 1,5, für den kommenden Winter mit 1,7 Mio. gerechnet. Letzteres käme einer Arbeitslosenquote von 7,4 Prozent gleich. Solche Werte wurden selbst während der letzten Wirtschaftskrise nicht erreicht (Höchstzahl im Januar 1976: 1,35 Mio.). Trotzdem bestreitet die Bundesregierung „beschäftigungspolitischen Handlungsbedarf“.

Bei den Haushaltsplanungen für 1982 besteht in Bonn Einigkeit über eine Reihe von Maßnahmen, die die Arbeitslosigkeit weiter verschärfen werden (Stellenabbau und Leistungskürzungen im öffentlichen Dienst, Streichungen bei staatlichen Einkommensübertragungen, Erhöhung von Verbrauchssteuern usw.). Die Notwendigkeit eines Programms zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit war hingegen von Anfang an umstritten. Die im Juni/September gefaßten Regierungsbeschlüsse enthalten ausdrücklich keine Maßnahmen zur Verbesserung der Beschäftigungslage – nicht einmal solche kosmetischer Natur.

Dies alles spricht dafür, daß Regierung und Unternehmer Massenarbeitslosigkeit als akzeptable Begleiterscheinung des kapitalistischen Wirtschaftsprozesses erachten. Dabei sollte nicht aus dem Auge verloren werden, daß die offiziellen Zahlen nur einen Teil der Wirklichkeit widerspiegeln. Das der Bundesanstalt für Arbeit angegliederte Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) berechnet regelmäßig eine „stille Reserve“ von Arbeitslosen, die sich aus verschiedenen Gründen nicht bei den Arbeitsämtern melden und folglich nicht in der Statistik erscheinen. Bezieht man dies mit ein, dann ist schon jetzt die 2-Millionen-Grenze überschritten.

Was sich hinter solch einer dünnen Zahl an persönlichem Leid besonders bei länger Arbeitslosen, Älteren, Behinderten und anderen „Problemgruppen“ verbirgt, darüber geben inzwischen einige Untersuchungen Aufschluß. Aber auch erhebliche materielle Einschränkungen bis hin zu akuten Elendslagen sind häufig. Nicht nur die Arbeitslosen in der „stillen Reserve“ erhalten keinen Pfennig vom Arbeitsamt; auch ein Teil der Registrierten bekommt nichts. Und die Leistungsempfänger müssen nicht selten mit der entwürdigenden – und niedrigeren – Arbeitslosenhilfe vorlieb nehmen, weil sie zu lange arbeitslos sind oder keine Gelegenheit zu ausreichender Beitragszahlung hatten. Ergebnis ist, daß sich der Anteil der Empfänger von Arbeitslosenunterstützung an der Gesamtzahl aller Arbeitslosen (ein-

schl. „stiller Reserve“) verringert und inzwischen bei unter zwei Fünfteln angelangt ist. Als Folge der „Sparbeschlüsse“ für 1982 wird er weiter sinken.

Finanzielle Absicherung von Arbeitslosen (in Tsd.)

	1972	1974	1975	1977	1979	1980
Empfänger von Arbeitslosengeld	157	352	707	557	448	454
(in v. H. der inl. Arbeitslosen)	51,4	50,6	49,8	33,9	30,8	30,1
Arbeitslosengeld und -hilfe	117	392	817	720	582	576
(in v. H. der inl. Arbeitslosen)	55,6	55,0	56,4	43,8	40,0	38,2

Quelle: Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit, Jahreszahlen, lfd., Nürnberg; eigene Berechnungen.

Von zehn Arbeitslosen müssen sich sechs von Verwandten oder Lebensgefährten ernähren lassen, sofern sie nicht zu den Empfängern von Sozialhilfe (Regelsatz 1980: 309 DM im Monat) gehören. Die sprunghafte Senkung des Anteils der Empfänger von Leistungen nach 1975 hängt mit der damaligen „Reform“ des Arbeitsförderungsgesetzes zusammen. Unter anderem wurden

die Bedingungen für den Zwang zur Arbeitsaufnahme („Zumutbarkeit“) verschärft. Eine gleichartige Maßnahme ist auch jetzt wieder beabsichtigt, parallel mit „Diskussionen“ über andere Einschränkungen bis hin zur Kürzung der Bezüge. Bestandteil der Sparmaßnahmen für 1982 sind Streichungen bei Umschulungs- und Arbeitsbeschaffungsprogrammen sowie bei der Rehabilitation Behinderteter. Damit werden die Chancen derjenigen, deren Arbeitskraft aufgrund irgendwelcher Benachteiligungen von den Unternehmern weniger gern „nachgefragt“ wird, weiter verringert.

Dies fördert Tendenzen der „Segmentierung“ des Arbeitsmarktes: Die Aufspaltung der Arbeiterklasse in einerseits einen „Kern“ von besonders gut ausbeutbaren Kräften (Jüngere, Facharbeiter usw.) mit einigermaßen guten Aussichten auf Beschäftigung, andererseits eine „Peripherie“ von Menschen,

deren soziale Lage äußerst labil bleibt und die den Unternehmern als Manövriermasse für Produktionsengpässe dient. Konsequenz einer solchen Entwicklung ist dann auch die Bildung einer Unterschicht von Dauerarbeitslosen ohne Chance auf Eingliederung in den gesellschaftlichen Arbeitsprozeß – mit allen Auswirkungen von Entwurzelung, Drogenverfall, Kriminalisierung und faschistischer Mobilisierbarkeit, wie sie aus der Weimarer Republik oder aus den USA bekannt sind.

Die Massenarbeitslosigkeit wird von den Gewerkschaften zu Recht als Herausforderung und Bedrohung empfunden. Die Existenz eines Millionenheers von Arbeitslosen verschlechtert die Kampfbedingungen gegen das Kapital und beinhaltet die Gefahr der Zersplitterung der Arbeiterklasse und der Gewerkschaften. Arbeitslosigkeit ist Ergebnis kapitalistischer Profitwirtschaft: sowohl langfristig als Folge von Rationalisierungen und Kapitalzentralisation, wie auch verstärkt in den zyklischen Krisen, wie wir sie derzeit erleben. Die Politik der Regierung sieht heute ihre Aufgabe nicht mehr – wie immerhin noch 1966/67 – darin, dieses Übel zu bekämpfen, sondern sie nimmt es im Interesse der ungehinderten Entwicklung „der Wirtschaft“ in Kauf, ja fördert es sogar. Gewerkschaftlicher Kampf gegen die Arbeitslosigkeit kann nicht erfolgreich sein, wenn er sich nicht auch mit den Sparprogrammen der Bundes- und Landesregierungen aktiv auseinandersetzt. Gert Hautsch

Evelyn Butler / Klaus Dammann

Arbeitslos – was tun?

Die Arbeitslosenzahl hat mit fast 1,4 Millionen einen neuen Rekord erreicht. Hinzu kommt eine hohe Dunkelziffer von mehreren hunderttausend, die in keiner Statistik erfaßt ist. Wie kann man Arbeitslosigkeit verhindern? Welche Rechte und Möglichkeiten gibt es, wenn man den Arbeitsplatz verloren hat, wenn Kurzarbeit verordnet ist oder wenn man nach dem Schulabschluß „auf der Straße“ steht? Das Buch liefert eine Vielfalt von praktischen Hinweisen und zeigt auch gesetzliche Möglichkeiten auf.

310 Seiten, Preis 14,- DM, Bestellnummer 024.

Das Buch kann über den Buchhandel und unseren Verlag (zuzüglich 2,- DM für Porto und Verpackung per Vorkasse) bezogen werden (Konto-Nr. siehe Impressum).

Kosten der Arbeitslosigkeit

Nur wenige Wochen sind verstrichen seit Beendigung der „Operation '82“, durch die der Bundeshaushalt für 1982 mittels umfangreicher Streichungen bei den Sozialausgaben in Ordnung gebracht werden sollte. Rascher als erwartet bestätigt sich die Voraussage, daß diese Politik nur neue Löcher in den öffentlichen Haushalten reißt: Bundesfinanzminister Matthöfer mußte schon im Oktober einräumen, daß im laufenden Haushalt eine neue „Lücke“ von etwa 4, im Haushalt für 1982 ein zusätzliches Defizit von 7 Milliarden zu decken ist.

Hauptursachen sind die Verlängerung der Krise, die die Steuereinnahmen verringert, und die höhere Arbeitslosigkeit — für 1982 werden nun offiziell 1,55 Millionen Arbeitslose erwartet, gegenüber 1,4 Millionen, die den bisherigen Planungen zugrunde gelegt waren. Aber auch zusätzliche Subventionen für die Kohle- und Stahlindustrie schlagen zu Buche.

Wie unsinnig die gegenwärtig betriebene Politik selbst unter dem Gesichtspunkt einer sparsamen Haushaltsführung ist, demonstriert eindrücklich eine von Lutz Reyher vom Nürnberger Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) durchgeführte Berechnung. Sie faßt die fiskalischen Kosten der Arbeitslosigkeit zusammen, ohne die Aspekte zu berühren, die die individuellen physischen und psychischen Belastungen der Arbeitslosenhaushalte treffen. Ausgeklammert bleibt auch die „Kreislaufwirkung“ der Arbeitslosigkeit: Ein Arbeitsloser muß seinen Konsum einschränken und bewirkt so gesamtwirtschaftliche Nachfrageausfälle.

Nach den Berechnungen des IAB kostet ein Arbeitsloser der öffentlichen Hand im Jahr durchschnittlich 25 000 DM. Interessant ist dabei, daß diese Kosten nur etwa zu 40 Prozent aus der direkten Unterstützungszahlung bestehen. Selbst ein Arbeitsloser, dem man die Anspruchsberechtigung entzogen hat, verursacht den öffentlichen Haushalten Kosten in Höhe von durchschnittlich 18 500 DM. Eine Kürzung der Unterstützungszahlungen bringt also kaum eine Ersparnis. Zudem muß bedacht werden, daß viele Betroffene dann Ansprüche auf Sozialhilfe, Wohngeld und andere Beihilfen geltend machen können. Solche „Sparmaßnahmen“ bewirken nur eine kostspielige und für die Betroffenen aufreibende Verlagerung der Kosten zwischen den öffentlichen Institutionen. So mag die Einstellung eines Beschäftigten im öffentlichen Dienst im Rahmen eines Beschäftigungsprogramms der einstellen-

Daten zur Wirtschaftsentwicklung

1. Verarbeitendes Gewerbe

Index 1976 = 100	August 1981	Veränderung in v. H. gegenüber Juli 1981	Veränderung in v. H. gegenüber August 1980
Produktion	93,9	- 2,6	+ 1,0
Aufträge ¹⁾	111,1	- 11,3	+ 9,8

¹⁾ In jeweiligen Preisen
(Quelle: Statistisches Bundesamt, lt. Presseberichten)

2. Preise

Index 1976 = 100	September 1981	Veränderung in v. H. gegenüber August 1981	Veränderung in v. H. gegenüber September 1980
Lebenshaltung	125,4	+ 0,5	+ 6,5
Industriepreise	128,2	+ 0,2	+ 8,9
Landw. Erzeugerpreise ¹⁾	102,6	+ 1,0	+ 6,4
Importpreise ²⁾	149,1	+ 1,6	+ 20,0
Exportpreise ²⁾	122,9	+ 0,5	+ 6,6

¹⁾ Juli; ²⁾ August
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, lfd.)

3. Arbeitsmarkt (in 1000)

	September 1981	Veränderung in 1000 gegenüber August 1981	Veränderung in 1000 gegenüber September 1980
Arbeitslose	1256	- 33	+ 434
Kurzarbeiter	268	+ 101	+ 130
Offene Stellen	176	- 30	- 123

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, lfd.)

4. Gesamtwirtschaft im 1. Halbjahr 1981

	In Mrd. DM ¹⁾	Veränderung in v. H. gegenüber dem Vorjahr ²⁾
Bruttosozialprodukt	732,9	- 1,3
Privater Verbrauch	412,5	- 1,0
Staatsverbrauch	151,4	+ 3,1
Anlageinvestitionen	164,8	- 2,6
Ausfuhr	174,7	+ 2,8

¹⁾ In jeweiligen Preisen ²⁾ real
(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 9/81, S. 626)

5. Kosten der Arbeitslosigkeit

	Jährliche Kosten der öffentlichen Hand je Arbeitslosen
Arbeitslosengeldempfänger	DM 27 400,-
darunter:	
Arbeitslosengeld	DM 11 000,-
Beiträge zur Sozialversicherung	DM 7 600,-
Entgangene Beiträge zur Bundesanstalt für Arbeit	DM 800,-
Entgangene Steuereinnahmen	DM 8 000,-
Arbeitslosenhilfeempfänger	DM 26 000,-
Arbeitslose ohne Anspruchsvoraussetzung	DM 18 500,-
Arbeitslose insgesamt im Durchschnitt	DM 25 000,-

(Quelle: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, „Handelsblatt“ v. 12. 10. 1981)

den Behörde erhebliche zusätzliche Kosten verursachen, Kosten aber, denen an anderen Stellen hohe Einsparungen gegenüberstehen.

Dies zu erkennen und entsprechend zu handeln wird verhindert durch eine auch im öffentlichen Bereich herrschende „einzelskapitalistische“ Be-

trachtungsweise, die sich nur für den jeweiligen Einzelhaushalt interessiert und die Abwälzung von Kosten auf einen anderen öffentlichen Träger bereits für eine „Ersparnis“ hält. Würde man diesen Standpunkt aufgeben, dann würde sich manche „Sparmaßnahme“ als höchst kostspielig und gesamtwirtschaftlich schädlich herausstellen. J. G.

GHK protestiert gegen „Nachrüstung“ 35-Stunden-Woche als Aktionsziel

Unter dem Motto „Gemeinsam sind wir stark“ fand in der Ostseestadt Travemünde vom 4. bis 9. Oktober der 11. ordentliche Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Holz und Kunststoff (GHK) statt. Die 156 Delegierten — 80 Prozent Arbeiter und 20 Prozent Angestellte — repräsentierten 159 211 Mitglieder. Gegenüber 1977, wo es 136 572 Mitglieder gab, konnte die GHK trotz rückläufiger Beschäftigungsziffer einen beachtlichen Mitgliederzuwachs verbuchen. Zu den Schwerpunkten des Gewerkschaftstages gehörten der Kampf gegen den Rotstift, die Friedenssicherung, die Tarifpolitik und personelle Veränderungen an der Spitze.

Der bisherige Vorsitzende der GHK, Kurt Georgi, 61, der sich aus Altersgründen nicht mehr zur Wahl stellte, machte in seinem vielbeachteten Referat auf den Zusammenhang von Abbau sozialer Leistungen und erhöhten Rüstungsausgaben aufmerksam. Er prangerte das verfehlte Tornado-Programm an und kritisierte, daß „auch im Sparhaushalt '82 Rüstungsaufträge für mehr als 12 Milliarden DM“ enthalten wären. Nahezu alle Diskussionsredner waren über die Bonner Rotstiftpolitik empört und stellten die Frage, ob der DGB noch länger die unternehmerfreundliche Regierungspolitik tolerieren könne.

Georgi bedauerte, daß die Bundesregierung die in den 70er Jahren erungenen Erfolge schrittweise reduziere oder Stück um Stück wieder zerstöre, und gab der SDP die Empfehlung, wenn das Bündnis weiterhin vom kleinen Koalitionspartner stranguliert werde, mag es in Ehren sterben, ehe es seinen sozialdemokratischen Atem restlos verliere. „Wir werden es nicht zulassen“, betonte Georgi, „daß Zug um Zug all diejenigen Bausteine zerstört werden, mit denen wir nach dem 2. Weltkrieg eine neue Demokratie aufgebaut haben.“

Andere Redner, wie auch der neue GHK-Vorsitzende Horst Morich, richteten die Kritik an den Sparmaßnahmen und an den gegen die Gewerkschaften gerichteten Regierungskurs nahezu ausschließlich an die Adresse der FDP. Dies widerspiegelt den tiefen Loyalitätskonflikt, von dem viele sozialdemokratische Gewerkschafter getroffen sind. Die Delegierten beschränkten sich nicht nur auf Kritik. In einem Initiativantrag zeigten sie sich „empört, daß im Kabinett eines sozialdemokratischen Kanzlers über Kürzungen von Arbeitslosenunterstützung und Eingriffen in die Tarifautonomie (3 Monate Lohnpause) diskutiert wird“. Sie riefen den DGB auf, diese Politik zu bekämpfen und ihr mit Kampfmaßnahmen entgegenzutreten. (Wortlaut dieses und weiterer Anträge im Einhefter.)

Klare Stellung bezog die GHK zur Abrüstung. Nach der IG Metall, der IG Druck und Papier, der Gewerkschaft HBV und der DGB-Bundesfrauenkonferenz forderte nunmehr auch die GHK die Bundesregierung auf, den „Nachrüstungsbeschluß“ zurückzunehmen. Zugleich protestierte der Gewerkschaftstag gegen die Neutronenbombe, drängte die USA auf die Ratifizierung von SALT II und forderte die Bundes-

Wahlergebnisse

Abgegebene Stimmen 156	
Horst Morich, 47, Vorsitzender	126 ja
Karlheinz Schwark, 58, stellv. Vorsitzender	147 ja
Peter Riemer, 53, stellv. Vorsitzender	81 ja
Ewald Foth, 54, unterlag mit	75 ja
Anton Nindl, 39, Kassierer	116 ja

regierung auf, die Rüstungsausgaben zu senken bzw. nicht weiter zu erhöhen, sowie auf den Bau militärischer Großprojekte zu verzichten. Die Delegierten begrüßten die gegenwärtig laufende Unterschriftensammlung des DGB „Frieden durch Abrüstung“ und forderten alle Mitglieder auf, den Appell in den Betrieben zu unterzeichnen. Außerdem verlangten sie stärkere Abrüstungsaktivitäten, insbesondere im Rahmen des Antikriegstages.

Zu den wesentlichsten Aussagen des Gewerkschaftstages gehört das angenommene „Tarifpolitische Aktionsprogramm '81“ (Wortlaut siehe Einhefter), das insgesamt 13 Forderungspunkte enthält. Neben der Forderung nach Sicherung und Verbesserung des Reallohns nimmt zweifellos die angestrebte Verkürzung der Wochenarbeitszeit mit dem Ziel der 35-Stunden-Woche und bei vollem Lohnausgleich eine Schlüsselstellung ein. Diese Forderung sei nach den Worten des wiedergewählten stellvertretenden Vorsitzenden Karlheinz Schwark die wirksamste Form von Arbeitszeitverkür-

zung, um der Massenarbeitslosigkeit entgegenwirken zu können.

Zum anderen stellte Schwark, der auch von zahlreichen Streiks in den letzten vier Jahren berichten konnte, heraus: „Lohnverzicht schafft keine Arbeitsplätze. Lohnverzicht treibt uns immer tiefer in die Unterbeschäftigung. Die Tarifpolitik der Gewerkschaften hat es bewiesen: sie ist ein stabilisierender Faktor in den wechselvollen wirtschaftlichen Zeiten. Niemals haben hohe Löhne die Wirtschaft zugrunde gerichtet.“

Die verabschiedeten 216 Anträge und 7 Initiativanträge enthalten eine ganze Palette gewerkschaftlicher Forderungen, die gegenüber der Unternehmerpolitik der Bundesregierung eine Art Alternativprogramm darstellen. Die Skala reicht von 64 Anträgen zur Sozialpolitik, die alle auf die Erhaltung und den Ausbau der sozialen Sicherheit ausgerichtet sind, über die Forderung nach dem Verbot der Aussperung, Bekämpfung des Neonazismus, verbessertes Bodenrecht, Verdoppelung der Kilometerpauschale bis zum Aufruf für Spendenaktionen zugunsten von Vietnam.

Hervorzuheben sind auch die Anträge zur Stärkung und Verteidigung der Einheitsgewerkschaft. Die Unternehmerangriffe gegen eine angebliche kommunistische Unterwanderung wurden von den Delegierten entlarvt und zurückgewiesen. Dafür orientierten sie auf ein solidarisches gemeinsames Handeln aller DGB-Gewerkschaften zum Widerstand gegen das Kapital. Kein Verständnis zeigte die übergroße Mehrheit der Delegierten für das vom DGB-Bundesvorstand erlassene Verbot von Unterschriftenabgabe mit Angabe der gewerkschaftlichen Funktion. Dieses Verbot widerspreche der grundgesetzlichen Meinungsfreiheit und fördere nicht die freie innergewerkschaftliche Diskussion. Der Beschluß ist um so bemerkenswerter, da sich Heinz Oskar Vetter in seiner Begrüßungsrede vehement gegen den Antrag ausgesprochen hatte.

Nachdem einer der bisherigen stellvertretenden Vorsitzenden — Horst Morich — als Nachfolger von Kurt Georgi zum neuen Vorsitzenden gewählt worden war, kam es bei der Neuwahl für diese Position zu einer Kampfabstimmung. Eine knappe Mehrheit entschied sich nicht für den Vorschlag des Beirats, den niedersächsischen Bezirksleiter Ewald Foth, sondern für den bisherigen Redakteur der Holzarbeiterzeitung, Peter Riemer. Offensichtlich honorierte die Mehrheit der Delegierten das engagierte Eintreten von Peter Riemer für die Interessen der Arbeiter und Angestellten. In seinem Rechenschaftsbericht hatte er keinen Hehl daraus gemacht, ein Linker zu sein.

Werner Petschick

Polizei nicht verantwortlich für die Fehler der Politik

Interview mit Günter Schröder, Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei

Seit Ende Juni dieses Jahres hat die Gewerkschaft der Polizei (GdP) einen neuen Vorsitzenden. Die knapp 170 000 Mitglieder zählende 17. DGB-Gewerkschaft wird nun vom bisherigen stellvertretenden Vorsitzenden Günter Schröder geführt. Bekanntlich wendet sich die GdP dagegen, für die Fehler in der Politik herhalten zu müssen, was in diesen Tagen bei den Vorgängen am Frankfurter Flughafen erneut deutlich wurde. Zum Demonstrationsgeschehen und zu einigen anderen Problemen nimmt GdP-Vorsitzender Günter Schröder in dem Interview Stellung, das er unserer Mitarbeiterin Gisela Mayer gab.

NACHRICHTEN: Seit nunmehr drei Jahren gehört Ihre Gewerkschaft dem DGB als 17. Säule an. Mit welchen Erwartungen kamen Sie unter das Dach des fast 8 Millionen Mitglieder zählenden DGB?

Günter Schröder: Mit dem Beitritt der GdP zum DGB ging ein Wunsch in Erfüllung, den die GdP seit ihrer Gründung im Jahre 1950 aus gesellschaftspolitischer Überzeugung verfolgt hat. Die Beschäftigten bei der Polizei, gleichgültig ob Beamte, Angestellte oder Arbeiter, verstehen sich als Teil der Arbeitnehmerschaft. Es ist also nur konsequent, deren Interessen im Verein mit dem DGB und seinen Mitglieds-gewerkschaften zu vertreten.

NACHRICHTEN: Haben sich Ihre Erwartungen erfüllt?

Günter Schröder: Die Antwort muß ich in zwei Teilen geben. Auf dem reinen tariflichen oder beamtenrechtlichen Sektor haben sich unsere Erwartungen insoweit voll erfüllt, als die Vertreter der GdP nahtlos in die entsprechenden Gremien des DGB aufgenommen wurden und dort unsere Mitarbeit sehr geschätzt wird. Gerade in diesen Tagen zählt ja das Zusammenspiel der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes, wobei ich die solidarische Haltung der übrigen Gewerkschaften zu den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes ausdrücklich hervorhebe. Ich sehe neben diesen mehr auf den sozialen Bereich zielenden Problemen aber natürlich gerade auch die wichtige Aufgabe, so manches an Unwissenheit, Mißverständnissen oder Vorbehalten zwischen den Beschäftigten der Polizei und den übrigen Arbeitnehmern — egal, in welchen Bereichen — abzubauen. Das geht nicht von heute auf morgen. Aber gerade unter dem einigenden Dach des DGB muß uns die schon historisch zu nennende Aufgabe gelingen, aus der Vergangenheit herrührende Gegensätze zwischen Staatsmacht und Arbeitnehmerschaft abzubauen. Staatsmacht in einer Demokratie ist eben etwas ande-

res als Staatsmacht in anderen Staatsformen. Das muß deutlich gemacht werden.

NACHRICHTEN: Im Gegensatz zu anderen Gewerkschaften wird in der Presse wenig Notiz von Ihrer Organisation genommen. Gibt es in der GdP



keine gewerkschaftlichen Probleme? Und wie ist das Verhältnis zu Ihrem Arbeitgeber?

Günter Schröder: Sie scheinen nicht dieselben Zeitungen zu verfolgen wie ich. Nach meinem Eindruck hat die GdP regelmäßig ein sehr gutes Echo mit ihren Anliegen in den Medien gefunden. Wir nutzen intensiv die Öffentlichkeitsarbeit, um unsere Sorgen vorzutragen.

Zwei Beispiele: Die GdP — damals noch nicht als DGB-Gewerkschaft — zählte 1975 zu den ersten Arbeitnehmerorganisationen, die die Probleme des Wechselschichtdienstes in die Öffentlichkeit getragen haben. Andere Gewerkschaften sind uns gefolgt. Wenn wir heute für diesen schweren Dienst rund um die Uhr Erleichterungen im Konzert

aller Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes durchgesetzt haben, dann ist das auch im Zusammenhang mit der Öffentlichkeitsarbeit zu sehen.

Ein zweiter großer Komplex mit immenser gesellschaftspolitischer Bedeutung: das Demonstrationsgeschehen. Hierzu hat sich die GdP in grundsätzlichen Äußerungen seit Jahren zu Wort gemeldet. Der heute in Politik und Gesellschaft viel propagierte — leider aber noch viel zu selten befolgte — Satz, wonach die Polizei nicht für die Fehler der Politik herhalten kann, ist von der GdP geprägt worden. Wir werden in dieser Frage auch nicht locker lassen und sind hierbei auch auf die Hilfe der Medien angewiesen. Damit ist auch das Verhältnis zu unserem Arbeitgeber, den Regierungen von Bund und Ländern in Gestalt der jeweiligen Innenminister, angesprochen. Wir suchen und führen den Dialog, aber nicht nur mit den Innenministern, sondern auch mit den Regierungschefs, mit den Parlamentsfraktionen und den Parteien. Wir wollen damit sicherstellen, daß die Polizei nicht irgendeinem Minister oder irgendeiner Partei „gehört“, sondern ihre Schutzfunktion für alle Bürger in unserem Staat wahrnimmt.

NACHRICHTEN: Seit kurzem sind Sie, Herr Schröder, neuer Vorsitzender der Polizeigewerkschaft. Welche Hauptaufgaben werden für Sie im Mittelpunkt Ihrer künftigen Gewerkschaftsarbeit stehen? Wie schaffen Sie es, den Dienst bei der Kriminalpolizei in Detmold mit Ihrer Tätigkeit als GdP-Vorsitzender zu verbinden?

Günter Schröder: Wir müssen verdeutlichen, welche Rolle die Polizei in der Gesellschaft spielt. Dabei müssen wir vor allem den zivilen Charakter der Polizei betonen. Der schon erörterte Gedankenkreis zum Demonstrationsgeschehen gehört hier unmittelbar dazu. Welches ein Bild soll die Öffentlichkeit vom Polizeibeamten haben? Der Beamte in Einsatzanzug, Stiefeln und Helm oder in normaler Dienstkleidung mit weißer Mütze? Aber auch umgekehrt: Wie soll der Polizeibeamte, gerade unsere jungen Kollegen, die die Hauptlast bei den Auseinandersetzungen auf der Straße zu tragen haben, den Bürger sehen? Als verummten, helmbewehrten Chaoten, der mit Steinen wirft? Ich sehe die große Gefahr, daß die Erlebnisse in Extremsituationen das Bild vom jeweiligen Gegenüber prägen. Davon müssen wir herunter kommen.

Was meine eigene dienstliche Tätigkeit bei der Kriminalpolizei angeht, so geht es mir nicht anders als meinen Kollegen in den Vorständen der GdP auf Bundes- oder Landesebene auch. Wir bekennen uns zum ehrenamtlichen Prinzip, weil wir den Kontakt zu unserem Beruf und zu unseren Kollegen vor Ort nicht verlieren wollen. Daß das Nebeneinander von dienstlichen und gewerkschaftlichen Verpflichtungen mit-

unter Probleme gibt, von weitgehenden Einschränkungen im privaten Bereich ganz zu schweigen, liegt auf der Hand.

NACHRICHTEN: Teilnehmern des letzten ordentlichen DGB-Bundeskongresses 1978 ist Ihr starkes antifaschistisches Engagement in Erinnerung geblieben. Nun ist die neonazistische Gefahr nicht kleiner geworden. Was muß Ihrer Meinung nach getan werden, um dieser Gefahr wirkungsvoll zu begegnen?

Günter Schröder: Extremismus gleich welcher Couleur — da ist rechts so schlimm wie links — ist eine Herausforderung an die gesamte Gesellschaft. Vor allem sind hier Familie, Schule und alle, die an der Erziehung unserer Kinder mitwirken, gefordert. Gerade die Jugendlichen, die heute den neonazistischen Rattenfängern nachlaufen, können sich ja auf eigene Erfahrungen mit der dunkelsten Zeit unserer Geschichte nicht stützen. Um so leichter fallen sie auf „rechte“ Parolen herein. Da muß doch aber schon beispielsweise im Geschichtsunterricht etwas falsch gemacht worden sein. Man muß also zweierlei tun: zum einen den Rechtsextremismus, wo immer man ihn antrifft, mit aller Konsequenz bekämpfen — das ist auch eine Aufgabe für Polizei und Justiz —, zum anderen die geistige Auseinandersetzung suchen und führen, damit der politische Extremismus nicht sein Süppchen auf der Unwissenheit oder Ahnungslosigkeit der Jugendlichen kochen kann.

GdED kündigt Widerstand an

Erneut hat der Vorsitzende der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GdED), Ernst Haar, Anfang Oktober gegen die Sparmaßnahmen im öffentlichen Dienst massiven Widerstand angekündigt. Vor allem richtet sich der GdED-Protest gegen die vorgesehenen Kürzungen der Löhne, Gehälter, Beamtenanwärterbezüge sowie die Reduzierung des Kindergeldes.

Günter Döding (NGG): „Kriegserklärung“

Das Verbot von sechs Konzernen der Nahrungs- und Genußmittelindustrie zur Sammlung von Unterschriften unter den DGB-Friedensappell bezeichnete Günter Döding, Vorsitzender der Gewerkschaft Nahrung — Genuß — Gaststätten (NGG), als eine „Kriegserklärung an die Gewerkschaften“. Offensichtlich beschwören die Unternehmer den Frieden nur in Sonntagsreden, erklärte er.

Rudolf Judith ruft zur Offensive für die Montan-Mitbestimmung auf

Rudolf Judith, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, hat den DGB zu einer offensiven Strategie für die Sicherung der Montan-Mitbestimmung aufgerufen. In einem Interview mit der DGB-Zeitschrift „Das Mitbestimmungsgespräch“ (7/81) erklärte er wörtlich: „Ich bin der Meinung, daß wir überhaupt keinen Tag zu verschenken haben. Wenn einer der Meinung ist, daß wir bis zur nächsten Wahl warten könnten, um das Thema Mitbestimmung wieder in den Wahlkampf hereinzubringen, der vergeudet nur Zeit.“

Schon heute, so der IG-Metall-Funktionär weiter, sollte mit der Arbeit begonnen werden. „Wir müssen auch umdenken“, so heißt es weiter. „Wir können nicht mehr nur sagen: Montan-Mitbestimmung jetzt sichern! Jetzt geht es darum, direkt frontal anzugreifen mit dem Ziel der Ausweitung der Mitbestimmung auf alle Großunternehmen nach dem Modell der Montan-Mitbestimmung. Wir wollten doch nie eine Mitbestimmungssicherung, weil wir diese unter Denkmalschutz stellen wollten; wir wollten die Grundlagen der Montan-Mitbestimmung erhalten, um darauf aufzubauen und eine tatsächliche Mitbestimmung für alle Großunternehmen zu schaffen.“

Judith läßt keine Zweifel, daß das angebliche Mitbestimmungssicherungs-gesetz von 1980, das der Bundestag mit den Stimmen aller Parteien beschloß, schlicht ein Auslaufgesetz ist, mit dem die Montan-Mitbestimmung schon jetzt so gut wie begraben ist. Bei Mannesmann begann die Frist Mitte dieses Jahres zu laufen. „In sechs Jahren ist sie zu Ende. In Salzgitter beginnt ebenfalls Ende dieses Jahres der Countdown... Würde Thyssen, obwohl es dazu keine konkreten Anzeichen gibt, morgen auf den Gedanken kommen, den Konzern so umzustrukturieren, daß der Mutterkonzern zur Holding umfunktioniert wird, dann würde Thyssen morgen bereits unter der 50-Prozent-Grenze liegen, und es würde auch dort die Frist beginnen. Bei Klöckner sieht es nicht anders aus. Nur knapp über 50 Prozent liegt dort der Montan-Anteil über dem des weiterverarbeitenden Bereichs. Würde sich dort etwas ändern, würde die Sache von diesem Zeitpunkt an ebenfalls laufen. Und schon wären wir in ganz kurzer Zeit in der Situation, daß wir vielleicht nur noch in einigen Tochtergesellschaften die Montan-Mitbestimmung hätten, aber aus der Spitze wäre sie schnell verbannt. Das ist im übrigen auch das Ziel der Unternehmer“, so wörtlich.

Gegen diese Entwicklung, die der ehemalige Generalstabsoffizier der Nazi-Wehrmacht und heutige Vorstandsvorsitzende der Mannesmann AG, Egon Overbeck, eingeleitet hat, konnte es

von Anfang an nur eine ernsthafte Form von gewerkschaftlichem Widerstand geben: die Androhung des politischen Streiks durch den DGB, so wie das 1951 zu Adenauers Zeiten schon einmal bei der Durchsetzung der Montan-Mitbestimmung mit Erfolg praktiziert worden war. Doch statt dies auch nur in Erwägung zu ziehen, wurden vom DGB alle Hoffnungen auf das Parlament in Bonn und auf die Sozialdemokraten in der Regierung, für die sich Herbert Wehner besonders stark gemacht hatte, gerichtet. Heute sind alle Illusionen verfliegen.

Es habe während der Auseinandersetzung im vergangenen Jahr — stellt Judith fest — „keine genügende Solidarität im DGB mit der IG Metall gegeben“. Wo dafür die Verantwortung liegt, sagt der IG-Metall-Mitbestimmungsexperte mit einer Offenheit, die Aufmerksamkeit verdient: „Ich kann nicht von Arbeitnehmern verlangen, daß sie für eine Sache auf die Straße gehen, wenn die Vorstände der Gewerkschaften dies nicht von ihren Mitgliedern fordern.“ In der Tat.

Und auch an den folgenden Feststellungen von Judith läßt sich nicht deuten: „Wenn wir die Mitglieder gerufen haben, sie sollen uns bei der einen oder anderen Sache behilflich sein, so haben sie das immer getan. Ein Mitglied hat uns noch nicht im Stich gelassen und ein Funktionär im Betrieb auch nicht. Deshalb bin ich da gar nicht bange: Wenn ein Konzept des Deutschen Gewerkschaftsbundes entwickelt wird, wenn das Instrumentarium und die dazugehörige Aufklärung einbezogen werden, dann können wir auch politische Aktionen starten. Aber wir müssen sie wollen. Wenn wir sie nicht wollen, bleibt eben alles bedrucktes Papier und mehr nicht.“

Genau das ist es, was man dem DGB-Bundesvorstand und gewerkschaftlichen Spitzenfunktionären wie Karl Hauschild (IG Chemie), Adolf Schmidt (IG Bergbau), Rudolf Sperner (IG Bau) und Günter Döding (Nahrung — Genuß — Gaststätten) als den exponiertesten Vertretern des sogenannten Sozialpartnerschaftskurses ins Stammbuch schreiben muß. Peter Baumöller

GEW sagt sozialer Demontage den entschiedenen Kampf an

Ganz bewußt wollte sich der außerordentliche Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), der am 3. und 4. Oktober in Frankfurt tagte, allen gesellschaftspolitischen Problemen der Gegenwart stellen. Gerade eine Intellektuellengewerkschaft wie die GEW — so der neugewählte Vorsitzende Dieter Wunder —, gerade Pädagogen seien hier besonders gefordert. Und so steckte auch das Motto des Gewerkschaftstages „Menschenrechte '81: Arbeit und Bildung, Frieden und Freiheit“ eine große Bandbreite der Diskussionen ab.

Die Durchführung eines außerordentlichen Gewerkschaftstages war notwendig geworden durch den Wechsel von Erich Frister, dem erst vor einem Jahr wiedergewählten 1. Vorsitzenden der GEW, in die Funktion eines Arbeitsdirektors bei der gewerkschaftseigenen Wohnungsbaugesellschaft „Neue Heimat“. Zu seinem Nachfolger wählten nun die Delegierten mit 287 von 389 abgegebenen Stimmen den Hamburger Leiter einer Gesamtschule, den 44-jährigen Dieter Wunder. In dessen bisherige Funktion als 2. stellvertretender Vorsitzender rückte der hessische GEW-Landesvorsitzende Alfred Harnischfeger, 37 Jahre, mit 209 von 385 abgegebenen Stimmen nach. Frister, der ursprünglich die Vorstandsarbeit noch bis zum Monatsende führen wollte, erklärte seinen sofortigen Rücktritt, nachdem er besonders von seiten Westberliner Delegierter mit einer scharfen Kritik an der Wohnungspolitik der „Neuen Heimat“ konfrontiert worden war.

Deutliche gesellschaftspolitische Akzente setzten die Delegierten in ihren Anträgen zu Frieden und Abrüstung und zur Friedenserziehung. Die GEW ist die einzige Gewerkschaft, die mit der Autorität des Gewerkschaftstages ihre Mitglieder aufrief, an der Friedensdemonstration am 10. Oktober in Bonn teilzunehmen. Dieser Beschluß stieß beim DGB-Bundesvorstand auf harten Widerspruch.

In seiner Vorstellung als Kandidat für den GEW-Vorsitz bezeichnete es Wunder als aktuell drängendste Aufgabe der Gewerkschaften, den Kampf gegen den Sozialabbau in Bund und Ländern zu führen. „Wir können mit der gegenwärtigen Verteilung des von der gesamten Gesellschaft gemeinsam erwirtschafteten Sozialprodukts nicht einverstanden sein. Uns kann nicht einleuchten, welche Unsummen in die Rüstung gehen, in Subventionierung undurchschaubarer europäischer Agrarfonds und nicht rechenschaftspflichtiger Investitionen. Einer Regierung, die trotz 1,4 Millionen Arbeitslosen keinen Weg zum Abbau der Arbeitslosigkeit zeigt, müssen wir die Anerkennung versagen.“ In einer Resolution stellten die Delegierten fest, daß die vorgelegten Sparpläne

lediglich dazu dienen, Unternehmerprofite abzusichern, aber keinen Arbeitsplatz zu schaffen. Gemeinsam mit dem DGB und allen Einzelgewerkschaften will die GEW daher „unter Einsatz aller gewerkschaftlichen Mittel“ gegen die Sparvorhaben vorgehen.

Eine feste gewerkschaftliche Abwehrfront wurde als um so notwendiger erachtet, als — so das Mitglied des geschäftsführenden Vorstands, Heinz

Gewerkschaftstag der IGBE

Am 2. Oktober fand in Duisburg der 13. Gewerkschaftstag der IG Bergbau und Energie (IGBE) statt, dem keine Anträge vorlagen. Vertreten wurden die rund 370 000 Mitglieder durch 299 Delegierte und Gastdelegierte. Auf dieser eintägigen Veranstaltung, die jeweils zwischen dem alle vier Jahre stattfindenden Gewerkschaftskongreß durchgeführt wird, hielt Heinz Oskar Vetter, Vorsitzender des DGB, das Hauptreferat. Zuvor hatte der IG-Bergbau-Vorsitzende Adolf Schmidt in einer Begrüßungsansprache Fragen der Energie-, Tarif- und Sozialpolitik angesprochen.

In dem Referat „Gewerkschaftspolitik in den 80er Jahren“ setzte sich Heinz Oskar Vetter u. a. mit den Propheten einer neokonservativen Wirtschafts-ideologie auseinander. Mit einem Seitenhieb auf den amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan zitierte er dessen Lieblingsautor Georg Gilder: „Die Arbeitslosenunterstützung fördert die Arbeitslosigkeit. Das Kindergeld zerrütet die Familie. Die Kranken- und Invalidenversicherung begünstigt, daß sich kleine Wehwehchen zu zeitweiliger Arbeitsunfähigkeit und die Arbeitsunfähigkeit zu Frühinvalidität auswächst. Sozialrenten mindern die private Vorsorge für das Alter und zerstören die Bindung zwischen Generationen.“ In der Diskussion meinte ein Delegierter: In der Bundesrepublik wirken viele Gilder. Es wird Zeit, bei uns wie in Washington auf die Rotstiftpolitik zureagieren.

Putzhammer — die historischen Erfahrungen darauf hinweisen, daß soziale Demontage und Abbau der Demokratie Hand in Hand gehen. Insofern nahm auch die Diskussion über die Durchsetzungsmöglichkeiten für die gewerkschaftlichen Forderungen und über die Schlagkraft der Organisation einen breiten Raum ein. In den Kampagnen zur Verkürzung der Arbeitszeit hatte sich eine deutliche Durchsetzungsschwäche der GEW herausgestellt. Gerade angesichts der sozialen und materiellen Einbußen, die den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes drohen, wird aber die Gewerkschaft besonders gefordert sein.

Beim Einsatz von Kampfmaßnahmen tut sich allerdings die GEW, deren Mitgliedschaft zu drei Vierteln als Beamte tätig ist, nach wie vor schwer. Als eine wesentliche Voraussetzung, bestehende Rechte auszuschöpfen und die volle Tarifautonomie auch für Beamte Wirklichkeit werden zu lassen, wurde eine Stärkung der gewerkschaftlichen Organisation diskutiert: Aufbau eines funktionierenden Vertrauensleutkörpers, örtliche Rechtsberatung, Betriebsgruppen an Schulen. Renate Bastian

Vetter erklärte zur Untätigkeit der Bonner Politiker gegen die Arbeitslosigkeit: „Eine Gesellschaft, die Hunderttausenden von Arbeitnehmern keinen Arbeitsplatz, keine Perspektiven mehr bietet, kann nicht erwarten, daß die Gewerkschaften sich ruhig verhalten.“ ... Wir fordern ein umfangreiches, staatliches, strukturelles Investitionsprogramm, das die Schaffung neuer Arbeitsplätze fördert.“ „Für eine dauerhafte Sicherung der Montanmitbestimmung werden wir kämpfen müssen.“ Dazu bedürfte es auch nicht der Mahnung von Herbert Wehner. „Wir werden Druck machen, natürlich auch auf die SPD.“

Für Vetter ist die gegenwärtige Einkommens- und Vermögensverteilung in der Bundesrepublik in höchstem Maße ungerecht. Sie begründet nicht nur massive wirtschaftliche, sondern auch politische Macht. Daraus schlußfolgert er, daß dem fortschreitenden Prozeß der Vermögenskonzentration wirksam zu begegnen sei. Ein wichtiger Bestandteil des gewerkschaftlichen Konzeptes, die wirtschaftliche Macht sozial zu kontrollieren, ist die Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen. In der Diskussion äußerte ein Delegierter an diesem gewerkschaftlichen Konzept angesichts sinkendem Realeinkommen und weiterer Beeinträchtigung durch Rotstiftpolitik starke Zweifel. In den Schlußworten forderten Vetter und Schmidt, mit dem DGB-Aufruf „Frieden durch Abrüstung“ in den Betrieben aktiv zu werden. R. K.

Thesen der IG Metall zur Tarifrunde '81 mit Schlußfolgerungen

Intensiv haben sich die Ortsverwaltungen der IG Metall mit der abgeschlossenen Tarifrunde, insbesondere mit der erstmals angewendeten „Neuen Beweglichkeit“, beschäftigt und Schlußfolgerungen für die kommenden Tarifausschüsse gezogen. Verständlicherweise stand dabei die Arbeit der gewerkschaftlichen Vertrauensleute im Mittelpunkt. Das Ergebnis der Diskussion im IG-Metall-Bezirk Stuttgart hat die Bezirksleitung thesehaft formuliert. Endgültig soll das Papier nach Redaktionsschluß am 30./31. Oktober vom bezirklichen Vertrauensleutenausschuß formuliert werden. Mit der Veröffentlichung dieses Entwurfs der Thesen im Wortlaut wollen wir unseren Lesern eine Diskussionsgrundlage liefern, zumal einige der Aussagen in den Gewerkschaften nicht unumstritten sind.

1. Was gut und richtig war

1. Die betrieblichen Vertrauenskörper mußten im Rahmen der Konzeption der OV (Ortsverwaltungen — d. Red.) viel eigene Initiative entwickeln, da durch die Breite und Vielfalt der Aktionen die hauptamtlichen Kollegen nicht überall zugleich sein konnten.

2. Teilweise gute und teilweise noch zaghafte Versuche, auf selbstgemachten Flugblättern Argumente für die eigenen Interessen zu formulieren, haben Potential geweckt, das seither brachlag.

3. Für die einzelnen Vertrauenskörper ist durch diese Aktionen die Notwendigkeit deutlich geworden, selbst etwas zu tun.

4. Damit die örtliche Konzeption der Aktionen und ihre Zielrichtung deutlich blieb, kam es in manchen Verwaltungsstellen zu täglichen Zusammenkünften der Leiter der VK (z. B. Friedrichshafen, Reutlingen u. a.), um die Aktionen zu koordinieren und vielleicht auch, um „Müde“ munter zu machen. Solche Zusammenkünfte sind unverzichtbar. Nur so kann trotz der vielen Einzelaktionen die IG Metall als solche stets unmißverständlich und einheitlich sichtbar bleiben.

5. Die am Anfang der Bewegung von nicht wenigen Funktoren befürchtete massive Forderung nach Lohnausfall (Streikunterstützung) für die Teilnahme an Aktionen ist kaum aufgetreten.

6. Die Bereitschaft der Mitglieder, ohne finanzielle Unterstützung mehrmals an Protestaktionen teilzunehmen, war größer als erwartet.

7. Die ehrenamtlichen Mitglieder der Großen Tarifkommissionen, die wie die übrigen Mitglieder alle bereitwillig finanzielle Opfer brachten und Aktionen organisierten, sind dadurch zweifelsohne kritischer geworden.

8. Motiv zur Beteiligung an Warnstreiks war sicher nicht nur die Höhe des zu erwartenden Abschlusses. Man wollte es den Arbeitgebern auch mal zeigen, zeigen, wie stark die Arbeiterschaft ist; man wollte gegen die ständigen Angriffe der Unternehmer Widerstand leisten.

9. Entgegen der Einschätzung der Unternehmer lief sich die Bewegung nicht nach ein, zwei Wochen tot.

10. Die Hartnäckigkeit und Dauer des Kampfes und die Art und Höhe des Abschlusses brachten Uneinigkeit in das Arbeitgeberlager. (Vorsicht: daraus werden sie lernen und versu-

chen, dem künftig durch noch straffere Organisation zu begegnen.)

11. In einigen Betrieben, die nicht verbandsgebunden waren, konnten als Folge des Kampfes Werkstarifverträge abgeschlossen werden bzw. sind diese Betriebe in den Arbeitgeberverband eingetreten.

12. Es gab auch Ansätze, betriebliche zusätzliche Forderungen zu erheben (z. B. Bosch Waiblingen) und durchzusetzen (z. B. SWF Bietigheim, siehe auch II.2).

13. Die Mobilisierung der Basis gelang auch in kleinsten Betrieben.

14. Die Tariffbewegung wurde von den Mitgliedern nicht mehr lediglich am Fernsehen erlebt.

15. Die Tarifausschüsse sind durch das Verhalten und in den Augen des einzelnen Mitgliedes durch Mitglieder beeinflussbar geworden.

16. Für viele Zehntausende war es das erste Mal, daß sie direkt und unmittelbar in die gewerkschaftliche Arbeit durch Teilnahme an Aktionen einbezogen wurden.

17. Die Interessengeegner der Arbeiterklasse wurden für den einzelnen in der Auseinandersetzung handfest sichtbar und greifbar. Der direkte Anschauungsunterricht war wirksamer als unsere Bemühungen in diesem Punkt im F-I-Seminar. (Damit soll überhaupt nichts gegen dieses Seminar gesagt werden!)

18. Die Verhinderungstaktik des eigenen Unternehmers (z. B. Flugblätter, Gespräche, Ansprachen, Namenslisten der Teilnehmer an Protestaktionen, Bild- und Filmaufnahmen, Verschließen der Werkstore usw.) weckte Phantasie zu ihrer Überwindung.

19. Jeder mußte sich persönlich entscheiden und bekennen: mitmachen oder weiterarbeiten. Diese Entscheidung hat eine andere Qualität, als nur Beitrag zahlen und die Gewerkschaft als Dienstleistungsbetrieb anzusehen.

20. Der einzelne mußte sich pro oder kontra mit den Arbeitskollegen auseinandersetzen. Es genügte nicht mehr, über „die da oben“ zu schimpfen.

21. Ansätze von Klasseninstinkt wurden spürbar, der Interessengegensatz deutlicher, man fühlte sich klar auf der einen Seite des Konflikts.

22. Bei den Demonstrationen — auch in kleinsten Ortschaften — mußten sich die Teilnehmer öffentlich zur IG Metall bekennen. Man wurde von Freunden und Bekannten gesehen, mit denen man am Stammtisch oder im Verein noch nie oder vielleicht nur negativ über die Gewerkschaft gesprochen hat.

23. Der negative Eindruck von Demonstrationen, den manche Kolleginnen und Kollegen als seitherige Zuschauer hatten, wurde sicher korrigiert. Der Gedanke, sich „auf der Straße“ gegen Unrecht zu wehren, wurde im Hinterkopf festgehalten.

24. Sicher war auch verschiedentlich der Wunsch da, einmal ohne Rücksicht auf die arbeitsvertragliche Verpflichtung „Frühschluß“ zu machen (z. B. in Villingen-Schwenningen, Spätschicht bei Daimler-Benz in Untertürkheim).

25. Die Darstellung des Abschlusses — 4,9 Prozent und 320 DM als vertretbaren Kompromiß ohne jede Beschönigung — wurde als offene und ehrliche Einschätzung akzeptiert. Dabei hat es nicht geschadet, ohne Eifer und Überbetonung nüchtern das errechnete Volumen von 5,3 Prozent zu nennen.

26. Die Art des Zutandekommens dieses Lohnabschlusses — direkte Beteiligung der Mitglieder — trug wesentlich dazu bei, daß der Abschluß akzeptiert wurde.

II. Was künftig zu beachten bzw. zu ändern ist

1. Trotz unseres Aufrufes und hervorragenden Aktionen in diesem Zusammenhang ist es in keinem Verbandsbetrieb zu einem vorzeitigen betrieblichen Abschluß gekommen. Die Verbandslinie wurde eisern durchgehalten; ein Zeichen für die organisatorische Stärke der Arbeitgeberverbände.

2. Zusätzliche betriebliche Forderungen können im Zusammenhang mit Warnstreiks, zu denen die IG Metall aufgerufen hat, nicht erhoben werden (Einwirkungspflicht, z. B. SWF).

3. Der Ruf nach Urabstimmung und unbegrenztem Streik war Mitte April unüberhörbar geworden. Die neuen Kampfformen und ihre Notwendigkeit waren nicht genügend diskutiert worden – vor allem auch die zeitliche Dauer („langer Atem“). In wenigen Verwaltungsstellen war schon frühzeitig „die Luft draußen“. Bestimmte Personengruppen hielten sich bei den Warnstreiks vornehm zurück.

4. Die Gründe, warum die IG Metall einen allgemeinen unbegrenzten Streik verhindern wollte, sind bei einem Teil der Mitglieder nicht deutlich geworden (BAG-Urteil zur Aussperrung, finanzielles Ausbluten). Die Frage wird sein, ob die Mitglieder weiterhin aus der Einsicht in die Notwendigkeit heraus zu finanziellen Opfern bereit sind. Diese Einsicht muß durch Einbeziehung der Mitglieder in die Tariffbewegung bereits vor den Aktionen gefördert werden.

5. Die Betonung durch die IG Metall, daß zunächst ein allgemeiner unbegrenzter Streik verhindert werden sollte, wurde teilweise als Schwäche ausgelegt.

6. Es war nicht deutlich genug, daß der Erzwingungsstreik mit unbegrenzter Dauer nicht ausgeschlossen war.

7. Heftige Reaktionen zeigten, daß die frühzeitig genannten 4,9 Prozent (ohne soziale Komponente, Laufzeit) zur Verwirrung, ja teilweise zu Mißtrauen geführt haben.

8. Die aktive Unterstützung im DGB wurde vermißt. Die meisten Gewerkschaften haben abgewartet, was bei der IG Metall herauskommt und waren bis dahin mit der IG Metall im Gespräch. Trotz Tarifverhandlungen gab es bei den anderen Gewerkschaften keine Aktionen.

8.1 Bau – Steine – Erden schloß ohne Zeitdruck zu einem zu frühen Zeitpunkt mit 4 Prozent ab. Ungewollt wurde damit die Verhandlungsposition der Metallindustriellen gestärkt (siehe Verhalten von Knapp in Monrepos). Nachdem die Bau-Tarifkommission das 4-Prozent-Verhandlungsergebnis abgelehnt hatte, konnte nach objektiver Einschätzung durch unsere Aktionen ein verbessertes Ergebnis erzielt werden.

8.2 Die IG Bergbau und Energie nahm mit ihrem 4,6-Prozent-Abschluß auf unsere noch laufenden Verhandlungen zu wenig Rücksicht. Es ist nicht bekannt, ob die möglichen Auswirkungen des Abschlusses auf unsere Verhandlungen dort diskutiert worden sind.

8.3 Die IG Druck und Papier wies richtigerweise darauf hin, daß die Höhe des Abschlusses in der Druckindustrie ganz wesentlich durch die Warnstreiks und Aktionen der IG Metall geprägt wurden.

8.4 Künftig sollte rechtzeitig Kontakt mit allen Einzelgewerkschaften des DGB aufgenommen werden, für die im gleichen Zeitraum Lohnverhandlungen anstehen.

8.5 Dies ist auch Diskussionsstand bei Druck und Papier. Zumindest müßte als Anfang mit Druck und Papier, HBV und den Gewerkschaften im öffentlichen Bereich gesprochen werden, um Erfahrungen zu sammeln.

8.6 Die Höhe und Art der aktuellen Forderung sollte bei dieser Gelegenheit nicht angesprochen werden, das gäbe zu viele

Probleme und würde den notwendigen Anfang erschweren; (grundsätzliche Zielvorstellungen müssen in anderem Rahmen innerhalb des DGB festgelegt werden).

8.7 Überlegt werden sollte, welche Aktionen im Frühjahr 1982 bei den anderen Gewerkschaften möglich sind, und gemeinsame Aktionen der Einzelgewerkschaften nicht ausgeschlossen werden.

8.8 Das wäre auch eine neue Kampfform, wenn beispielsweise an einem Dienstag um 10 Uhr in Stuttgart alle Druckereien, Kaufhäuser, Banken, Straßenbahnen, Müllabfuhr, Briefzustellung, Bosch, Daimler, SEL und andere für eine Stunde warnstreiken würden.

8.9 So wie wir 1981 zum ersten Mal bundesweit zu Warnstreiks in der Metallindustrie kamen, was vor einigen Jahren nur schwer vorstellbar war (Friedenspflicht), ist der Gedanke nach gemeinsamen branchenübergreifenden Warnstreiks kein Hirngespinnst, sondern reale Utopie. Dieses gemeinsame Sichwehren wäre eine logische Konsequenz gegenüber dem abgestimmten Verhalten der bundesdeutschen Arbeitgeber.

9. Diese Überlegungen zur Zusammenarbeit mit den DGB-Gewerkschaften sind neu. Wir sollten uns darauf nicht verlassen, aber die Zielsetzung nicht aus den Augen verlieren. Vordringlich ist und bleibt, daß wir uns auf unsere eigene Kraft besinnen und auf dem neuen (alten) Weg vorwärts gehen.

Echo zum DGB-Aufruf: „Frieden durch Abrüstung“

Das Unterschriftenkonto des am 1. September veröffentlichten Aufrufs des DGB: „Frieden durch Abrüstung“ wächst langsam an. Auf der Fahrt zur großen Friedensdemonstration am 10. Oktober nach Bonn wurden in Sonderzügen und Bussen Unterschriften gesammelt. Auf der Kundgebung selbst rief Georg Benz, Mitglied des geschäftsführenden Vorstands der IG Metall, der allerdings nicht im Auftrag oder Namen des DGB oder seiner Gewerkschaft, sondern „als freier Bürger, überzeugter Gewerkschafter und Sozialdemokrat“ sprach, die rund 300 000 Teilnehmer dazu auf, die Friedensinitiative des DGB zu unterstützen.

Ähnliche Positionen nahmen auch der am 3. und 4. Oktober in Frankfurt stattgefundene außerordentliche Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), die Gewerkschaftstage von Holz und Kunststoff, Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft (siehe Seite 21) sowie die DGB-Landesbezirksfrauenkonferenzen Baden-Württemberg und Hessen ein. Darüber hinaus hatten der außerordentliche GEW-Gewerkschaftstag wie auch zahlreiche andere gewerkschaftliche Gliederungen ihre Mitglieder zur Teilnahme an der Friedenskundgebung am 10. Oktober in Bonn aufgerufen. Unverständnis löste bei zahlreichen Gewerkschaftern die Reaktion des DGB-Bundesvorstands aus. Er erklärte auf seiner Sitzung am 6. Oktober, daß der GEW-Aufruf zur Teilnahme am 10. Oktober „nicht dem Beschluß des Deutschen Gewerkschaftsbundes entspricht“.

Zur Information unserer Leser dokumentieren wir den Beschluß des GEW-Gewerkschaftstages sowie die Stellungnahme des DGB-Bundesvorstands im Wortlaut. Darüber hinaus veröffentlichten wir ein vom DKP-Vorsitzenden Herbert Mies unterzeichnetes Schreiben. Dieses wurde zusammen mit den Unterschriften der Mitglieder des DKP-Präsidiums und -Sekretariats unter dem DGB-Aufruf von einer Delegation des DKP-Partei-Vorstands dem DGB-Bundesvorstand übergeben. Dabei hatten die Beauftragten der DKP Gelegenheit zu einem längeren Gespräch.

Beschluß des GEW-Gewerkschaftstages: Gewerkschafter für Frieden und Abrüstung

Der Gewerkschaftstag begrüßt die Aktivitäten vieler Kollegen, der Gewerkschaften und des DGB insgesamt zum Antikriegstag, auf dem deutlich geworden ist, daß die Gewerkschaftsbewegung immer auch eine Friedensbewegung ist. Die in der GEW organisierten Lehrer und Erzieher spüren die Unruhe vieler Jugendlicher über das tödliche Wettrüsten besonders deutlich. Die Jugend fürchtet mit Recht um ihre Zukunft. Wir können ihr nur glaubwürdig gegenüberstehen, wenn wir uns selber mit aller Kraft für den Frieden einsetzen, ohne dessen Sicherung Erziehung und Unterricht ihren Sinn verlieren.

Deshalb fordert die GEW die Bundesregierung auf,

- die Stationierung von Neutronenbomben in der Bundesrepublik zu verhindern und keine Zustimmung zur Stationierung von Pershing-II-Raketen und Marschflugkörpern zu geben,
- Verhandlungen mit dem Ziel aufzunehmen, eine weitere Stationierung von atomaren Mittelstreckenraketen in Ost und West zu verhindern und die vorhandenen abzubauen,
- eigene Initiativen für wirksame Abrüstungsverhandlungen und zur Fortsetzung der Entspannungspolitik zu ergreifen,
- auf die USA einzuwirken, endlich das SALT-II-Abkommen zu unterzeichnen.

Außerdem fordert der Gewerkschaftstag das Verbot und die Vernichtung aller Atomwaffen in Ost und West.

Der Gewerkschaftstag begrüßt die Aktivitäten des DGB zum Antikriegstag und fordert daher alle Kolleginnen und Kollegen auf, den Aufruf des DGB „Frieden durch Abrüstung“ zu unterstützen. Darüber hinaus ruft der Gewerkschaftstag die Mitglieder der GEW auf, an der von der Aktion Sühnezeichen / Friedensdienste organisierten Demonstration und Kundgebung am 10. Oktober 1981 in Bonn teilzunehmen. Ihr Motto „Gegen die atomare Bedrohung gemeinsam vorgehen – für Abrüstung und Entspannung in Europa“ und die damit verbundene Zielsetzung entspricht sowohl den Interessen der Arbeitnehmer und ihrer Familien als auch der Tradition der Gewerkschaftsbewegung, der aktuellen Beschlußlage vieler DGB-Gewerkschaften und der Stoßrichtung des DGB-Aufrufs „Frieden durch Abrüstung“.

Die GEW ruft ihre Mitglieder auf, an der Friedensdemonstration der Aktion „Sühnezeichen“ und anderer Organisationen am 10. 10. 1981 teilzunehmen. Dieser Aufruf wird durch Rundschreiben und Flugblätter den Untergliederungen und Mitgliedern so schnell wie möglich mitgeteilt. Der Bundesvorsitzende wird beauftragt, diesen Beschluß in der nächsten Woche wirksam publizistisch umzusetzen.

DGB-Bundesvorstand: GEW-Aufruf entspricht nicht der Beschlußlage

Der Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes hat in seiner Sitzung am 6. Oktober 1981 festgestellt, daß der vom Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft am 3. Oktober 1981 gefaßte Beschluß, zur Teilnahme an der Veranstaltung der „Aktion Sühnezeichen“ am 10. Oktober 1981 aufzurufen, nicht dem Beschluß des Deutschen Gewerkschaftsbundes entspricht.

Das Demonstrationsrecht des Gewerkschaftsmitgliedes als Bürger wird von diesem Beschluß nicht berührt. Demgegenüber ist keine Gliederung des DGB und seiner Gewerkschaften berechtigt, im Namen des DGB und seiner Organisationen bei dieser Veranstaltung aufzutreten. Der DGB verweist in diesem Zusammenhang auf seine eigene Friedensinitiative, die schon über die Grenzen der Bundesrepublik hinaus die vorbehaltlose Zustimmung der internationalen Gewerkschaftsbewegung gefunden hat.

Brief der DKP an den Bundesvorstand des DGB

„Werte Kollegen!

Wir übermitteln Euch die Unterschriften der Mitglieder des Präsidiums und Sekretariats des Parteivorstandes der Deutschen Kommunistischen Partei unter den Aufruf des DGB „Frieden durch Abrüstung“.

Wir begrüßen, daß der Deutsche Gewerkschaftsbund als größte Organisation der arbeitenden Menschen in einer politisch zugespitzten Situation, da die Angst vor der Gefahr eines atomaren Vernichtungskrieges wächst, mit seiner Aktion für „Frieden durch Abrüstung“, gegen neue Mittelstreckenraketen, für das Verbot aller atomaren Massenvernichtungswaffen in die große Auseinandersetzung um Krieg oder Frieden eingegriffen hat.

Wir sehen den Aufruf des DGB sowie die von den Gewerkschaften initiierte Unterschriftensammlung als Ausdruck des Friedenswillens von Millionen gewerkschaftlich organisierten Arbeitern und Angestellten. Für den Frieden einzutreten, das ist heute eine drängende Aufgabe. Das erfordert gewerkschaftliche Aktivitäten und gewerkschaftliches Handeln. Solche Aktionen sind um so notwendiger, als die gravierenden Eingriffe in den nicht zuletzt von den Gewerkschaften erkämpften sozialen Besitzstand, aber auch die Blockierung von notwendigen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen durch die Regierung deutlich machen, daß auch in unserem Land Hochrüstung und soziale Reformpolitik nicht vereinbar sind. Verschärfte Aufrüstung und Sozialabbau sind zwei Seiten der Medaille.

Den Aufruf des DGB „Frieden durch Abrüstung“ werten wir auch als Beitrag zu der wachsenden Friedensbewegung, die sich in den letzten Monaten in unserem Land entwickelt hat, und in der Menschen unterschiedlicher Weltanschauung und Parteizugehörigkeit für die vorrangigste Aufgabe gemeinsam handeln. Wir halten es für notwendig, daß alle, die aus Sorge um die Rettung des Friedens aktiv werden, zusammenstehen.

Wir stimmen dem Vorsitzenden des DGB, Heinz Oskar Vetter, zu, der am 1. September in Düsseldorf erklärte: „Wir, die organisierte Arbeitnehmerschaft, der Deutsche Gewerkschaftsbund sind die Verbündeten aller Menschen und Gruppen unseres Volkes, die gleich uns ehrlich den Frieden ersehnen und befreit sind, für ihn zu kämpfen. Und dabei heißt kämpfen: Aufklären, Bewußtsein bilden, demonstrieren, die Mehrheit des Volkes für die politische Aktion zu gewinnen.“

„Frieden durch Abrüstung“, diese Grundthese verbindet uns, die wir mit vielen anderen Bürgern den „Krefelder Appell“ unterstützen, mit den Unterzeichnern der Bielefelder Erklärung von Sozialdemokraten, zahlreichen Initiativen aus Betrieben und Büros, Vertretern der Kirchen und der Jugendverbände, Menschen aus allen Schichten unseres Volkes, die nicht wollen, daß neuartige amerikanische Mittelstreckenraketen in unserem Land stationiert werden, die für die Ächtung der barbarischen Neutronenbombe eintreten. Niemals darf unser Land, wie amerikanische Generale kaltblütig kalkulieren, Schlachtfeld eines neuen Krieges werden.

Dem Kampf für die weitere Festigung und die notwendige Zusammenarbeit ist es aber sicherlich nicht dienlich, wenn im Aufruf des DGB „Frieden durch Abrüstung“ die Verantwortung für die wachsenden Spannungen, für die gefährliche Konfrontationspolitik nicht im Kurs der reaktionären Kreise der USA und der NATO gesehen wird, die – wie sie selbst erklären – nach Überlegenheit über die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Staaten, nach weltweiter Vorherrschaft streben. Statt dessen wird sie der Sowjetunion angelastet, die unermüdlich Verhandlungen über eine Begrenzung des Wettrüstens vorschlägt, die in der UNO und durch ihre praktische Politik ihre Friedensbereitschaft beweist. Ihr wißt selbst, Kollegen, daß die Nichtratifizierung des SALT-II-Vertrages durch die US-Regierung, das NATO-Langzeitprogramm und der sogenannte Nachrüstungsbeschluß, die Ausdruck einer Politik

verschärfter Konfrontation und Weichenstellung für eine neue Hochrüstungspolitik sind, vor den Vorgängen um Afghanistan liegen.

Wenn es um Krieg oder Frieden, um die Verantwortung zur Abwendung der gefährlichen, alles Leben auf dieser Welt bedrohenden Hochrüstung geht, dann sind antikommunistische Vorurteile und Falschdarstellungen gefährlich, weil sie eine klare Orientierung und die Entfaltung aller Kräfte für die Sicherung des Friedens hemmen können und die Durchsetzung der Forderung 'Frieden durch Abrüstung' erschweren.

Wir Kommunisten sehen es als eine vorrangige Aufgabe an, in der großen Friedensbewegung stets dafür einzutreten, daß immer mehr arbeitende Menschen das Ausmaß des Wettrüstens erkennen, daß aus der Erkenntnis der Gefahren aktives Handeln fürs Überleben wird.

Wir lassen uns von der auf unserem 6. Parteitag der DKP unter der Losung 'Alles für den Frieden' erarbeiteten Politik leiten. Wir wollen, daß die Friedensbewegung gestärkt wird und treten dafür ein, daß es trotz unterschiedlicher Meinungen und Auffassungen zu gemeinsamen Aktionen kommt, um die wachsenden Gefahren eines alles vernichtenden Atomkrieges zu bannen.

Wir sind sicher, daß die Mitglieder der DKP, die gewerkschaftlich organisiert sind, verstärkt dafür eintreten werden, daß in den Betrieben und Büros über die Grundfrage Krieg oder Frieden, Hochrüstung oder Abrüstung diskutiert wird, daß möglichst viele arbeitende Menschen mit ihrer Unterschrift auch unter den Aufruf des DGB 'Frieden durch Abrüstung' und in anderen Aktionen sich gegen das Wettrüsten, gegen neue amerikanische Mittelstreckenraketen bekennen und von der Regierung unseres Landes die Rücknahme der verhängnisvollen Zustimmung zum Brüsseler NATO-Raketenbeschluß verlangen.

Mit kollegialen Grüßen
Herbert Mies
Vorsitzender der
Deutschen Kommunistischen Partei"

11. Gewerkschaftstag der GHK BESCHLÜSSE

Vom 4. bis 10. Oktober fand in Travemünde der 11. ordentliche Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Holz und Kunststoff (GHK) statt (Bericht auf Seite 9). Die Delegierten faßten Beschlüsse zu allen drängenden Problemen. Nachfolgend veröffentlichen wir davon eine Auswahl.

Tarifpolitisches Aktionsprogramm 1981 (E 1)

Die Sicherung der Arbeitsplätze, die Verbesserung und Verteidigung der Reallöhne, die Durchsetzung menschengerechter Arbeitsbedingungen und die Verbesserung der Lebensqualität der Arbeiter, Angestellten und Auszubildenden sind Inhalt der aktiven Tarifpolitik der Gewerkschaft Holz und Kunststoff. Dazu gehört die Sicherung und Ausweitung der Mitbestimmungsrechte durch Tarifverträge.

Diese Ziele erfordern ständige solidarische Anstrengungen zur Erreichung von

- höheren Löhnen, Gehältern und Ausbildungsvergütungen,
- Arbeitszeitverkürzungen,
- bezahlten Erholungspausen,
- menschengerechten Arbeitsbedingungen,
- verbesserten Kündigungsschutzbestimmungen,
- erweiterten Mitbestimmungsrechten,
- Sicherung des Besitzstandes, Erhaltung und Weiterentwicklung der beruflichen Qualifikation.

Die Gewerkschaft Holz und Kunststoff bekräftigt ihre Entschlossenheit, für die Forderungen ihrer Mitglieder unter Einsatz aller gewerkschaftlichen Mittel einschließlich des Streiks einzutreten.

1. Sicherung und Verbesserung der Realeinkommen

Ständige Aufgabe gewerkschaftlicher Tarifpolitik war, ist und bleibt die Durchsetzung höherer Löhne und Gehälter. Die ständig wachsende Ergiebigkeit der menschlichen Arbeit schafft die Grundlagen für steigende Realeinkommen. Die Preispolitik der Unternehmer, wachsende Steuerlasten und der Abbau sozialer Leistungen gefährden immer wieder das Erreichte. Deshalb ist die Kraft der gewerkschaftlichen Organisation notwendig, um den Lebensstandard der Arbeiter, Angestellten und Auszubildenden zu verteidigen und ihnen einen höheren Anteil am Ergebnis des gesellschaftlichen Verteilungskampfes zu verschaffen.

2. Gemeinsame Tarifpolitik für Arbeiter, Angestellte und Auszubildende

Einigkeit macht stark! Gemeinsame Tarifverträge für Arbeiter und Angestellte sind Ausdruck und zugleich Triebkraft der Solidarität, der Quelle gewerkschaftlicher Erfolge. Deshalb tritt die Gewerkschaft Holz und Kunststoff für gemeinsame Manteltarifverträge und sonstige Tarifverträge für Arbeiter, Angestellte und Auszubildende ein. Dazu gehören auch gemeinsame Tarifverhandlungen über die Anhebung der Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen.

3. Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit

Zum Ausgleich für wachsende Arbeitsbelastungen, zur Bekämpfung der Gefahren der Massenarbeitslosigkeit und zur umfassenden Beteiligung der Arbeitnehmer am gesellschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben ist eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit ohne zusätzliche Leistungsverdichtung erforderlich. Die Gewerkschaft Holz und Kunststoff fordert als vorrangige Form die stufenweise Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit bei vollem Lohn- und Gehaltsausgleich mit dem Ziel der 35-Stunden-Woche. Innerhalb des Deutschen Gewerkschaftsbundes tritt die Gewerkschaft Holz und Kunststoff für abgestimmte solidarische Aktionen zur Durchsetzung der 35-Stunden-Woche und zur Sicherung des Rechts auf Arbeit ein.

4. Menschengerechte Gestaltung der Arbeitsbedingungen

Zum Schutz der Gesundheit der Arbeitnehmer sind neue tarifliche Regelungen erforderlich, die eine menschengerechte Gestaltung der Arbeitsbedingungen als Voraussetzung der Persönlichkeitsentfaltung sicherstellen. Gesundheitsgefahren am Arbeitsplatz dürfen nicht gegen Geld eingetauscht werden.

Die Gewerkschaft Holz und Kunststoff fordert:

- Mindesterholungszeiten für alle Arbeitnehmer je Stunde in Form von bezahlten Pausen,
- entsprechend längere bezahlte Erholungspausen bei höherer Beanspruchung,
- den bezahlten Freizeitausgleich für geleistete Mehrarbeitsstunden einschließlich der Zuschläge,

- die Bezahlung der Ruhepausen bei Schichtarbeit,
- bezahlte Freischichten als Ausgleich für die besonderen Belastungen von Nacht- und Nachtschichtarbeit.

5. Weiterentwicklung der Leistungsentlohnung

Die Intensivierung der Arbeit in den Betrieben und Büros erfordert neue tarifliche Anstrengungen. Die Mitbestimmungsrechte des Betriebsrats bei der betrieblichen Lohn- und Gehaltsgestaltung müssen durch tarifliche Rahmenbestimmungen präzisiert und verstärkt werden. Die Gewerkschaft Holz und Kunststoff weist alle Bestrebungen zur Aushöhlung der tariflichen Akkordregelungen entschieden zurück. Die Gewerkschaft Holz und Kunststoff fordert den Ausbau der tariflichen Regelungen über Leistungsentlohnung mit den Zielvorstellungen angemessener Verdienstchancen bei menschengerechten Arbeitsbedingungen. Dazu gehören vor allem die Sicherung der Arbeitnehmerinteressen bei der Prämienentlohnung und tarifliche Bestimmungen über prozentuale Leistungszulagen für Zeitlehner und Angestellte. Der Einsatz von neuen Datenermittlungstechniken – z. B. Betriebsdatenerfassung, Systeme vorbestimmter Zeiten oder Multimoment – und die Einführung von Personalinformationssystemen dürfen nicht zu einer unzumutbaren Leistungsverdichtung und nichtkontrollierbarer Überwachung führen.

6. Sicherung des Besitzstandes, Erhaltung und Weiterentwicklung der beruflichen Qualifikation

Gleiche Entlohnung für gleichwertige Arbeit bleibt ein vorrangiges Ziel der gewerkschaftlichen Tarifpolitik. Die tariflichen Lohn- und Gehaltsgruppenmerkmale müssen den neuen Anforderungen angepaßt werden. Die Mitbestimmung bei der Eingruppierung im Einzelfall – notfalls mit Hilfe der Einigungsstelle – sorgt für die Einhaltung der Tarifverträge. Darüber hinaus sind neue tarifliche Bestimmungen zur Sicherung des sozialen Besitzstandes sowie zur Erhaltung und Weiterentwicklung der beruflichen Qualifikation erforderlich. Aus diesen Gründen lehnt die Gewerkschaft Holz und Kunststoff analytische Verfahren der Arbeitsbewertung nach wie vor ab.

7. Dreizehntes Monatslohn

Die Gewerkschaft Holz und Kunststoff fordert für alle Arbeiter, Angestellten und Auszubildenden ein zusätzliches 13. Monatslohn. Die Tarifverträge über das anteilige 13. Monatslohn sind auf dieses Ziel hin weiterzuentwickeln.

8. Sechs Wochen Jahresurlaub

Die Gewerkschaft Holz und Kunststoff strebt einen sechswöchigen Jahresurlaub für alle Arbeitnehmer an. Bindungen der Urlaubsdauer an Betriebszugehörigkeit und Lebensalter widersprechen diesem Ziel.

9. Steigerung des zusätzlichen Urlaubsgeldes

Das tarifliche zusätzliche Urlaubsgeld für Arbeiter, Angestellte und Auszubildende schafft die Voraussetzungen, damit jeder seinen Urlaubsanspruch besser nutzen kann. Die Gewerkschaft Holz und Kunststoff strebt deshalb den Ausbau des prozentualen Urlaubsgeldes, bezogen auf das Urlaubsentgelt an.

10. Verlängerung der Kündigungsfristen

Die Gewerkschaft Holz und Kunststoff tritt für eine Ausweitung der Kündigungsfristen bei Kündigung durch den Arbeitgeber ein. Die tariflichen Bestimmungen über Arbeitsplatzschutz und Verdienstsicherung müssen weiter ausgebaut werden. Dies gilt im besonderen für ältere Arbeitnehmer.

11. Verdienstausschlag bei Kurzarbeit

Durch Kurzarbeit darf keine Minderung des Urlaubsentgelts eintreten.

Lohnzahlungspflichtige Feiertage sind bei Kurzarbeit voll zu bezahlen.

Das Kurzarbeitergeld ist vom Arbeitgeber vorzustrecken und auf 90 Prozent des Nettoverdienstes aufzustocken.

12. Anerkennung der gewerkschaftlichen Vertrauensleute

Die gewerkschaftlichen Vertrauensleute vertreten die Gewerkschaft Holz und Kunststoff im Betrieb. Sie haben eine Schlüsselstellung bei der Vorbereitung gewerkschaftlicher Vorstellungen. Ihre Aktivität ist unverzichtbar für die Einhaltung der Tarifverträge und Voraussetzung für erfolgreiche Tarifbewegungen. Die Gewerkschaft Holz und Kunststoff weist alle Versuche zur Einschränkung der gewerkschaftlichen Betätigung in den Betrieben zurück und tritt für eine tarifliche Anerkennung der gewerkschaftlichen Vertrauensleute ein.

13. Verteidigung der Tarifautonomie

Die Gewerkschaft Holz und Kunststoff bekennt sich zur Tarifvertragsfreiheit und wendet sich gegen jegliche Bestrebungen, die Tarifautonomie einzuengen. Die Gewerkschaft Holz und Kunststoff verurteilt die Aussperrung als Mißbrauch wirtschaftlicher Macht. Auch die neue Rechtsprechung zum Arbeitskampf hat an dem Übergewicht der Unternehmer nichts geändert. Die Gewerkschaft Holz und Kunststoff tritt deshalb weiter für ein Verbot der Aussperrung ein und erklärt ihre Bereitschaft, im Rahmen des Deutschen Gewerkschaftsbundes Aussperrungen durch solidarische Aktionen der Gewerkschaften zu beantworten. Die Gewerkschaft Holz und Kunststoff ruft alle Kolleginnen und Kollegen auf, sich aktiv an den Tarifbewegungen zu beteiligen und dieses Tarifpolitische Aktionsprogramm zu verwirklichen.

Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit (E 5)

Die Tarifkommissionen der Bezirke, die Bezirksvorstände und der Hauptvorstand werden aufgefordert, unablässig für die stufenweise Verkürzung der Arbeitszeit auf 35 Stunden einzutreten. Bei jeder Tarifkündigung (Manteltarif) ist diese Forderung zu stellen.

Friedenspolitik (A 1)

Der 11. ordentliche Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Holz und Kunststoff fordert die Bundesregierung auf, die zu Beginn der 70er Jahre eingeleiteten Friedens- und Entspannungsbestrebungen konsequent fortzuführen. Die Sicherung des Weltfriedens wird nicht durch weitere Aufrüstung, sondern nur durch eine zielstrebige Entspannungspolitik und einer damit einhergehenden Völkerverständigung möglich sein. Es gibt im übrigen keinen Zweifel darüber, daß nur in einem dauerhaften Frieden der soziale Fortschritt bewahrt und ausgebaut werden kann. Der internationale Rüstungswettlauf hat durch die Diskussionen um die Stationierung atomarer Mittelstreckenraketen in Ost und West neuen Auftrieb erhalten und ist dadurch zu einer ersten Bedrohung des Weltfriedens geworden. Der 11. ordentliche Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Holz und Kunststoff beobachtet diese Entwicklung mit größter Sorge.

Noch bei allen bewaffneten Auseinandersetzungen sind es vornehmlich die Arbeitnehmer und ihre Familien gewesen, die die Last und die Leiden des Krieges zu tragen hatten. Es waren im wesentlichen auch ihre Söhne, die auf den Schlachtfeldern den Blutzoll für diejenigen zahlen mußten, die im Rüstungsgeschäft ihre Interessen durchzusetzen versuchen und das große Geld verdienen. Unter dem Druck der zur Zeit rapide zunehmenden Rüstungsausgaben in unserer Bundesrepublik und im Schatten der augenblicklichen Wirtschaftskrise werden die Angriffe auf den sozialen Besitzstand unserer arbeitenden Bevölkerung immer stärker. Die Realeinkommen der Arbeiter und Angestellten sollen Zug um Zug weiter abgeschmolzen, die staatlichen Sozialleistungen erheblich verringert werden. Diesen Bestrebungen müssen die Gewerkschaften mit allen Mitteln entgegenreten.

Die Delegierten des 11. ordentlichen Gewerkschaftstages verlangen deshalb in der Sicherheitspolitik unserer Bundesregierung die Fortführung von Entspannungsgesprächen mit dem Ziel, zu einer wirksamen und allseits gültigen Rüstungskontrolle zu kommen.

Die zur Zeit erörterte Stationierung von Mittelstreckenraketen in Europa ist nicht geeignet, dem Frieden zu dienen. Sie läßt eher befürchten, daß die bisherigen Entspannungserfolge zwischen den beiden Weltblöcken ernsthaft gefährdet werden.

Nachrüstungsbeschluß der NATO (A 4)

Der Hauptvorstand der Gewerkschaft Holz und Kunststoff wird beauftragt, sich bei der Bundesregierung für eine Rücknahme des sogenannten „Nachrüstungsbeschlusses“ einzusetzen.

Begründung:

„Der Dritte Weltkrieg ist wahrscheinlich“ schrieb Carl Friedrich von Weizsäcker 1976, aber auch: „Eine Politik, die ihn verhindert, ist möglich...“, wenn eine breite Öffentlichkeit der Bundesregierung klar macht, daß ein immer Mehr an Rüstungskosten zu Lasten der Arbeitnehmer geht. Jeder neue Rüstungsschritt auf der einen Seite erhöht die Angst auf der anderen Seite und ist dadurch zugleich Anlaß für eine neue Drehung der Rüstungsspirale, die wiederum neue Angst verbreitet.

Der näherrückende Vollzug des sog. Nachrüstungsbeschlusses der NATO ist ein weiteres Drehen dieser Spirale. Die neuerdings bekundete Absicht der USA, in Europa Neutronenwaffen zu stationieren, haben zu einer breiten Diskussion in der Öffentlichkeit geführt, denn die kaum mehr aufzubringenden Kosten gehen zu Lasten anderer wichtiger gesellschaftlicher Erfordernisse. In der Diskussion um Friedenspolitik und Abrüstung dürfen die Gewerkschaften nicht abseits stehen. Unser friedenspolitisches Engagement müssen wir in diese Diskussion mit einbringen. Die GHK soll deshalb noch mehr über Hintergründe zu Rüstungsfragen informieren und Aufklärung bei unseren Mitgliedern betreiben.

Frieden und Abrüstung (IA 2)

Die Delegierten des 11. ordentlichen Gewerkschaftstages der Gewerkschaft Holz und Kunststoff bekräftigen den Aufruf des Deutschen Gewerkschaftsbundes für die Einstellung des Wettrennens in Ost und West. Besonders vordringlich ist es, die tödlichen Gefahren der Atomwaffen durch eine kontrollierte und gleichgewichtige Abrüstung in Ost und West zu beseitigen. Ein Atomkrieg wäre das Ende jeder Kultur in Europa. Die Überlebenden würden die Toten beneiden. Deshalb gibt es heute keine wichtigere Frage als die Erhaltung des Friedens und keine vernünftige Alternative zur Abrüstung. Statt durch immer neue, immer gefährlichere Waffensysteme die Rüstungsspirale zu beschleunigen und das Kriegsrisiko zu verschärfen, muß das militärische Gleichgewicht auf einem möglichst niedrigen Niveau angestrebt werden.

Wir rufen alle Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben auf, für die Erhaltung des Friedens aktiv zu werden und den Abrüstungsappell des Deutschen Gewerkschaftsbundes mit Unterschriftensammlungen am Arbeitsplatz zu unterstützen. Die Delegierten des 11. ordentlichen Gewerkschaftstages der GHK beauftragen den Kollegen Georg Benz, Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes der IG Metall, diese Entschliebung als Gewerkschaftskollege in seiner Rede auf der größten Friedenskundgebung der Nachkriegszeit am 10. Oktober 1981 in Bonn zu verlesen.

Gegen Sozialabbau (IA 2)

Der Gewerkschaftstag der GHK fordert den Bundesvorstand des DGB dringend auf, in der Öffentlichkeit vor der kommen-

den Lohnrunde eindeutig zu derzeit diskutierten Regierungsvorschlägen Stellung zu beziehen. Insbesondere muß unmißverständlich in Form von Anzeigen und Flugblättern Front gemacht werden gegen sozialliberale Regierungspläne zu Änderungen beim Lohnfortzahlungsgesetz, das sich die Gewerkschaften erstreikt haben. Bei Plänen dieser Art wird deutlich, daß es zur Zeit nicht um die Sanierung des Bundeshaushalts geht (Steuer- und Sozialversicherungsbeiträge würden weniger gezahlt), sondern um die Sanierung von Bilanzen.

Außerdem muß an die DGB-Wahlprüfsteine 1980 erinnert werden und an die Behandlung gewerkschaftlicher Vorschläge durch die Regierung:

- zur Mitbestimmung
- zum Beschäftigungsprogramm
- zur Arbeitsmarktabgabe
- zum Kindergeld
- zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung.

Die GHK-Delegierten sind empört, daß im Kabinett eines sozialdemokratischen Kanzlers über

- Kürzungen von Arbeitslosenunterstützung und
- Eingriffe in die Tarifautonomie (3 Monate Lohnpause) diskutiert wird.

Der DGB muß weitaus stärker als bisher deutlich machen, daß er diese Politik bekämpft. Die Gewerkschaften sind – wie in der Vergangenheit – bereit, diesen Umverteilungsplänen mit Kampfmaßnahmen entgegenzutreten.

Neofaschistische Tendenzen (A 8)

Wir fordern von den Parlamenten und Regierungen die Nutzung aller in ihrer jeweiligen Zuständigkeit liegenden Möglichkeiten zur Bekämpfung der Neonazis. Vor allem der Verfassungsauftrag von Artikel 139 des Grundgesetzes muß ernst genommen werden. Sollte die mangelhafte Konsequenz bei der Bekämpfung neonazistischer Gruppen mit dem Fehlen gesetzlicher Regelungen begründet werden, so sind diese Gesetzeslücken zu schließen. Wir verlangen:

- Verbot und Auflösung aller neonazistischer Gruppen;
- Unterbindung des öffentlichen Auftretens und sonstiger Propaganda dieser Gruppen;
- Unterrichtung der Jugend über das faschistische Unrechtssystem;
- juristische Verfolgung jeder Verharmlosung der Greueltaten.

Einheitsgewerkschaft (A 11)

Neuerdings ist auch die Gewerkschaft Holz und Kunststoff in die Schußlinie der Propagandisten des Unternehmerlagers geraten und wegen ihrer Tarifpolitik (!) der „roten Unterwanderung“ bezichtigt worden. Im Zusammenhang mit weiteren Presseveröffentlichungen ist dies für uns Anlaß festzustellen: Mit der Verschärfung wirtschaftlicher Krisenerscheinungen seit Mitte der siebziger Jahre und der daraus resultierenden Arbeitslosigkeit wurde die Gewerkschaftsarbeit schwieriger. Die Versuche zur Abwälzung der Krisenlasten auf die Arbeitnehmer, die Angriffe auf den sozialen Besitzstand und auf die Tarifpolitik nehmen zu. Es ist kein Wunder, daß die Unternehmer und ihre publizistischen Hilfstruppen in solchen Zeiten versuchen, die Gewerkschaftsbewegung durch Verleumdung und den Versuch der Spaltung zu schwächen. Die Unternehmensver-

bände schreckten dabei in der Diskussion um das Grundsatzprogramm des DGB nicht davor zurück, ihnen nicht genehme Aussagen des Programms in die Nähe der Verfassungswidrigkeit zu rücken. Im vergangenen Wahlkampf wurden gar aus Kreisen der CSU politische Sandkastenspiele mit einer Richtungsgewerkschaft bekannt.

Alle Bestrebungen, die Mitglieder und Funktionäre der Gewerkschaften und Teile ihrer Programmatik nach Parteistandpunkten einzuteilen wie auch die Behauptung einer kommunistischen Unterwanderung werden vom Gewerkschaftstag entschieden zurückgewiesen. Für uns gibt es keinerlei Grund, von den in unserer Satzung und im DGB-Grundsatzprogramm verankerten Grundsätzen abzurücken: Freie Meinungsbildung und Toleranz nach innen, Geschlossenheit nach außen bei der Durchsetzung unserer Ziele! Der DGB und seine Einzelgewerkschaften werden aufgefordert, mit der gebotenen Einheitlichkeit die genannten Unterstellungen zurückzuweisen. Wir werden unseren Gegnern nicht den Gefallen tun, uns mit uns selbst anstatt mit ihnen zu beschäftigen.

8. März – Internationaler Frauentag (A 12)

Der Hauptvorstand wird aufgefordert, beim DGB-Bundesvorstand darauf hinzuwirken, daß der 8. März als Internationaler Frauentag des DGB in allen seinen Gliederungen begangen werden soll. Dabei sollen insbesondere die aktuellen Probleme der arbeitenden Frauen dargestellt und Forderungen der Gewerkschaften formuliert werden.

Änderung der Arbeitszeitordnung (A 23)

Der Hauptvorstand wird beauftragt, dafür Sorge zu tragen, daß die Arbeitszeitordnung entsprechend den heute gegebenen Verhältnissen angepaßt wird.

Dazu gehören:

- a) Herabsetzung der gesetzlichen Arbeitszeit von derzeit 48 Stunden auf 40 Stunden in der Woche;
- b) Abbau der Schichtarbeit und Nachtarbeit;
- c) Verkürzung der Arbeitszeit für Schicht- und Nachtarbeiter;
- d) Einschränkung der zulässigen Überstunden.

Ferner sollte darauf hingewirkt werden, daß in diesen Punkten die Überwachung durch die Gewerbeaufsichtsämter verstärkt vorgenommen wird.

DGB-Richtlinien für Funktionäre (A 58)

Die GHK erklärt, daß sie keinerlei Verständnis für den in der Presse bekanntgewordenen Versuch des DGB-Bundesvorstandes hat, die Unterschriftenleistung unter politische Initiativen durch eine „Richtlinie“ zu reglementieren. Vor allem die Ausdehnung der „Richtlinie“ auf ehrenamtliche Funktionäre muß als Versuch gewertet werden, der Gewerkschaftsbasis einen „Maulkorb“ zu verpassen. Die gesamte Richtlinie offenbart unseres Erachtens ein gestörtes Verhältnis zur grundgesetzlich garantierten Meinungsfreiheit und dient nicht der Förderung einer freien innergewerkschaftlichen Diskussion.

Hilfe für Vietnam (A 60)

Die Delegierten des Gewerkschaftstages empfehlen den Mitgliedern der GHK, sich an humanitären Sammelaktionen für den Aufbau eines Rehabilitationszentrums für kriegsversehrte Waisenkinder und querschnittgelähmte Jugendliche in Vietnam zu beteiligen. Zu diesen Zwecken können Geldspenden unter dem Kennwort „Hilfsaktion Vietnam e.V.“, Konto-Nr. 900 40–430 Postscheckamt Essen, eingezahlt werden.

Wohnungsbau und Bodenrecht (B 3)

Die Delegierten des 11. ordentlichen Gewerkschaftstages der GHK fordern den Hauptvorstand und den DGB-Bundesvorstand auf, sich beim Deutschen Bundestag für die Verwirklichung folgender Ziele einzusetzen:

1. Wohnungsbau

In den Ballungsgebieten der Bundesrepublik verlangt der akute Wohnungsmangel die sofortige Neuaufnahme von staatlichen Programmen für die Förderung des sozialen Wohnungsbaus. Die derzeitige Wohnungsnot hat zu den verschiedensten Krisenerscheinungen geführt. Durch eine alsbaldige Belegung der Wohnungsbaupolitik werden wichtige, jetzt nötige konjunkturelle Impulse ausgelöst.

2. Neuordnung des Bodenrechts

Der Staat darf den Baulandmarkt nicht wie bisher sich selbst überlassen. Es müssen Bodenrechtsinstrumente des Bundesbaugesetzes stärker und konzentrierter angewandt werden, damit gerade für den sozialen Wohnungsbau genügend Bauland bereitgestellt wird. Dazu muß eine stärkere progressive Besteuerung von Grundstücken erfolgen, die offensichtlich aus Spekulationsgründen unbebaut liegen bleiben. Ein verbessertes, schneller wirkendes Enteignungsverfahren ist nötig.

3. Geldpolitik

Die Hochzinspolitik der Deutschen Bundesbank muß alsbald geändert werden, damit auch bauwillige Arbeitnehmer in der jetzigen wirtschaftlichen Rezessionsphase sich Wohneigentum schaffen können.

Erhöhung der Kilometerpauschale (B 8)

Der Hauptvorstand der Gewerkschaft Holz und Kunststoff wird aufgefordert, zusammen mit dem DGB auf die Bundesregierung sowie die im Parlament vertretenen Parteien einzuwirken, die zur Zeit gültige Kilometer-Pauschale für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsplatz von bisher DM 0,36 auf mindestens DM 0,72 anzuheben.

Konferenz des Verbandes der Schriftsteller BESCHLÜSSE

Am 26. und 27. September fand in Hannover die Bundesdelegiertenkonferenz des Verbandes der Schriftsteller (VS) in der IG Druck und Papier statt (siehe NACHRICHTEN 10/81). Die Delegierten, die 2500 gewerkschaftlich organisierte Schriftsteller vertraten, nahmen eine Reihe wichtiger Resolutionen (R) und Anträge (A) an. Eine Auswahl davon veröffentlichen wir nachfolgend im Wortlaut.

Schriftsteller für Frieden (28a)

Im Dezember 1979 wurde in Brüssel die Stationierung von amerikanischen Mittelstreckenraketen in Westeuropa beschlossen. Sie reichen bis weit auf das Territorium der Sowjetunion. Damals wurde eine neue Runde des Wettrüstens eingeleitet, die mit der angeblichen militärischen Überlegenheit der Sowjetunion begründet wird. Experten sagen jedoch, daß insgesamt zwischen den Militärblöcken annäherndes Gleichgewicht herrscht.

Die Stationierung von Pershing II und Cruise-Missiles bedeutet: Westeuropa wird zu einer vorgeschobenen Raketenbasis für die USA. Damit sind Westeuropa und insbesondere die BRD Schauplatz eines zukünftigen atomaren Krieges. Außerdem ist Wettrüsten an sich schon Völkermord, weil die damit verschwendeten Rohstoffe, Energien, Volkswirtschaftsmittel sowie die damit verbundenen Opfer und Einsätze viele dringende Probleme der Menschheit lösen könnten. Die Ausbeutung der Erde und der Menschen wird durch den Rüstungswahn beschleunigt. Alle menschlichen Werte werden Macht- und Weltmachtvorstellungen untergeordnet.

Der Atomkrieg bedroht uns alle. Gegen diese Entwicklung hilft nur die aktive Teilnahme in der Friedensbewegung. Wir Schriftsteller im VS in der IG Druck und Papier leisten hierzu unseren Beitrag in Text und Diskussion und bitten alle Mitbürger, ebenfalls die wachsende Friedensbewegung zu unterstützen.

Wir fordern deshalb von Regierung und Parteien:

1. Schluß mit dem Wettrüsten: keine Atomraketen in Ost und West
2. Nein zum NATO-Doppelbeschluß
3. Unverzügliche Aufnahme von Abrüstungsverhandlungen
4. Rückkehr zur Entspannungspolitik
5. Statt Wettrüsten soziale Sicherung des Friedens: Verwendung der Rüstungsmilliarden zur Beseitigung des Hungers und der Not in der Welt
6. Statt Drohungen, Haß und Verteufelung friedlicher Wettkampf der Ideen, Systeme und Problemlösungsversuche in Ost und West zum Wohl aller Menschen.

Begründung:

Das Wettrüsten bedroht nicht nur Leben und Versorgung der Grundbedürfnisse aller Völker, es engt auch zunehmend Freiheit, Menschenrechte und kulturelle Entwicklung ein. Die Eskalation der Gewalt in allen Lebensbereichen bedroht die Menschheit auch ohne Krieg. Deshalb muß der Protest der Schriftsteller immer wieder in jeder Form laut werden. Die Friedensbewegung braucht ständige Rückenstärkung von denen, die über Menschen und deren Probleme und Ideale nachdenken und schreiben.

Krefelder Appell (A 29)

Der Verband deutscher Schriftsteller (VS) in der IG Druck und Papier begrüßt den Krefelder Appell und wendet sich ausdrücklich gegen alle Versuche, die Friedensbewegung zu spalten und die darin Mitwirkenden zu diffamieren.

Einheit der Gewerkschaft (R 33)

Die Bundesdelegiertenkonferenz des Verbandes deutscher Schriftsteller in der IG Druck und Papier nimmt mit Befremden wahr, daß selbst führende Funktionäre der DGB-Gewerkschaften zweierlei Art von Mitgliedern ihrer Organisationen zu erkennen meinen und nicht davor zurückschrecken, Kollegen mit kommunistischen Überzeugungen oder gar nur aufgrund des Verdachts kommunistischer Ansichten als „andere Arbeitnehmer“ oder zweitrangige Mitglieder zu diffamieren.

Solche Abgrenzungen führen nicht nur Begriffe und Methoden des kalten Krieges und gewerkschaftsfeindlicher Kräfte ein. Sie gefährden auch das Prinzip der Einheitsgewerkschaft, zu dem sich die Arbeiterbewegung nach leidvollen Erfahrungen bekannt hat, und beschwören die Gefahr und Erinnerung von Richtungskämpfen und Zersplitterungen, an denen schon einmal die Kampfkraft der Gewerkschaften, eine demokratische Arbeiterschaft und eine deutsche Republik zerbrochen sind.

Die Bundesdelegiertenkonferenz fordert alle Kolleginnen und Kollegen in den Gewerkschaften auf, solchen gefährlichen Abgrenzungen und Ausgrenzungen entgegenzutreten. Die Stärke der Gewerkschaft liegt in ihrer Einheit und dem demokratischen Bekenntnis ihrer Mitglieder, daß man auch unterschiedliche Wege und Ziele der Arbeiterbewegung offen diskutieren und respektieren muß, um den gemeinsam gefundenen Weg miteinander zu gehen.

DGB-Richtlinien für Unterschriftensammlungen (A 36)

Der DGB-Bundesvorstand hat Richtlinien für das Verhalten gegenüber Unterschriftensammlungen herausgegeben. Danach ist es Gewerkschaftsfunktionären und -mitgliedern verboten, nicht vom DGB oder einer DGB-Gewerkschaft initiierte Unterschriftensammlungen/-listen unter Nennung ihrer gewerkschaftlichen Funktion oder Gewerkschaftsmitgliedschaft zu unterzeichnen. Die Bundesdelegiertenkonferenz beauftragt den VS-Bundesvorstand, beim DGB-Bundesvorstand auf die Rücknahme dieser Richtlinien hinzuwirken.

Demokratie und Zensur (R 31)

Die Bundesdelegiertenkonferenz begrüßt die Aufhebung des § 88a StGB durch den Bundestag als notwendigen und überfälligen Schritt, gesetzlichen Möglichkeiten der Zensur vorzubeugen. Mit seinen unbestimmten und der Auslegung offenen Strafbestimmungen gegen eine sogenannte Verherrlichung der Gewalt bot er bedenkliche Gelegenheiten zur Einschränkung der Freiheit der Meinungsäußerung.

Mit wachsender Sorge stellen wir dennoch die zunehmende Neigung fest, die Veröffentlichung von Meinungen und die Berichterstattung über Ereignisse, die einem scheinbar mehrheitlichen Konsens widersprechen und eben dadurch Substanz und Kennzeichen einer demokratischen Gesellschaft bilden, zu behindern oder gar zu verhindern. Das geschieht durch stillschweigende Selbstzensur in den Redaktionen ebenso wie durch artikulierte Entscheidungen und Anweisungen leitender Redakteure, Direktoren und Herausgeber oder Verleger und in den privatwirtschaftlichen Medien ebenso wie in den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten.

Es ist besonders besorgniserregend, diese Tendenz zur Behinderung oder Vereitelung freier Meinungsäußerung, des Demonstrationsrechts und der Berichterstattung darüber auch in voreiligen Eingriffen und willkürlichen Übergriffen der Polizeiorgane wie in fragwürdigen Vorentscheidungen von Staatsanwaltschaften feststellen zu müssen. An die verbalen Kraftakte und Drohgebärden betroffener Politiker hat man sich schon gewöhnt: aber sie sind es, die erst den Anreiz und dann die Rechtfertigung solch antidemokratischen Verhaltens und Vorgehens liefern.

Die Bundesdelegiertenkonferenz des VS fordert den DGB und seine Gewerkschaften auf, diesen Anfängen zu wehren und eine öffentliche Kampagne zur Aufklärung über diese stufenweisen Schritte zur Einengung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und Berichterstattung zu entwickeln und durchzuführen. Die Schriftsteller werden ihren Beitrag dazu leisten. Es geht um die Grundrechte unserer Republik.

Die heile Welt der Sozialpartnerschaft geht zu Bruch...

„Solche Veranstaltungen haben immer emotionale Nebenwirkungen, die schlimmer sind als der materielle Schaden, den sie verursachen. Die heile Welt der Sozialpartnerschaft geht zu Bruch, wenn sich Arbeitnehmer und Arbeitgeber ohne die Schutzschranke geregelter Beziehungen einander gegenüberstehen.“ („Wirtschaftswache“, 3. April 1981)

GGLF: Die eigene Existenz stand nicht zur Debatte

Mit politischer und gewerkschaftlicher Prominenz reichlich besetzt, fand im oberbayerischen Kurort Ruhpolding der 12. ordentliche Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft (GGLF) statt. Schmidt, Ehrenberg und weitere Vertreter der Bundestagsparteien sowie DGB-Vorsitzender Vetter und das geschäftsführende DGB-Vorstandsmitglied Pfeiffer, früher selber einmal GGLF-Vorsitzender, sprachen zu den 95 Delegierten dieser kleinsten Gewerkschaft im DGB. Vetter und der wiedergewählte GGLF-Vorsitzende Lojewski sagten es gleich zu Beginn: Die im Sommer in zahlreichen Publikationen prophezeite Auflösung der GGLF findet nicht statt.

Bundeskanzler Schmidt und Arbeitsminister Ehrenberg nutzten den Gewerkschaftstag als Plattform für die Rechtfertigung der Politik der Rüstung und des Sozialabbaus. Dabei machte Schmidt das indirekte Geständnis, ein Rüstungsantrieber zu sein. Schon vor vier Jahren habe er, Schmidt, die Amerikaner und die übrigen NATO-Verbündeten auf die sowjetische SS 20 aufmerksam gemacht und „Gegenmaßnahmen“ verlangt – jedoch vergeblich. Erst zwei Jahre später habe die NATO

Arbeitsminister Ehrenberg, von Sozialabbau im Zusammenhang mit Rüstung zu reden. Im Gegenteil: Es gibt angeblich keinen Sozialabbau infolge „Sparmaßnahmen“; jedoch sei die soziale Sicherung „im Kern“ nicht angetastet.

Ganz anders sahen das die Gewerkschafter. Gleich in der Eröffnungssprache und später im mündlichen Geschäftsbericht attackierte GGLF-Vorsitzender Lojewski den sozialen Leistungsabbau. Durch Hochzinspolitik und „Sparmaßnahmen“, antwortete er dem Kanzler, vollziehe sich eine Umverteilung von Vermögen zugunsten jener, die sowieso Geld genug haben, daß sie es zu hohen Zinsen verleihen könnten. Heinz Oskar Vetter und Alois Pfeiffer kritisierten das Fehlen von beschäftigungswirksamen Maßnahmen in den Bonner Sanierungsbeschlüssen. „Wir sind herausgefordert durch die immer massiver werdenden Angriffe auf den Sozialstaat“, sagte Vetter. „Unser noch vor einigen Jahren als vorbildlich gepriesenes System der sozialen Sicherung ist der Gefahr der Erosion ausgesetzt.“

Der Gewerkschaftstag vermittelte in Rechenschaftsberichten und Diskussionsbeiträgen eindrucksvolle Informationen über die Lage der Land- und Forstarbeiter, die das Gros der GGLF-Mitglieder stellen. In der Landwirtschaft sind seit 1945 rund 90 Prozent aller Arbeitsplätze wegrationalisiert worden. Ein Betrieb mit damals 50 Beschäftigten hat heute nur noch fünf!

In der Forstwirtschaft hat der Einzug der Motorsäge dramatische Folgen für die Beschäftigten gebracht. Nach Region verschieden, ist jährlich (!) jeder zweite bis vierte Forstwirtschaftler von den Folgen eines Arbeitsunfalls betroffen. Lojewski: „Lärm, Vibration, statisches Halten des schweren Geräts und Abgase in windstillen, dichten Wäldern oder im Schneeloch führen zu immer schnellerem Verschleiß der Arbeitskraft. Die Grenze der nicht mehr vollen Einsatzfähigkeit wird in immer jüngeren Jahren erreicht.“

Dennoch bleiben die Beschäftigten in der Land- und Forstwirtschaft bei den Löhnen und Gehältern hinter vergleichbaren Facharbeitereinkommen, etwa in der Holzverarbeitenden Industrie, zurück. Im Landschafts- und Gartenbau, dem dritten Organisationsbereich der GGLF, geht seit ein paar Jahren die Mitgliederentwicklung nach oben, ein wenig auch in der Forstwirtschaft. Der Tiefpunkt war 1975 mit 39 000 Mitgliedern erreicht; Ende August 1981 zählte die GGLF fast 43 000 Mitglieder.

Fast 200 Anträge, Initiativanträge und Entschließungen lagen den Delegierten zur Beratung und Entscheidung vor. Sozial- und tarifpolitische Fragen spielten die Hauptrolle. Zwei Anträge gegen Hochrüstung und Sozialabbau sowie für Rücknahme der NATO-Raketen-Entscheidung (siehe Kasten), ein

Entschliebung gegen Atomrüstung (I 7)

Die Delegierten des 12. ordentlichen Gewerkschaftstages der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft begrüßen den Aufruf des Deutschen Gewerkschaftsbundes zu Frieden und Abrüstung als dringend notwendigen Beitrag zur Friedenssicherung. Wir fordern alle GGLF-Mitglieder auf, diesen Aufruf zu unterschreiben und in seinem Sinne tätig zu werden. Wir fordern die Abschaffung sämtlicher für Angriffskriege geeigneten Waffensysteme in Ost und West und lehnen den Bau und die Stationierung der Neutronenwaffe ab.

Wir weisen auf den Zusammenhang von wachsenden Rüstungskosten und „Sparmaßnahmen“ im sozialen Bereich hin. Das System der sozialen Sicherung als Ergebnis eines langen und gewerkschaftlichen Kampfes darf nicht angetastet werden.

Votum gegen Extremismus und die Forderung nach generellem Verbot der Leiharbeit bildeten den allgemeinpolitischen Teil der Beschlüsse. Gefordert wurden außerdem eine höhere km-Pauschale, Verkürzung der Arbeitszeit, der Sechswochenurlaub für alle, das Rentenalter 60 und Bildungsurlaub. In agrarpolitischen und forstpolitischen Leitsätzen wurden die Grundzüge der für diese Branchen erforderlichen Politik entwickelt und Aussagen über tarifliche Aufgaben gemacht.

Es dürfte für die GGLF nicht leicht sein, ihre gestellten Ziele zu erreichen. Wie bei der Finanzierung der Gewerkschaftsarbeit bedarf es auch bei der Umsetzung der berechtigten Forderungen der Solidarität aller DGB-Gewerkschaften. Gerd Siebert

Im DGB 1,7 Mill. Angestellte

Bei Redaktionsschluß fand vom 27. bis 29. Oktober der 10. Bundesangestelltentag des DGB in Dortmund statt. Im Vorfeld des 12. ordentlichen DGB-Kongresses im Mai nächsten Jahres tagten die fast 500 Delegierten, die annähernd 1,7 Mill. gewerkschaftlich organisierte Angestellte vertraten, unter dem Motto: „Die Zukunft bewältigen – Technik für den Menschen“.

Sowohl der DGB-Vorsitzende Heinz Oskar Vetter als auch das zuständige Mitglied des DGB-Bundesvorstands, Günter Stephan, übten wegen der Rotstiftpolitik zu Lasten der arbeitenden Bevölkerung und der völligen Abkehr von der Reformpolitik scharfe Kritik an der Bundesregierung. Wörtlich führte Stephan aus: „Der Deutsche Gewerkschaftsbund fordert die Bundesregierung seit Jahr und Tag auf, die Politik der Unternehmerbegünstigung aufzugeben, weil sie sich als volkswirtschaftlich verhängnisvoll und wirtschaftspolitisch ineffektiv erwiesen hat. Wir wollen in der Bundesrepublik keine englischen Verhältnisse. Man heilt Lungenkranke nicht dadurch, daß man ihnen Eisbäder verordnet.“ Beide Redner, wie auch die Delegierten, forderten erneut ein Arbeitsmarktprogramm.

Stephan konnte für die Mitgliederentwicklung eine positive Bilanz vorlegen. Während nach der Gründung des DGB im Jahre 1949 die Einheitsgewerkschaft und die separate und berufsständische Deutsche Angestelltengewerkschaft (DAG) mit jeweils 500 000 etwa gleichviel Angestellte organisiert hatten, kann der DGB heute sagen, daß die Zahl der organisierten Angestellten sich mehr als verdreifacht hat. Demgegenüber stagniert die Mitgliederzahl der DAG bei etwa 500 000 seit über 30 Jahren. Immer mehr Angestellte erkennen, daß nur in einer gemeinsamen Organisation ihre Interessen wirksam vertreten werden können. Allerdings steht die große Mehrheit vor der Tür der Gewerkschaften. Noch sind 8 Millionen Angestellte nicht gewerkschaftlich organisiert.

Mit der zunehmenden Rationalisierung und der – wie man sagt – dritten technischen Revolution werden in wachsendem Umfange auch Angestellte von den sozialen Folgen unter den Bedingungen der kapitalistischen Profitwirtschaft betroffen. Diese Probleme diskutierten die Delegierten in vier Arbeitskreisen. Über die Ergebnisse dieser Beratungen und über wesentliche Beschlüsse werden NACHRICHTEN in der nächsten Ausgabe informieren. Einstimmig verabschiedete der Angestelltentag ein Solidaritätstelegramm an die kämpfenden Arbeiter und Angestellten der Frankfurter VDM. W. P.

Weichen für DGB-Kongreß

In den letzten Wochen fanden im Vorfeld des 12. ordentlichen DGB-Kongresses (16. bis 22. Mai) die DGB-Kreisdelegiertenkonferenzen und in einigen Bezirken auch DGB-Landesfrauenkonferenzen statt. Die dort gefaßten Beschlüsse sowie die Diskussionen deuteten bereits den Rahmen des DGB-Kongresses an. Übereinstimmend standen Beschlüsse gegen die zunehmende Massenarbeitslosigkeit und gegen den eingeleiteten sozialen Kahlschlag im Mittelpunkt. Es gab kaum eine Konferenz, auf der nicht der Erhaltung des Friedens oberste Priorität eingeräumt und der NATO-Raketenbeschluß abgelehnt wurde. Attackiert wurde auch der Beschluß des DGB-Bundesausschusses zur Unterschriftenleistung von Gewerkschaftsfunktionären und seine Zurücknahme verlangt. NACHRICHTEN werden in der Dezember-Ausgabe ausführlich auf Verlauf und Inhalt der Konferenzen eingehen.

IG Metall verlangt Sofortprogramm

Ein Sofortprogramm für Beschäftigung und zur Sicherung der Arbeitsplätze hat das geschäftsführende IG-Metall-Vorstandsmitglied Hans Janßen am 20. Oktober vor Funktionären seiner Organisation in Göppingen gefordert. Es sei völlig unzumutbar, wenn die Beschäftigten durch ständig steigende Preise und das Ansteigen der Arbeitslosigkeit immer mehr belastet würden, die politisch Verantwortlichen dieser Entwicklung aber tatenlos zusähen. Angesichts dieser Politik der sozialen Demontage müsse mit aller Deutlichkeit gesagt werden: „Wehret den Anfängen!“ Die IG Metall sei daher gefordert, mit allen Mobilisierungsmöglichkeiten einer Massenorganisation ihren Warnungen und Forderungen Nachdruck zu verleihen.

DPG: Gscheidle soll seinen Hut nehmen

Auf einer am 15. Oktober in Darmstadt stattgefundenen Sondersitzung hat der Hauptvorstand der Deutschen Postgewerkschaft (DPG) Bundespostminister Gscheidle zum Rücktritt aufgefordert. Hauptgrund für diese Forderung sind die wiederholten Versuche, die Beteiligungsrechte der Personalräte massiv in Frage zu stellen. Mit einem Federstrich würden vom Minister gegebene Zusagen in ihr Gegenteil verkehrt. Dadurch habe er an Glaubwürdigkeit verloren.

PERSONALIEN

Günter Arndt, nach 12jähriger Mitgliedschaft im Hauptvorstand der Gewerkschaft Holz und Kunststoff (GHK) ausgeschieden wegen Berufswechsels, Mitautor des im Nachrichten-Verlag erschienenen Buches „DGB-Programm '81“, erhielt aus der Hand des neuen GHK-Vorsitzenden Horst Morich die silberne Medaille der Gewerkschaft in Anerkennung für besondere Verdienste. Arndt, so hieß es, habe maßgeblichen Anteil daran, daß Angestellte in der traditionellen Arbeitergewerkschaft Holz ihren festen Platz gefunden hätten.

Peter Baumöller, Redakteur der „Deutschen Volkszeitung“, Düsseldorf, wurde Vorsitzender der Deutschen Journalisten-Union (dju) in der IG Druck und Papier in Nordrhein-Westfalen. Sein Vorgänger Peter Kleinert war wegen Berufswechsels aus dieser Funktion ausgeschieden. In Hessen wählte die Landesdelegiertenkonferenz der dju den Redakteur der „Frankfurter Rundschau“, Günther Scherl, zum neuen Landesvorsitzenden dieser Berufsgruppe sowie Ralf Schuster („Malspitze“, Rüsselsheim), und Werner Petschick, Redakteur dieser Zeitschrift, zu seinen Stellvertretern.

Peter-Paul Henckel, Redakteur der Zeitschrift „Soziale Sicherheit“, der sozialpolitischen Monatszeitschrift der Gewerkschaften, ist im Alter von 44 Jahren gestorben.

Berthold Keller, Vorsitzender der Gewerkschaft Textil – Bekleidung (GTB), wurde Mitte Oktober zum Präsidenten der Europäischen Regionalorganisation (ERO) der Internationalen Textil-, Bekleidungs- und Lederarbeiter-Vereinigung und zum Präsidenten des Europäischen Gewerkschaftsausschusses Textil, Bekleidung und Leder gewählt. Dem letztgenannten Gremium gehören neben den Mitglieds-Gewerkschaften der obengenannten Organisationen im EG-Bereich auch die im gleichen Raum im Weltverband der Arbeitnehmer angeschlossenen christlichen Textil-, Bekleidungs- und Ledergewerkschaften an.

Günter Schröder, Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP) im DGB, wurde Nachfolger des ehemaligen Vorsitzenden der GdP, Helmut Schirmacher, auch im Amt des Präsidenten der Internationalen Vereinigung Europäischer Polizeigewerkschaften (UISP).

Christel Zobeley, stellvertretende Bundesfrauenausschussvorsitzende der Deutschen Postgewerkschaft (DPG), wurde zum 1. November Bundesfrauensekretärin beim Hauptvorstand der DPG. Sie löste Ingeborg Langhammer ab, die aus Altersgründen ausschied.

Die Hexenjagd geht weiter: Jetzt auch Berufsverbote bei der BA

Während bei Post und Bahn Beamte von Berufsverbot bedroht sind, wird in anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes die politisch motivierte Hexenjagd auf Angestellte ausgedehnt. So wurde der Arbeitsvermittler Thomas Armbruster wegen seiner Mitgliedschaft und seines Engagements in der DKP entlassen. Gegen den Arbeitsvermittler Kay Kammigan wurde aus demselben Grund ein Ermittlungsverfahren eingeleitet. Ort des Geschehens: Arbeitsamt Freiburg.

Bundespostminister Gscheidle (SPD), sein liberaler Kollege, Innenminister Baum, und Bundesarbeitsminister Ehrenberg (SPD) werden sich gefallen lassen müssen, daß ihr Vorstoß, „Angestellten statt Beamtenstatus“, als das bezeichnet wird, was er ist: Eine Beruhigungspille für die Öffentlichkeit, um den wachsenden Protest gegen die Berufsverbote in der Bundesrepublik zu dämpfen. Minister Ehrenberg, der die Rechtsaufsicht über die Bundesanstalt für Arbeit (BA) hat, kommt seiner Pflicht, auf eine Einstellung der undemokratischen Berufsverbotsverfahren hinzuwirken, nicht nach. Im Gegenteil: Die Wahrnehmung demokratischer Grundrechte – in diesen Fällen Engagement in der DKP – ist für ihn gravierend. Eine zügige Abwicklung der Verfahren sicherte er jedoch zu.

Die ausgesprochene und drohende Kündigung zweier ausgebildeter und für geeignet befundener Arbeitsvermittler beim Arbeitsamt Freiburg geschieht bei unbesetzten Planstellen, hoher Arbeitslosenzahlen und vollen Gängen, verordneten Überstunden und Arbeits-hetze. Eine qualifizierte Vermittlungstätigkeit ist kaum noch möglich. Die Leidtragenden sind die Öffentlichkeit und besonders die Arbeitslosen, die die Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit in Anspruch nehmen müssen.

Die „Erkenntnisse“ des Verfassungsschutzes, mit denen die Kündigung und Anhörungsverfahren begründet werden, sind haarsträubend. Sie reichen von der Kommunalwahlkandidatur für die DKP, Leserzuschriften an Zeitungen und Konzipierung eines Sofortprogramms gegen Jugendarbeitslosigkeit in Freiburg für die SDAJ, bis zur Teilnahme an einem Seminar der Zeitschrift NACHRICHTEN.

Die Kündigung von Thomas Armbruster hat in ihrer Begründung noch eine besondere Note, die eigentlich jeden Gewerkschafter hellhörig machen müßte: Ein beim Arbeitsamt beschäftigter Kommunist störe das Verhältnis zu den Arbeitgebern. Diese einseitige Orientierung auf mögliche Arbeitgebermeinungen verletze die gesetzlich festgelegte Neutralitätspflicht der Bundesanstalt.

Mit dem gesunden Menschenverstand kann man solche Vorgänge nicht verstehen. Erklärbar sind sie jedoch, wenn man sich die geschichtliche Dreieinigkeit von Hochrüstung, Sozialabbau und

Offener Bruch der Verfassung Schandurteil gegen Hans Peter

Auf Betreiben von Bundespostminister Gscheidle und seines Disziplinaranwalts Claussen fällt der 1. Disziplinarssenat des Bundesverwaltungsgerichts in Westberlin kurz vor Redaktionsschluß ein Gesinnungsurteil, das schlaglichtartig die Verhältnisse in unserem Lande beleuchtet. Ohne Arbeitslosengeld wurde die Entlassung des Stuttgarter Fernmeldehauptsekretärs Hans Peter nach 30jähriger Tätigkeit bei der Post wegen angeblichen „schuldhafte Dienstvergehens“ verfügt.

Anlaß für dieses „absurde Theater“, so die „Frankfurter Rundschau“, ist die Mitgliedschaft Hans Peters in der DKP und seine Kandidatur für diese Partei zu Gemeinderatswahlen. Es handelt sich also eindeutig um offenen Verfassungsbruch, indem man einen Beamten für die Wahrnehmung seiner grundgesetzlich garantierten Rechte in Acht und Bann schlägt.

Federführend bei diesem Schandurteil war nicht allein der in unserem Lande herrschende Antikommunismus. Dahinter steckt auch die Absicht, die Arbeiter, Angestellten und Beamten zu disziplinieren. Sie sollen stillhalten beim sozialen Kahlschlag und auch ohne einen Mucks die Kröte der Stationierung von Atomraketen in der Bundesrepublik schlucken. Mit diesem Urteil soll ein Exempel statuiert werden.

Auch wenn nun SPD-Vorsitzender Willy Brandt Krokodilstränen über das Urteil vergießt, da es „einer für die Demokratie gefährlichen Tendenz Vorschub leistet“, so muß festgestellt werden, daß gerade unter seiner Kanzlerschaft 1972 erst die Voraussetzungen für derartige Gesinnungsurteile geschaffen wurden. Schließlich darf auch nicht vergessen

innenpolitischer Pressure vor Augen hält, die den Gewerkschaftern, Arbeitern und Angestellten schon mehrmals leidvolle Erfahrungen brachte. Traurig genug, daß führende Sozialdemokraten daran beteiligt sind.

Gewerkschafter und alle Demokraten sind im eigenen Interesse gehalten, sich gegen die Berufsverbote zu wehren und mit den Betroffenen Solidarität zu üben, sei es in den Selbstverwaltungsorganen der BA oder mit Protestbriefen an Minister Ehrenberg sowie an die Hauptstelle der BA in Nürnberg. Im Falle der beiden in der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) aktiven Kollegen aus Freiburg. Es geht nicht um eine „Liberalisierung“ der Berufsverbote für Demokraten, sondern um deren Abschaffung, und zwar aller. K. K.

werden, daß auf Drängen Gscheidles und des weisungsgebundenen Disziplinaranwalts Claussen der Freispruch von Hans Peter in erster Instanz nicht angenommen worden war.

Besonders unter Gewerkschaftern hat das Urteil helle Empörung ausgelöst und zu zahlreichen Reaktionen geführt. Als Zeichen ihres Protests ketteten sich in Gießen Postgewerkschafter an. Einstimmig beauftragte die DGB-Kreisdelegiertenkonferenz Stuttgart den DGB-Kreisvorstand, gegen das Urteil zu protestieren und Solidarität mit Hans Peter zu üben. Anläßlich der am 31. Oktober in Frankfurt stattgefundenen Friedenskundgebung der hessischen DGB-Jugend erhob das geschäftsführende HBV-Hauptvorstandsmitglied Christian Götz in seiner Rede entschiedenen Protest „gegen das Schandurteil“. Er wies darauf hin, daß in Frankreich Kommunisten Minister sind, während sie hierzulande aus dem Dienst gejagt werden.

Einstimmig stellten sich die 2000 Teilnehmer der Kundgebung hinter eine Resolution des Bezirksjugendausschusses Hessen der Deutschen Postgewerkschaft. In ihr wird die Bundesregierung aufgefordert, „endgültig Schluß zu machen mit der verfassungswidrigen Praxis der Berufsverbote und Gesinnungsschnüffelei“. Die Berufsverbote seien politisch auf die Tagesordnung gesetzt worden. „Deshalb fordern wir den Bundeskanzler – der die Richtlinien der Politik bestimmt – auf, von seiner Richtlinienkompetenz Gebrauch zu machen. „Hans Peter muß Postler bleiben“, heißt es. (In unserer nächsten Ausgabe werden wir ausführlich über den Fall Hans Peter und seine Konsequenzen berichten.) G. M.

Aktive Betriebsräte im Mittelpunkt von Angriffen der Unternehmer

Die Angriffe der Unternehmer auf aktive Betriebsräte nehmen zu. Die IG Metall spricht von dem Versuch, gute Betriebsräte mundtot zu machen. Örtliche Erfahrungen im Vorfeld und nach den Betriebsratswahlen belegen den Vorsatz der Unternehmer, die Wahl von Betriebsräten zu verhindern und gewählte Betriebsräte zu beseitigen. Dahinter steht erkennbar die Absicht, kollektive Rechte und finanzielle Einzelansprüche bereits im Ansatz abzuwehren und das Zugangsrecht von Gewerkschaftsfunktionären zu den Betrieben zu beschneiden. Die Frage, ob es ein verstärktes Vorgehen gegen aktive Betriebsräte gibt, kann nur mit Ja beantwortet werden. Dafür einige Beispiele:

Mit fadenscheinigen Gründen hat die Waffenfabrik Heckler & Koch in Oberndorf am Neckar ihr Betriebsratsmitglied Konrad Ott fristlos entlassen. Nach Auffassung der Stuttgarter Bezirksleitung der IG Metall wollte man hier einen Betriebsrat loswerden, der nicht nach dem Munde der Geschäftsleitung redete, sondern immer offen und klar seine Meinung sagte. Von der Geschäftsleitung wird als Grund für die fristlose Entlassung angegeben, Ott habe gegenüber einem leitenden Angestellten das Wort Lügner gebraucht und sich als Betriebsrat unentschuldig von seinem Arbeitsplatz entfernt.

An diesen Behauptungen ist kein wahres Wort. Dazu der Kommentar der IG-Metall-Bezirksleitung: „Uns ist aus diesem Grunde die fristlose Kündigung gegen das Betriebsratsmitglied völlig unverständlich. Sie bekommt nur einen Sinn, wenn man weiß, daß unser Kollege schon jahrelang auf der Abschußliste stand und die Firma jetzt eine günstige Gelegenheit dazu sah.“ Vergeblich hat der IG-Metall-Bezirksleiter Steinkühler den Unternehmer aufgefordert, die unberechtigte Entlassung aufzuheben.

Aber es gibt noch andere Methoden, Betriebsräte an ihrer aktiven Interessenvertretung zu hindern. Dafür einige Beispiele: In einem Bauunternehmen mit weitgestreuten Baustellen erreichte die Gewerkschaft trotz erschwelter Organisation im März 1981 erstmals die Wahl eines Betriebsrates. Der energische Vorsitzende, Werkpöller, seit 24 Jahren im Betrieb, erklärt den Kollegen auf den Baustellen ihre tariflichen Rechte, die zunehmend geltend gemacht werden. Der Unternehmer reagiert mit einer Änderungskündigung zum Facharbeiter und einer Stundenlohnkürzung um fast 3 DM. Als dieses zurückgenommen werden muß, entzieht der Unternehmer dem Kollegen den Werksbus, den dieser seit 10 Jahren für die Fahrten zum Bauhof und auf die Baustellen zur Verfügung hatte. Vorschlag des Unternehmers: Rückgabe

des Busses gegen Aufgabe des Betriebsratsvorsitzes.

Die türkische Betriebsrätin, gewählt von den 20 Kolleginnen der Putzkolonne in einem städtischen Krankenhaus und demonstrierend von ihnen unterstützt, seit 12 Jahren dort beschäftigt, wird vom Reinigungsunternehmer 25 km nach außerhalb versetzt. Das Gericht sieht eine „unklare Rechtslage“. Der Kollegin, durch die Arbeit geschwächt,

Unterauslastung ist „hausgemacht“

Zu der IG-Metall-Stahlkonferenz, die Mitte Oktober in Mülheim/Ruhr stattfand, waren sieben Mitglieder des geschäftsführenden Vorstands der IG Metall angereist. Das hat jedoch nicht verhindern können, daß die rund 500 Teilnehmer, zumeist Betriebsräte, IGM-Vertrauensleute, aber auch Aufsichtsräte und Arbeitsdirektoren mitbestimmter Unternehmen, nur sehr bedingt mit dieser Tagung zufrieden waren.

Zwar haben IGM-Vorsitzender Eugen Loderer und das für die Stahlindustrie zuständige IGM-Vorstandsmitglied Rudolf Judith eine treffende Zustandsbeschreibung über die in schwerer Krise steckende Stahl- und eisenschaffende Industrie gegeben, doch die von ihnen angebotenen Lösungsvorschläge zur Überwindung der Krise und zur Verhinderung von Massenentlassungen gingen über Detailprobleme nicht hinaus. Das war sicher der Grund dafür, daß von den 16 Gewerkschaftsfunktionären, die im Anschluß an die Referate diskutierten, eine Anzahl weitergehende Vorschläge gemacht und umfassende Konzepte verlangt wurden.

Die Forderung nach Vergesellschaftung oder Überführung in Gemeineigentum bei Ausweitung der gewerkschaftlichen Mitbestimmungs- und Kontrollrechte klang mehrmals an. Sowohl der Betriebsratsvorsitzende Heinz Lukrawka (Mitherausgeber der NACHRICHTEN) als auch Peter Sörgel, Leiter des Ver-

kann keine lange gerichtliche Auseinandersetzung zugemutet werden. Durch den notwendigen Kompromiß erreicht der Unternehmer weitgehend sein Ziel, den Organisationsansatz für die Interessenvertretung der ausländischen Beschäftigten zu beseitigen.

Ein örtlicher Betrieb wird aufgekauft, 28 Beschäftigte, kein Betriebsrat. Auf Grund der erkennbaren Absicht der neuen Herren, die Filiale „abzuschreiben“, sucht die Belegschaft den Kontakt zur Gewerkschaft. Die Wahl des Betriebsrates wird vorbereitet. Mit gewerkschaftlicher Unterstützung werden für 7 Kolleginnen und Kollegen die Differenzen zwischen dem Tariflohn und dem tatsächlich gezahlten Lohn in Höhe von 25 000 DM gerichtlich verlangt. Die spätere Vorsitzende des Wahlausschusses, 12 Jahre im Betrieb, wird gekündigt. Vorwurf: Aufwiegelung der Belegschaft. Das „Angebot“, für 20 000 DM Abfindung und 8monatige bezahlte Freistellung zu gehen, lehnt die Kollegin ab. Der 2. Wahlvorstand, Leiter einer Abteilung, seit 14 Jahren im Betrieb, wird zu Hilfsarbeiten versetzt. Die Gewerkschaft wehrt die Rechtsverstöße über das Gericht ab, der Betriebsrat wird gewählt. Jetzt sind fast alle 28 gewerkschaftlich organisiert.

A. N.

trauensleutkörpers von Klöckner Bremen, verwiesen auf Beschlüsse der IG Metall, auf das DGB-Grundsatzprogramm und auf Verfassungsgrundlagen, die eine Änderung der Besitzverhältnisse in den Grundstoffindustrien ermöglichen, damit es aufhört, daß „Gewinne privatisiert und Verluste sozialisiert“ werden.

Eine Abordnung der Gelsenkirchener Thyssen-Betriebe „Schalker Verein“ und „Gußstahl“ hatte mit einer vor den Stahlwerkern verlesenen Protestresolution auf die Arbeitsplatzvernichtungsstrategie der Stahlkonzerne hingewiesen. Eugen Loderer stellte dazu fest: „Absatzverluste und Unterauslastung, die von den Konzernen zur Begründung des Schrumpfungsprozesses angeführt werden, sind nicht durch Auslandskonkurrenz verursacht, sondern hausgemacht.“

Damit sei zugleich das Märchen zurückgewiesen vom zu hohen Lohnniveau in der bundesdeutschen Stahlindustrie. Es gebe also gar keinen Grund, „für die Stahlsanierung ein Lohnopfer zu bringen“, sagte Loderer unter Beifall. Die gleiche Zustimmung bekam er für die Forderung, daß es keine Stilllegungen mehr geben dürfe, ohne daß zur selben Zeit Ersatzarbeitsplätze gestellt werden seien. Diese These faßte Rudolf Judith in dem Satz zusammen: „Wo abgeholzt wird, muß auch aufgeforstet werden.“

B. K.

Stahl notwendig

„Eine Schlüsselindustrie unserer Volkswirtschaft wird demontiert, soll den Profitinteressen einer kleinen Minderheit von Stahlmonopolherren geopfert werden, denen es letztendlich egal ist, ob sie Stahl, Plastikeimer oder Panamahüte produzieren, oder ihr Geld auf der Bank anlegen.“ So formulierte Ludwig Müller, Mitglied des Präsidiums der DKP, in seinem Einleitungsreferat auf der Stahlkonferenz seiner Partei am 24. Oktober in Duisburg, das Bestreben der internationalen Stahlkonzerne, im EG-Bereich bis 1985 weitere 150 000 Arbeitsplätze zu vernichten, darunter mehr als 35 000 in der Bundesrepublik.

Die Konferenz, an der sich auch Sozialdemokraten und Parteilose, insgesamt etwa 150 aktive Gewerkschafter aus allen Stahlbereichen der Bundesrepublik, beteiligten, hatte sich zur Aufgabe gestellt, die Konzeption der DKP zur Erhaltung der Stahlarbeitsplätze, die Ursachen und Auswirkungen der Stahlkrise sowie Erfahrungen der Abwehrkämpfe zu diskutieren. Immer wieder wurde in den Diskussionsreden betont, wie notwendig ein stärkerer Informationsaustausch zwischen den Betrieben ist, insbesondere um dem bewußten gegenseitigen Ausspielen der Belegschaften einzelner Konzerne oder Konzernbereiche entgegenzuwirken.

Übereinstimmung herrschte auch in der Verbindung der Frage, wie Arbeitsplätze erhalten werden können, mit dem Problem der Friedenssicherung in der Welt. Nur wenn dies gelinge, können dauerhaft Arbeitsplätze gesichert werden. Hier spielen vor allem die Handelsbeziehungen mit den sozialistischen Ländern eine große Rolle, die im übrigen durch ihre ständig steigende Stahlproduktion die Mär von der weltweiten Stahlkrise Lügen strafte. Ludwig Müller und Herbert Mies, Vorsitzender der DKP, hatten überdies deutlich gemacht, daß gerade Stahl auch bei uns in großen Mengen benötigt werde, wenn statt der Sparpolitik von der Bundesregierung öffentliche Investitionen zur Beseitigung der Probleme im Wohnungsbau, im Umweltschutz, im Bildungs- und Gesundheitswesen und im Bereich des öffentlichen Nahverkehrs getätigt würden.

In einer Entschließung werden erneut die Forderungen der DKP nach sofortiger Aussetzung aller Rationalisierungsmaßnahmen, Konzentrationsprozesse und Stilllegungspläne bekräftigt. Verlangt werden außerdem u. a. die Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich und die Herabsetzung des Rentenalters für Stahlarbeiter auf 55 Jahre, Sicherung und Ausbau echter Mitbestimmungs- und Kontrollrechte für die Preis-, Investitions-, Standort- und Beschäftigungspolitik der Stahlunternehmen.

Selbst CDA-Frauen wehrten sich gegen „Mutterkreuzideologie“

Ganz im Zeichen der Familie sollte sie stehen, die 19. Bundestagung der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA), Sozialausschüsse der CDU. Rund 400 Delegierte, 13 Prozent davon Frauen, hatten sich vorgenommen, Leitsätze zur Familienpolitik unter dem Titel „Die sanfte Macht der Familie“ und eine Reihe von Entschlüssen: „Schritte zu einer familiären Gesellschaft“ zu verabschieden. Oder besser gesagt: Die Vorstandsmehrheit unter ihrem wiedergewählten Vorsitzenden Norbert Blüm und mit ihr die große Mehrheit der Delegierten wollten und erreichten dies auch.

Dagegen war eine Minderheit vor allem von Frauen angereist, um die Verabschiedung der Vorstandsvorlagen zu verhindern oder zumindest deren Beschlußfassung zu verschieben. Hintergrund dieser Kontroverse war die Vorgehensweise des Vorstands, der auf einer seiner vorangegangenen Sitzungen einen Entwurf der Leitsätze von Norbert Blüm dem der Arbeitsgruppe Familienpolitik vorgezogen hatte. Äußerungen der Vorsitzenden dieser Arbeitsgruppe, Renate Hellwig, Bundestagsabgeordnete und Mitglied der CDU-Frauenausschüsse, im Vorfeld des Kongresses hatten für zusätzlichen Zündstoff gesorgt. Unter anderem waren die Worte „Mutterkreuzideologie“ und „Blüms Kreuzzug für die Mutter“ gefallen.

Worum geht der Streit? In der Tat wollten sich vorwiegend Gewerkschafterinnen mit einer einseitigen Festlegung der Rolle der Frau als Mutter nicht abfinden. Zwar wird der Frau in den Leitsätzen formal die Entscheidung über Erwerbstätigkeit oder Kindererziehung belassen, in der beabsichtigten „Aufwertung der Mutter“, in der Forderung nach „mehr Mütterlichkeit“ in unserer Gesellschaft aber werden eindeutig reaktionäre Festlegungen erkennbar, die die Frau in Zeiten der Krise wieder aus Fabrik und Büro ins Haus zurückverbannen wollen.

Um dies zu erreichen, muß private Hausarbeit, muß Kindererziehung ideologisch überbetont werden. Unter These 14 „Mutterarbeit ist mehr als Erwerbsarbeit“ heißt es beispielsweise: „Keine andere Arbeit ist so unmittelbar dem Leben verbunden. Die Arbeit der Mutter enthält mehr von dem ursprünglichen Schöpfungscharakter der Arbeit, als alle Humanisierungsbemühungen der Erwerbsarbeit zurückgeben könnten.“ Verbrämt wird das Ganze mit der angeblichen Notwendigkeit, unserer kalten, lieblosen Gesellschaft neue Werte „wie Liebe, Natürlichkeit, Treue, Hüten, Verzicht (!), Vorsorge für kommende Generationen“ gegenüberzustellen. „Mütterlichkeit ist das Symbol für diese Werte.“

Das Rezept dieser Mutterideologie ist das Aufgreifen von sozialen Entfremdungserscheinungen wie Eintönigkeit der Arbeit, Kontaktmangel, Entsolidarisierung usw., verbunden mit den Problemen, die der berufstätigen Frau durch die Doppelbelastung in Beruf, Haushalt und Kindererziehung auch deshalb entstehen, weil dafür zuwenig gesellschaftliche Lösungen wie Kinderkrippen, Ganztagschulen, ausreichender sozialer Absicherung etc. zur Verfügung stehen. Unterschwellig wird den Frauen eingeredet, sie hätten schuld an eventuellen Folgeproblemen wie Jugendkriminalität, Orientierungslosigkeit, Verhaltensstörungen der Kinder usw. Der Ausweg aus dieser Misere kann angeblich mit einer Rückbesinnung auf familiäre Werte gefunden werden. Gesellschaftliche Mängel sollen durch mehr Weiblichkeit behoben werden.

Weiblichkeit, Mütterlichkeit also als Gegensatz zum notwendigen Eintreten der Frauen (und Männer) für Gleichberechtigung in der Arbeit, für eine Welt ohne Krisen, ohne materielle Not, in der Frauen wie Männer sich gleichermaßen auch der Kindererziehung widmen könnten. Ursula Ibler, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, weist zu Recht darauf hin, daß mit dem CDA-Papier berufstätige Frauen zum Sündenbock versäumter gesellschaftlicher Reformen (z. B. Einführung von Gesamtschulen als Ganztagschulen, Elternurlaub etc.) gemacht würden, indem man ihnen mangelnde mütterliche Zuwendung vorwerfe. Selbst dort, wo die CDA-Leitsätze konkrete Vorschläge (Familienlastenausgleich, Erziehungsgeld) unterbreiten, weiß man und wissen auch die CDU-Ideologen sehr genau, daß sie die Mittel dafür nicht bereitstellen könnten. Das Geschäft des „Sparens“ besorgen im Interesse des Kapitals und auch der CDU derzeit noch SPD und FDP.

So verkommen die Leitsätze von der „sanften Macht der Familie“ zur reinen Demagogie, die dazu beitragen soll, die Krisenfolgen auf dem Rücken der Frauen abzuladen und sie der brutalen Macht der kapitalistischen Verhältnisse unterzuordnen.

Bernhard Keßeler

AUS DEM ARBEITS- UND SOZIALRECHT

Arbeitshilfen für den Betriebsrat

1981 sind neue Betriebsräte gewählt worden. Nach den ersten Zwischenergebnissen – das endgültige Ergebnis wird noch einige Zeit auf sich warten lassen – schätzen die Einzelgewerkschaften die Ergebnisse positiv ein. Bei den Jugendvertreterwahlen 1980, deren Auswertung jetzt vorliegt, spricht man sogar von einem großen Erfolg: 88 Prozent der Jugendvertreter sind Mitglied in einer DGB-Gewerkschaft.

Bei der ÖTV sind in 730 (von insgesamt 1700 Betrieben) 86,7 Prozent ÖTV-Mitglieder gewählt worden. Bei der HBV erhielten ihre Kandidaten in den über 5000 ausgewerteten Betrieben 61,47 Prozent. Bei der Gewerkschaft Holz und Kunststoff sind es 86,7 Prozent, bei der IG Druck und Papier 81,2 Prozent. Die IG Metall hat in ihrer Funktionärszeitschrift DER GEWERKSCHAFTLER (9/81) die Auswertung von Berichtsbogen aus über 10 000 Betrieben mit 3,6 Millionen Wahlberechtigten veröffentlicht. Sie wählten 65 755 Betriebsratsmitglieder. 83,1 Prozent der Betriebsratsmitglieder gehören der IG Metall an (gegenüber 84,5 Prozent 1978). Von den neugewählten Betriebsratsmitgliedern wurden 37,9 Prozent zum ersten Mal gewählt.

Insbesondere die neugewählten Betriebsratsmitglieder werden inzwischen gemerkt haben, daß Konflikte zwischen dem Betriebsrat und dem Unternehmer nicht nur bei einschneidenden unternehmerischen Entscheidungen auftreten, sondern daß die tägliche Arbeit des Betriebsrats auch ein zermürbender Kleinkrieg um günstige Arbeitsbedingungen des Betriebsrats ist. Im Betriebsverfassungsgesetz heißt es in § 40 schlicht und einfach: „Die durch die Tätigkeit des Betriebsrats entstehenden Kosten trägt der Arbeitgeber. Für die Sitzungen, die Sprechstunden und die laufende Geschäftsführung hat der Arbeitgeber in erforderlichem Umfang Räume, sachliche Mittel und Büropersonal zur Verfügung zu stellen.“ Diese Vorschrift gilt nicht nur für den Betriebsrat und seine Ausschüsse, den Gesamtbetriebsrat und die Jugendvertretung, sondern auch für den Wirtschaftsausschuß. Soweit der Betriebsrat Aufwendungen für erforderlich hält, braucht er grundsätzlich nicht die Zustimmung der Arbeitgeberseite einzuholen. Allerdings sollte er sich insbesondere bei der Frage der Teilnahme von Schulungs- und Bildungsveranstaltungen (§ 37 Abs. 6 und 7) mit der zuständigen Gewerkschaft absprechen, weil hier die Gerichte detaillierte Ur-

teile erlassen haben, welche Veranstaltungen „erforderlich“ sind und vom Unternehmer bezahlt werden müssen.

Bei schwieriger Sach- und Rechtslage – so das Bundesarbeitsgericht in ständiger Rechtsprechung – kann der Betriebsrat auch einen Rechtsanwalt hinzuziehen. In Betrieben mit zahlreichen Ausländern sind auch die Kosten für die Hinzuziehung eines Dolmetschers oder die Übersetzung des Tätigkeitsberichtes des Betriebsrats notwendige Kosten. Für das Hinzuziehen von Sachverständigen gilt § 80 Abs. 3 BetrVG. In diesen Fällen sollte vorab eine Einigung mit dem Unternehmer angestrebt werden.

Der Unternehmer hat dem Betriebsrat geeignete Räume für seine Tätigkeit zur Verfügung zu stellen. Dazu gehört auch, daß der Betriebsrat leicht und ohne „Gesichtskontrolle“ durch den

Siebert/Degen/Becker Betriebs Verfassungs Gesetz

Kommentar für die Praxis
5. Auflage, neu kommentiert
Mit Wahlordnung und Stichwörterverzeichnis

Unter Beachtung des rechtlichen Rahmens wird den Betriebsräten eine ideenreiche Auslegung des Betriebsverfassungsgesetzes geboten.
582 Seiten, 24 DM
Bestell-Nr. 033

Zu beziehen über den Buchhandel oder per Vorkasse plus 2 DM für Porto und Verpackung über unseren Verlag.

Unternehmer von den Betriebsangehörigen aufgesucht werden kann. In den Betriebsratsräumen hat der Betriebsrat Hausrecht.

Zu den Sachmitteln, die als Mindestausstattung zur Verfügung gestellt werden müssen, gehören z. B. ein verschließbarer Schrank, Schreibmaterialien, Schreibmaschine, Porto, Stempel, Telefon, Fotokopiermöglichkeiten. Daneben muß dem Betriebsrat auch eine Schreibkraft in erforderlichem Umfang zur Verfügung gestellt werden. Dies gilt auch dann, wenn ein Betriebsratsmitglied selbst Schreibmaschine schreiben kann. Selbstverständlich hat der Betriebsrat ein Mitspracherecht bei der Auswahl dieser Schreibkräfte.

Besonders gern streiten sich die Unternehmer über die Frage, was der Betriebsrat lesen darf. Selbstverständlich muß der Betriebsrat im Besitz der erforderlichen Gesetzestexte sein (Betriebsverfassungsgesetz, Arbeitsgerichtsgesetz, Kündigungsschutzgesetz, Jugendarbeitsschutzgesetz, Mutterschutzgesetz, Schwerbehindertengesetz usw.) und die einschlägigen Tarifverträge und Unfallverhütungsvorschriften haben. Dazu gehört auch diese Zeitschrift und unser Kommentar zum BetrVG (siehe Kasten). Bei den Kommentaren werden die Unternehmer Wert darauf legen, daß möglichst ihnen genehme Auslegungen im Betriebsratsbüro vorhanden sind.

Seit ihrem Erscheinen vor über einem Jahr versuchen die Unternehmer zu verhindern, daß die Betriebsräte „Arbeitsrecht im Betrieb“, eine arbeitsrechtliche Monatszeitschrift für Betriebsräte, abonnieren, die im gewerkschaftseigenen Bund-Verlag erscheint. Ähnlich wie bei der Frage der Teilnahme an gewerkschaftlichen Schulungs- und Bildungsveranstaltungen versuchen die Unternehmer durch massenhafte Prozesse zu verhindern, daß die Betriebsräte dieses Hilfsmittel benutzen. Bei einem Jahresabonnementpreis von 54 DM war von vornherein offensichtlich, daß es hier schlicht und einfach darum ging, den gewerkschaftlichen Standpunkt bei arbeitsgerichtlichen Problemen auszuschalten zugunsten einer „wertneutralen“, sprich unternehmerorientierten Betrachtungsweise.

Vor den Gerichten erlebten die Unternehmer in dieser Frage jedoch bisher eine eindeutige Niederlage. Die überwiegende Mehrheit der Gerichte gab den Betriebsräten recht. Eine Reihe von Verfahren sind jedoch noch nicht abgeschlossen. Rechtskräftig geworden ist der Beschluß des Arbeitsgerichts Frankfurt vom 21. Oktober 1980 (12 BV 20/80), in dem einem elfköpfigen Betriebsrat das Abonnement von zwei Exemplaren der Zeitschrift zugestanden wurde. Das Arbeitsgericht Düsseldorf entschied am 8. Oktober 1980 (8 BV 85/80), daß auch in einem Kleinbetrieb von 24 Beschäftigten der Betriebsrat die Zeitschrift beziehen könne. Auch das erste Urteil (Landesarbeitsgericht Düsseldorf vom 5. Mai 1981 – 11 TaBV 6/81) fiel zugunsten des Betriebsrats aus.

Für seine Bekanntmachungen hat der Unternehmer dem Betriebsrat ein „Schwarzes Brett“ zur Verfügung zu stellen. Im Rahmen seiner Zuständigkeit entscheidet der Betriebsrat, was an diesem Schwarzen Brett angebracht wird. Hierzu zählt auch die Ansicht der Gewerkschaft zu einer bestimmten, im Betrieb aktuellen Frage. Auf Kosten des Unternehmers kann der Betriebsrat auch ein Betriebsrats-Informationsblatt herausgeben (BAG vom 21. November 1978 – 6 ABR 85/76). Florett

Sozialdemontagen weiter verschärft: Neue Belastungen auch für Rentner

Die für 1982 bis 1985 vorgesehenen Maßnahmen der neuen Etappe verschärfter Sozialdemontagen sind noch nicht endgültig beschlossen (siehe „Sozialer Rückschritt auf der ganzen Linie“, 9/81 und „Weiter verschlechtert: soziale Rechte bei Krankheit und Arbeitslosigkeit“, 10/81). In Bonn aber wurde bereits wieder eine neue, 10-Milliarden-DM-Deckungslücke für 1981 und 1982 „entdeckt“. Weitere Belastungen für Arbeiter, Angestellte und Rentner drohen.

Der Präsident der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände, Esser, hält eine Richtungsänderung in der Sozialpolitik für dringend erforderlich. Als ob nicht schon längst die Weichen in Richtung Sozialabbau gestellt wurden. Die SPD/FDP-Koalition erwägt eine weitere Erhöhung des Beitrages zur Arbeitslosenversicherung von jetzt 3 auf 4 Prozent.

Neben der von der Bundesregierung schon beschlossenen Steigerung der Tabak-, Branntwein- und Sektsteuer werden weitere Steuererhöhungen ins Kalkül gezogen. Die FDP drängt auf Kürzungen der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall durch unbezahlte Karenztage oder zeitlich begrenzten Abschlag. Der gesundheitspolitische Arbeitskreis der CSU aber tritt dafür ein, daß Krankenhauspacienten einen „nennenswerten Betrag“ bei Krankenhausbehandlung zuzahlen.

Wie ein „Lichtblick“ im Dschungel der unsozialen „Grausamkeiten“ wirkt es da, daß die rund 13 Millionen Renten der gesetzlichen Rentenversicherung zum 1. Januar 1982 um 5,76 Prozent angepaßt werden. Erstmals seit 1977 erfolgt damit wieder die bruttolohnbezogene Anpassung der Sozialrenten; aber ausgehend von einem durch Verschiebung und Kürzung der drei letzten Rentenanpassungen um 13,3 Prozent geminderten Niveau der Renten. Bei einer durchschnittlichen jährlichen Teuerungsrate von 6,5 Prozent, die steigende Tendenz aufweist, erhalten die Rentner auch mit den 5,76 Prozent keinen vollen Ausgleich für die Steigerung der Lebenshaltungskosten. Schon in den Jahren 1980 und 1981 mußten sie bei nur 4 Prozent Rentensteigerung einen spürbaren realen Kaufkraftverlust hinnehmen.

Der von der CDU/CSU gestellte Bundestagspräsident Stücklen hat vor wenigen Wochen festgestellt, daß die Bezüge der Bundestagsabgeordneten, die allein an Grunddiäten und Unkostenpauschale monatlich auf 12 000 DM zuzüglich weiterer lukrativer Vergünstigungen kommen, um 2000 DM im Monat angehoben werden müßten. Von den knapp 8 Millionen Erwerbsunfähigen- und Altersrenten der Rentenver-

sicherung der Arbeiter und Angestellten erreichen 92,2 Prozent keine 2000 DM im Monat.

Mit 5,76 Prozent erhalten die Bezieher von Versichertenrenten der Arbeiterrentenversicherung, die fast zwei Drittel aller Sozialrenten zahlt, ab Januar 1982 im Durchschnitt monatlich nicht 2000, 1000 und auch nicht 100, sondern nur 40,80 DM, die Witwen 34,50 DM mehr. In der Angestelltenversicherung fällt die durchschnittliche Erhöhung günstiger aus: 61,80 DM bei den Versicherten-, 59 DM bei den Witwenrenten.

Doch nicht alle Rentner erhalten die 5,76 Prozent voll. Beim Zusammentreffen mit einer Unfallrente kann, wenn Höherversicherungsbeiträge entrichtet wurden, bei Renten mit Kinderzuschüssen, den Halbwaisenrenten und für die nach einem im ersten Halbjahr 1978 eingetretenen Versicherungsfall gezahlten Renten die Anpassung geringer ausfallen.

Trotzdem könnte man sagen: Immerhin, die Renten werden angepaßt, während andere Sozialleistungen eingeschränkt werden. Gerade die Rentner werden jedoch von vielen dieser Rotstiftmaßnahmen unmittelbar und oft am stärksten betroffen und belastet. Das gilt vor allem für die Steigerung der direkten Zuzahlung der Kranken zu den Krankheitskosten.

Mehr als 1 Million Rentner beziehen Wohngeld. Die 7,5prozentige Einsparung beim Wohngeld soll hauptsächlich zu ihren Lasten erzielt werden, indem der allgemeine Freibetrag für Renten und ähnliche Einkommen, der schon im Januar 1978 von 30 auf 15 Prozent halbiert wurde, ab Januar 1982 weiter auf 12,5 Prozent herabgesetzt wird. Weniger Wohngeld – nicht selten auch bei höherer Miete – wird die Folge sein. Für Rentner, die Einkommensteuer zu zahlen haben, soll die Steuerbelastung dadurch steigen, daß der steuerpflichtige „Ertragsanteil“ mit dem 2. Haushaltsstrukturgesetz erhöht wird.

Vorwiegend Rentner sind auch betroffen von den bei den „freiwilligen“ Sozialhilfen durch Länder und Gemeinden schon erfolgten Kürzungen. Die Länder

aber drängen jetzt auch auf Abbau der gesetzlichen Sozialhilfen. Acht Einschränkungen bei der „Hilfe zum Lebensunterhalt“ und zehn bei den „Hilfen in besonderen Lebenslagen“ sieht eine von den CDU-regierten Ländern Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg dazu im Bundesrat eingebrachte Gesetzesvorlage vor.

Nach dem neuen Renten Anpassungsgesetz sollen die Rentner ab 1983 ihren Krankenversicherungsbeitrag selbst zahlen. Zunächst soll das nur bei den Rentnern, die zusätzliche Einkünfte (z. B. Betriebsrente) haben, zu deren Kürzung um 5,9 Prozent und einer Belastung dieser Rentner mit insgesamt 800 Millionen bis zu 1 Milliarde DM jährlich führen. Die ab Januar 1982 festgelegte Minderung des Rentenversicherungsbeitrages um 0,5 Prozent zugunsten der Arbeitslosenversicherung aber steigert die Gefahr, daß die Regierenden schon bald wieder ein „Loch in der Rentenkasse“ zum Anlaß für weitere direkte Kürzungen im Rentenbereich nehmen.

Wahrhaftig, es ist an der Zeit, den Amoklauf gegen das schon stark durchlöchernte „Netz der sozialen Sicherung“ zu stoppen. Nicht bei den Sozialausgaben, sondern bei den horrenden Aufwendungen für Rüstung, NATO und EG, die Militärhilfe für Diktaturen und Subventionen an Großkonzerne ist der Rotstift anzusetzen, und die Besteuerung der Riesenvermögen und Supergewinne zu erhöhen. Die so zu gewinnenden Mittel wären ausreichend, nicht nur das vom DGB geforderte Beschäftigungsprogramm zu finanzieren. Auch die Renten und Sozialleistungen und damit die Massenkaukraft könnten gesichert und ausgebaut werden. Arthur Böppe

10. Mill. streikten gegen Sozialabbau

Nachdem es in den vergangenen Wochen in den Betrieben Italiens zu zahllosen spontanen Arbeitsniederlegungen gekommen war, legten am 23. Oktober nach einem Aufruf der italienischen Gewerkschaften CGIL, CISL und UIL über zehn Millionen Industrie- und Landarbeiter aus Protest gegen den Abbau ihrer Realeinkommen für vier Stunden die Arbeit nieder. In zahlreichen Regionen schlossen sich auch Lohnabhängige anderer Bereiche dem Streik an, der gegen die provokatorische und arbeiterfeindliche Haltung der Unternehmerverbände gerichtet war. In der Tat fordern die Unternehmer mit Unterstützung gewisser Regierungskreise, daß die Teuerungszulage (gleitende Lohnskala) eingeschränkt, die ersten drei Krankheitstage nicht mehr entlohnt und die gesamtstaatlichen Kollektivverträge nicht erneuert werden. R.

„Solidarnosc“ will die Macht Chaos nach chilenischem Muster

Der Gdansk Kongreß der polnischen Organisation „Solidarnosc“ und die Wochen danach haben auch für außenstehende Beobachter sehr viel mehr Klarheit über die Absichten dieser oppositionellen Vereinigung gebracht als die Zeit davor. Die offen konterrevolutionäre Organisation KOR hat sich während des Kongresses selbst aufgelöst mit der Begründung, daß „Solidarnosc“ die KOR-Zielsetzungen mit abdecke. Erklärungen Walesas und anderer, daß die Kommunistische Partei keine Existenzberechtigung mehr habe, Forderungen nach sogenannten freien Wahlen, nach Abschaffung des zentralen staatlichen Eigentums an den Produktionsmitteln und der militante Wirtschaftsboykott weisen die „Solidarnosc“-Führung als unversöhnliche Feinde des Sozialismus aus, die immer mehr die anfängliche gewerkschaftliche Verkleidung ablegen.

Andererseits aber scheinen sich auch in der Führung der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP) und im Regierungslager jene Kräfte mehr nach vorn zu schieben, die keinen Spielraum mehr für weiteres Zurückweichen vor „Solidarnosc“ sehen, weil keiner mehr da ist, ohne den sozialistischen Charakter der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung selbst aufzugeben. Mit der Ersetzung Kanas durch Jaruzelski an der PVAP-Spitze sollte dies offenbar sowohl nach innen als auch nach außen signalisiert werden.

Gerade in den letzten Oktobertagen, im Zusammenhang mit dem landesweiten einstündigen Streik, ist dieser neue Akzent sichtbar geworden. Auf Partei- und Regierungsseite wird nicht mehr nur geredet, sondern auch gehandelt. Anzeichen dafür sind der Einsatz der unter Leitung von Berufsoffizieren stehenden „Operativgruppen“ der Armee zur Sicherung der Versorgung, die Ankündigung und Vorbereitung eines zeitweiligen Verbots von Streiks, die in der zerrütteten Wirtschaftssituation auch von immer größeren Teilen der Bevölkerung als „Streikterror“ empfunden werden, sowie die Verbreiterung der Regierungsbasis durch Erweiterung des Bündnisses in der „Nationalen Front“.

Anzeichen für das Ersetzen von Reden durch Handlung war auch der Austritt von Mitgliedern des Zentralkomitees der PVAP aus „Solidarnosc“. Jaruzelski kennzeichnete die Streiktaktik von „Solidarnosc“ so: „Immer wenn die Partei wieder Kräfte konsolidiert, wenn die Staatsmacht mit neuen, chancenreichen Bemühungen beginnt, fängt wie auf Bestellung der quälende, hetzende und vernichtende Tanz von Streiks, Protesten und mannigfaltigen Spannungen von neuem an.“ Die Phase, in der es in PVAP- und Staatsführung überwiegend Illusionen und falsche Hoffnungen über den Charakter und die wirklichen Zielsetzungen

der „Solidarnosc“-Führung gab, scheint zu Ende zu gehen.

Zu Ende geht offenbar auch die Geduld und Gutgläubigkeit von Millionen Polen. Der sogenannte Generalstreik von Ende Oktober war längst nicht mehr geschlossen. Nur unter Gewaltanwendung durch „Solidarnosc“-Leute gegen Arbeiter, die der ewigen Streiks müde sind, konnten mancherorts überhaupt noch Produktionsstilllegungen erfolgen. Hunderttausende anfängliche „Solidarnosc“-Anhänger sind in den letzten Wochen zu den weiterbestehenden früheren Gewerkschaften, den Branchengewerkschaften, zurückgekehrt (siehe auch „Welt der Arbeit“ vom 29. Oktober). Immer mehr Polen begreifen, daß die heutige katastrophale Lage längst nicht mehr direkte Folge früherer Partei- und Regierungsfehler ist, sondern von antisozialistischen Kräften bewußt herbeigeführt und verschlimmert wird nach der De-

vise „Je schlimmer, desto besser“, mit der auch in Chile von der Konterrevolution gegen die Regierung Allende vorgegangen worden war.

Die ökonomischen Folgen dieser Taktik, die die Unzufriedenheit aufgrund vorausgegangener Fehler ausnutzt, sind schon jetzt verheerend. Die Industrieproduktion in den ersten neun Monaten dieses Jahres sank um fast 14 Prozent ab. Die Förderung von Steinkohle, dem wichtigsten Exportartikel Polens, ging um fast 20 Prozent zurück; es sieht so aus, als ob nicht mal der Eigenbedarf für den Winter gedeckt werden kann. Der Wohnungsbau sinkt, die privaten Kleinbauern, die die Struktur der Landwirtschaft bestimmen, liefern immer weniger Schlachtvieh und andere Produkte an den Staat ab. Aber die Löhne und Gehälter wurden im gleichen Zeitraum um 24,4 Prozent hochgedrückt.

In der „Solidarnosc“-Führung vollzieht sich augenscheinlich gegenwärtig ein schneller Differenzierungsprozeß. Während der Walesa-Flügel jenen Teil der antisozialistischen Kräfte verkörpert, der aus den Niederlagen der Konterrevolutionen in Ungarn und der CSSR gelernt hat, drängen die militantesten Kräfte, die den sozialistischen Staat lieber heute als morgen kaputtschlagen möchten, auf eine schnelle Entscheidung im Kampf um die Macht. So erklären sich die Streikaktionen in den Schwerpunkten der Industrie wie Kohle und Stahl, die selbst gegen den erklärten Willen Walesas weitergingen.

Sicher dürfte jedoch sein, daß der Zustand labiler Machtverhältnisse, wie er seit über einem Jahr in Polen herrscht, dem Ende entgegengeht. Und es werden PVAP und die Staatsmacht sein müssen, die die Lage durch entschlossenes Handeln zugunsten des Sozialismus zu klären haben. G. Siebert

Resolution Nr. 1:

Gleiche Rechte wie in Polen

Sendezeit für Gewerkschaften / Unzensurierte Veröffentlichung gewerkschaftlicher Standpunkte in Zeitungen und Zeitschriften / Gesetz über volle, gleichberechtigte Mitbestimmung / Abwahl von unfähigen Managern.

Die Deutsche Journalisten-Union (dju) im Landesbezirk Nordrhein-Westfalen der IG Druck und Papier fordert:

- von den öffentlich-rechtlichen Medien (Rundfunk und Fernsehen) angemessene Sendezeit
- und von den Zeitungs- und Zeitschriftenverlegern in allen Publikationen angemessenen Raum

für die unzensurierte Darlegung gewerkschaftlicher Standpunkte zu wirtschaftlichen, sozialen und bildungspolitischen Fragen sowie zur Entspannungs- und Abrüstungspolitik.

Forderungen der Außerordentlichen Landesbezirkskonferenz der dju in NRW am 9. Oktober 1981 in Dortmund.

Kommuniqué über das Gespräch zwischen Breschnew und Vetter

Über das Gespräch, das am 13. Oktober in Moskau zwischen dem sowjetischen Staats- und Parteichef Leonid Breschnew und dem DGB-Vorsitzenden Heinz Oskar Vetter stattfand, wurde folgendes Kommuniqué veröffentlicht:

„Am 13. Oktober 1981 empfing der Generalsekretär des ZK der KPdSU, der Vorsitzende des Obersten Sowjets der UdSSR, L. I. Breschnew, im Kreml den Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes der Bundesrepublik Deutschland, Heinz O. Vetter, der sich in der Sowjetunion auf Einladung des WZSPS befand, und hatte mit ihm ein Gespräch. Es fand ein Meinungsaustausch statt über Fragen der Entwicklung der Beziehungen zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik Deutschland und über einige Probleme der heutigen internationalen Lage, die die Interessen und die Lebensbedingungen der Arbeitnehmer der Länder Europas berühren.“

Von beiden Seiten wurde die Überzeugung ausgedrückt, daß gute Perspektiven für die weitere Entwicklung fruchtbarer, für beide Seiten nützliche Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik Deutschland auf dem Gebiet der Wirtschaft, der Wissenschaft, der Kultur und anderer Gebiete bestehen, was den Interessen der Völker beider Länder entspricht und positive Bedeutung für die allgemeine Gesundung des politischen Klimas in Europa besitzt. Es wurde ebenfalls die wichtige Rolle unterstrichen, welche die gesellschaftlichen Organisationen, die die Interessen der Arbeitnehmer vertreten, im Kampf um die Zügelung des gefährlichen Wettrüstens und um die Sicherung der Stabilität des Friedens in Europa und der friedlichen Zusammenarbeit aller europäischen Länder zu spielen berufen sind.

Das Gespräch verlief in warmer, kameradschaftlicher Atmosphäre. Daran nahmen teil der Kandidat des Politbüros des ZK der KPdSU, Sekretär des ZK der KPdSU, B. M. Ponomarjow, der Vorsitzende des Zentralrats der sowjetischen Gewerkschaften, A. I. Schibajew, der persönliche Assistent des Generalsekretärs der KPdSU, A. M. Aleksandrow, und ebenso der Leiter der Internationalen Abteilung des Bundesvorstandes des DGB, E. Kristoffersen.“

Kommuniqué

Über die Gespräche zwischen den Vertretern des Zentralrates der sowjetischen Gewerkschaften und des Deutschen Gewerkschaftsbundes

„Auf Einladung des Zentralrates der sowjetischen Gewerkschaften (WZSPS) weilte vom 11. bis 13. Oktober 1981 eine Delegation des Bundesvorstandes

des Deutschen Gewerkschaftsbundes, vertreten durch seinen Vorsitzenden Heinz O. Vetter und dem Leiter der Internationalen Abteilung E. Kristoffersen, in der UdSSR. Die DGB-Delegation wurde vom Generalsekretär des ZK der KPdSU, dem Vorsitzenden des Obersten Sowjets der UdSSR, L. I. Breschnew, empfangen. Die DGB-Vertreter führten Gespräche mit der Delegation des WZSPS unter der Leitung des Vorsitzenden A. Schibajew. Es fand ein Informationsaustausch über die Arbeit der Gewerkschaftsbünde der BRD und UdSSR statt. Es wurden die Fragen der bilateralen und internationalen Zusammenarbeit der Gewerkschaften in der heutigen Situation besprochen.“

Die Teilnehmer des Treffens äußerten ihre ernste Besorgnis über die wachsende Verschärfung der internationalen Lage. Das Wettrüsten lastet schwer auf den Schultern der Werktätigen, die gezwungen sind, neue kostspielige Waffen mit ihrer Arbeit zu bezahlen. In Kenntnis dessen, daß der Frieden die wichtigste Voraussetzung für den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Fortschritt schafft, fordern der WZSPS und DGB auf, die Friedenspolitik über andere politische Aufgaben in der Tätigkeit der Regierungen und anderer öffentlicher Kreise zu stellen.

WZSPS und DGB begrüßen die baldige Wiederaufnahme der Abrüstungsverhandlungen zwischen der UdSSR und den USA und treten ein für einen erfolgreichen Abschluß der KSZE-Folgekonferenz in Madrid. WZSPS und DGB sind überzeugt, daß die Gewerkschaften den Frieden sichern können, wenn sie ihre Anstrengungen für die Festigung der gegenseitigen Verständigung und Schaffung des Vertrauensklimas unter den Völkern einsetzen. Sie stimmen überein, daß der Friedensdialog auf allen Ebenen fortgesetzt werden soll, um die kollektive Sicherheit zu garantieren, die Gefahr eines neuen Krieges zu bannen und das Wettrüsten einzustellen. Der bevorstehende Besuch des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, des Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets, L. Breschnew, in der BRD wird zum wichtigen Schritt auf diesem Wege. WZSPS und DGB treten auch für einen weiteren Ausbau der wirtschaftlichen Zusammenarbeit der UdSSR und BRD ein.

Die Gesprächspartner bewerten die Beziehungen der Gewerkschaften beider

Länder als positiv für die Festigung der Verständigung und des gegenseitigen Vertrauens. Beide Organisationen treten für den weiteren Ausbau der Kontakte ein. Die Delegationen informierten einander über die bevorstehenden Gewerkschaftstage 1982 und die Einladungen an den WZSPS und DGB zu den Tagungen. Die Vertreter des WZSPS und DGB unterstrichen die Bereitschaft ihrer Organisationen, gewerkschaftliche Initiativen in Europa zur Sicherung des Friedens zu unterstützen.

DGB und WZSPS betonten die Wichtigkeit der Durchführung der Konferenzen europäischer Gewerkschaften und erklärten sich bereit, zum erfolgreichen Verlauf der 4. Konferenz im November 1981 in Genf beizutragen. Beide Seiten äußerten ihre Befriedigung mit den Ergebnissen der Gespräche, die in einer sachlichen Atmosphäre verliefen und durch gegenseitiges Verständnis und Offenheit gekennzeichnet waren.“

(DGB-Informationsdienst ID 6/81)

Gewerkschaftsführer treffen sich in Genf

Am 24. und 25. November 1981 treffen sich in Genf die Vorsitzenden und weitere führende Funktionäre aller Gewerkschaftsbünde der Länder Europas. Möglich, daß der Gewerkschaftsbund Albaniens, wie in der Vergangenheit schon, nicht vertreten sein wird. Das bevorstehende Arbeitstreffen ist das vierte dieser Art im Abstand von zwei Jahren seit 1975. Die Absprache zu diesen regelmäßigen Beratungen über wichtige gewerkschaftspolitische Fragen war 1974 erfolgt.

Hauptthema der Zusammenkunft ist: „Neue Techniken und Technologien und ihre Auswirkungen auf die Arbeitnehmer“. Alle Gewerkschaftsbünde wurden von einer gemeinsam benannten Vorbereitungsgruppe aufgefordert, zu diesem Thema eigene Erfahrungen beizutragen. Für diese eigenständige gewerkschaftliche Veranstaltung werden Räume und organisatorisch-technische Einrichtungen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) in Genf genutzt.

Die Bedeutung der Tatsache, daß die Gewerkschaftsführungen aller europäischen Länder in Ost und West zu gemeinsamen, regelmäßigen Konsultationen und Beratungen zusammentreffen, liegt auf der Hand. Dennoch findet sie in den Publikationen des DGB, der ebenfalls vertreten sein wird, mit keiner Silbe Erwähnung. Das war auch bei den drei vorausgegangenen Konferenzen so.

NACHRICHTEN werden im Dezember-Heft ausführlich über die Zusammenkunft der europäischen Gewerkschaftsführer in Genf berichten. G. S.

DDR: Soziale Sicherheit – Ergebnis des Kampfes der Arbeiterbewegung

„Sozialismus und Frieden sind wesenseins.“ Mit dieser Feststellung eröffnete Harry Tisch, Vorsitzender des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB) in der DDR, eine wissenschaftliche Konferenz, die vom 30. September bis 2. Oktober 1981 in Berlin stattfand und sich mit „Traditionen, Lehren und Erbe des Kampfes der deutschen Arbeiterklasse um soziale Sicherheit“ beschäftigte. An der Konferenz des FDGB-Bundesvorstandes nahmen mehr als 500 Gewerkschafter teil, darunter auch Vertreter aus 38 sozialistischen und kapitalistischen Staaten sowie von internationalen Organisationen. Zu den Teilnehmern gehörte auch der Abteilungsleiter beim Internationalen Arbeitsamt in Genf, Dr. Bernt Erich Heise, beheimatet in der Bundesrepublik.

Den engen Zusammenhang zwischen Frieden und sozialer Sicherheit unterstrich Harry Tisch mit einer Charakterisierung der Rüstungsmonopole in den kapitalistischen Ländern. Anknüpfend an Karl Liebknecht sagte er über ihre Moral: „Wenn der Straßenräuber von seinem überfallenen Opfer forderte: ‚Geld oder Leben!‘, so fordern die Rüstungsmonopole, wie Karl Liebknecht so leidenschaftlich warnte, am Ende beides: Geld und Leben.“

Auf dieser Konferenz wurde deutlich: Nichts ist den Arbeitern geschenkt worden, alles mußte von der Arbeiterbewegung in harter Auseinandersetzung gegen das Kapital erkämpft werden. Diese Lehre richtete Harry Tisch auch an die Adresse Bonns, weil es dort Bestrebungen gibt, den 100. Jahrestag der Botschaft Kaiser Wilhelm I. an den Reichstag vom 17. November 1881 zur staatlichen Sozialversicherung zu nutzen, um den Kaiser und den „Eisernen Kanzler“ Fürst Bismarck „als Stammvater des sozialen Fortschritts zu kostümieren und zurechtzuschminken“.

In ihrem Referat wies die stellvertretende FDGB-Vorsitzende Johanna Töpfer nach, daß alle Erfolge in dem 150 Jahre langen Kampf um soziale Sicherheit letztlich nur durch die revolutionären Kräfte der deutschen Arbeiterklasse erreicht werden konnten. Voll verwirklicht wurde die soziale Sicherheit jedoch erst nach 1945, wo es in der DDR dank der Einheit der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung möglich war, eine neue sozialistische Gesellschaftsordnung ohne Privateigentum an den entscheidenden Produktionsmitteln aufzubauen.

Als Lehre aus den Erfahrungen der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung entwickelte Johanna Töpfer die These: „Der Kampf um soziale Sicherheit kann nur erfolgreich sein, wenn er als Bestandteil des politischen Kampfes der Arbeiterklasse um den gesellschaftlichen Fortschritt geführt

wird.“ Anhand zahlreicher Beispiele schilderte die Referentin den opferreichen Kampf der deutschen Arbeiterbewegung um soziale Sicherheit und machte deutlich, daß im Kapitalismus bei allen erreichten Erfolgen „soziale Sicherheit, soziale Geborgenheit für die ganze Arbeiterklasse, für alle Werktätigen unerreichbar“ wären.

Viele der sozialen Forderungen konnten in der heutigen DDR erst nach dem Siege der neuen Gesellschaftsordnung und dem damit verbundenen ständigen Wirtschaftswachstum verwirklicht werden. Von den zahlreichen Fakten, die dies belegen, sei hier nur genannt: „In den Jahren 1971 bis 1980 wurden 1,4 Millionen Wohnungen neu gebaut oder modernisiert. In den vergangenen zehn Jahren verbesserten sich damit die Wohnungsverhältnisse für rund 4,25 Millionen Menschen. Die Mieten blieben stabil und betragen im Durchschnitt etwa 3 bis 5 Prozent des Nettoeinkommens einer Familie.“

Eine weitere Lehre der mehr als 30jährigen Aufbauarbeit in der DDR besagt, „daß der Kampf um soziale Sicherheit die Gesamtheit der grundlegenden Menschenrechte einschließen muß, also das Recht auf Leben, auf Arbeit, auf Bildung, auf Teilnahme an der Leitung und Planung aller gesellschaftlichen Prozesse, auf Freizeit und Erholung und auf ein gesichertes Einkommen ebenso wie die gesundheitliche Betreuung, die Sorge um Mutter und Kind, den älteren Bürger und den Kranken“.

In der Diskussion wurde die Darlegung des Referats mit zusätzlichen Informationen untermauert. Aus der Bundesrepublik sprach Klaus Pickshaus vom Institut für Marxistische Studien und Forschungen aus Frankfurt am Main: „Mit ihren wirtschaftlichen und sozialpolitischen Erfolgen beweist die DDR, daß die Krise nicht weltweit ist, daß Sozialabbau und Verschlechterung des Lebensstandards kein unhänderliches Schicksal sind.“ Werner Petschick

Weltkonferenz

Gewerkschaftsorganisationen und ihre führenden Repräsentanten aus 23 Ländern haben zu einer Weltkonferenz der Gewerkschaften eingeladen, die sich mit Fragen der Abrüstung und ihren sozialen und ökonomischen Aspekten befassen wird. Die Konferenz findet vom 15. bis 17. Dezember 1981 in Paris statt. Eingeladen wurden die Gewerkschaften aller Länder der Erde – auch der DGB. Es werden 250 bis 300 Gewerkschaftsfunktionäre erwartet, die viele Millionen Gewerkschaftsmitglieder vertreten. Vorsitzender des vorbereitenden Komitees ist der Vorsitzende des britischen Gewerkschaftsbundes TUC in Schottland, Milne.

Die Pariser Weltgewerkschaftskonferenz über die sozialen und wirtschaftlichen Gesichtspunkte der Abrüstung war bereits 1980 angeregt worden. Sie wird in einer Zeit stattfinden, in der das Engagement aller friedliebenden Kräfte in Europa und anderen Teilen der Welt einen nie dagewesenen Umfang erreicht hat. Dabei geht es insbesondere auch um das Engagement von Millionen Gewerkschaftern.

Nach der Friedenskundgebung der 300 000 in Bonn am 10. Oktober kam es am 24. und 25. Oktober in weiteren Hauptstädten europäischer NATO-Länder zu Großdemonstrationen gegen die Aufstellung neuer amerikanischer Atomraketen in Westeuropa und für den Abbau aller Raketen in Ost und West. Die größte Manifestation fand in Rom statt, wo über 400 000 Menschen forderten, Schluß zu machen mit dem Rüstungswahnsinn. In London demonstrierten mehr als 200 000 Menschen, in der belgischen Hauptstadt Brüssel über 200 000. In Paris beteiligten sich 100 000 Menschen an der Protestaktion. Ebenso demonstrierten jeweils Tausende in Washington, Stockholm und Oslo für Abrüstung in Ost und West. Überall waren die Friedensdemonstrationen und -kundgebungen gemeinsam von Christen, Sozialdemokraten, Kommunisten, Gewerkschaften, Grünen und vielen anderen Gruppierungen getragen.

Die Pariser Weltkonferenz über Abrüstungsfragen dürfte dazu beitragen, die Gewerkschaften mit ihren vielen Millionen Mitgliedern stärker in die Abrüstungs- und Friedensaktivitäten einzubeziehen. Während seines UdSSR-Besuches Mitte Oktober hatten Heinz O. Vetter für den DGB und sein Gastgeber Alexander Schibajew für die sowjetischen Gewerkschaften die Bereitschaft ihrer Organisationen erklärt, „gewerkschaftliche Initiativen in Europa zur Sicherung des Friedens zu unterstützen“. Wie zu erfahren war, werden die sowjetischen Gewerkschaften an der Pariser Konferenz teilnehmen; wo aber bleibt der DGB?

Bestseller der Friedensbewegung

Konrad Lübbert: Neutronenbombe – Eine saubere Waffe, die nur Leben zerstört. Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt/Main 1981, 206 Seiten, 9,50 DM.

Man hat dieses Buch seit seiner „Premiere vor Ort“ anlässlich der Demonstration am 10. Oktober in Bonn wiederholt als einen Bestseller der Friedensbewegung bezeichnet. In der Tat wird hier – wie es im Fachjargon von Verlegern und Buchhändlern heißt – ein „Schnellschuß“ vorgelegt, der auf vielfache Weise Aufmerksamkeit hervorruft. Zunächst, weil ein Pfarrer und namhafter Repräsentant der christlichen Friedensbewegung in einem marxistischen Verlag zu Wort kommt. Offensichtlich wollen beide – Autor und Verlag – auf diese Weise demonstrieren, daß es im Zusammenwirken verschiedener Kräfte für Frieden und Abrüstung keine Berührungsangst mehr geben darf.

Ausführlich und vor allem anschaulich und populär geschrieben, erläutert Konrad Lübbert – ein ehemaliger Journalist – Entstehungsgeschichte, Funktion und Wirkungsweise der Neutronenbombe als Ausdruck der Perversion menschlichen Denkens. Der Autor kommentiert darüber hinaus die militärstrategischen Überlegungen, die der Produktion dieser Waffe zugrundeliegen und weist schlüssig nach, daß es sich hier um Angriffswaffen handelt, die die Gefahr eines Atomkrieges erhöhen.

Der Verlag bezeichnet im Vorwort das Buch als einen Beitrag zur Unterstützung der Friedensbewegung. Diese Absicht ist vollumfänglich gelungen, nicht nur durch die schlüssige und faktenreiche Argumentation Konrad Lübberts, sondern auch durch den umfangreichen Dokumentenanhang. Die rund 70 Stellungnahmen, Erklärungen, Artikel, Reden usw. dokumentieren zunächst in einem Hauptabschnitt Funktion und Wirkung der Neutronenbombe. In weiteren Abschnitten wird die Meinung der Befürworter dieser Waffe, die Haltung der Bundesregierung und der CDU/CSU wiedergegeben. Besonders umfangreich ist das Kapitel mit zahlreichen Stimmen der Vernunft und des Protestes. Was hier das Buch wiederum für einen Gewerkschafter interessant macht, ist ein besonderer Abschnitt mit gewerkschaftlichen Beschlüssen und Aussagen gegen die Neutronenbombe. Hier sind u. a. auch die Beschlüsse des 11. DGB-Bundeskongresses, der letzten Bundesfrauenkonferenz sowie Stellungnahmen von Eugen Loderer und Leonhard Mahlein enthalten.

Außerdem enthält das Buch zahlreiche Karikaturen und die verkleinerte Wiedergabe mehrerer internationaler Pro-

testplakate gegen die Neutronenbombe. Sie dokumentieren ein Stück Geschichte des Kampfes gegen diese besonders grausame Vernichtungswaffe.

Die Aktualität des vorliegenden Buches hat sich nach seinem Erscheinen durch die Äußerung des US-Präsidenten Reagan noch erhöht, wonach ein atomarer, auf Europa „begrenzter“ Krieg möglich sei. Solchen Vorstellungen dient die Produktion der Neutronenbombe und schließlich auch ihre Stationierung in der Bundesrepublik.

Dies zu verhindern – so betont Konrad Lübbert – sei eine vorrangige Aufgabe der Friedensbewegung. Und so ist denn auch ein umfangreicher, abschließender Teil seines Beitrages der Bedeutung und Entwicklung der Friedensbewegung unseres Landes gewidmet, den er mit dem Appell beendet: „An unserem Einsatz, an unserer Durchhaltekraft, an unserer Sachlichkeit und an unserer Phantasie hängt es, ob der Rüstungswahn noch gestoppt werden kann oder ob mit der Neutronenwaffe der nächste Schritt in Richtung Suizid der Menschheit begangen wird.“ H. A.

Bucheingänge

Militärische Aufrüstung und soziale Demontage? Politische und wirtschaftliche Alternativen zur Rüstungspolitik der Bundesregierung. WI-Verlag, Düsseldorf, 1981, 5,- DM.

Besonders interessant an dieser Broschüre sind die Materialien und Beispiele, wie durch Abrüstung die Krisenlasten vermindert und durch Umschichtungen im Haushalt und in der Produktion Arbeitsplätze geschaffen werden können.

Friedensbroschüre, Gewerkschafter fordern: „Frieden durch Abrüstung“, WI-Verlag, Düsseldorf, 1981, bei Mindestabnahme von 10 Exemplaren Preis 3,- DM.

Empfohlen wird diese Broschüre von der Landesbezirksleitung der Gewerkschaft HBV in Nordrhein-Westfalen, um Anregungen zu geben, wie in örtlichen Veranstaltungen und Diskussionen die gewerkschaftlichen Positionen verdeutlicht werden können. Neben Beiträgen von Christian Götz, Georg Benz und Delft Hensche sind hier wesentliche Beschlüsse von Gewerkschaftstagen zusammengetragen.

VERLAGSINTERNES

Die Frankfurter Buchmesse haben wir erfolgreich überstanden. Neben einem zufriedenstellenden Buchabsatz und der Gewinnung einiger neuer Abonnenten hatten wir Gelegenheit, mit Lesern der Zeitschrift und Kollegen aus Verlagen und Buchhandlungen ins Gespräch zu kommen. Im Vordergrund stand dabei immer der Gedanke, wie die Zusammenarbeit im gegenseitigen Interesse noch verbessert werden kann. Derzeit sind wir intensiv mit der Vorbereitung des 6. NACHRICHTEN-Seminars zum Thema Berufliche Bildung und Weiterbildung am 28./29. dieses Monats in Frankfurt beschäftigt. Wer Interesse an der Thematik hat (zur Information sei nochmals verwiesen auf NACHRICHTEN 9/81, Seite 23) und sich bisher nicht angemeldet hat, für den ist es jetzt, mit Erscheinen dieser Ausgabe, allerhöchste Zeit. Wir werden natürlich in der Dezember-Ausgabe der NACHRICHTEN über das Seminar berichten.

In der letzten Ausgabe berichteten wir in einem ausführlichen Artikel „Frankfurt darf kein Asyl für Arbeitslose werden“ auch über die beabsichtigte Schließung von VDM in Frankfurt-Heddernheim. Dieser Tage besetzten die betroffenen Kolleginnen und Kollegen ihr Werk, um einen vernünftigen Sozialplan durchzusetzen, nachdem nun die Schließung nicht mehr abzuwenden scheint. Redaktion und Verlag der NACHRICHTEN haben der Belegschaft persönlich ihre Solidarität bekundet und einen spontan gesammelten Geldbetrag überreicht.

Abschließend müssen wir uns bei unseren Lesern für Fehler in der Ausgabe Nr. 10/81 entschuldigen, die zum Teil in der Druckerei verursacht wurden:

1. So fehlte auf Seite 2 zur Glosse die Überschrift: „Zweierlei Maß.“
2. Auf Seite 21, Spalte 2 unten, sind die letzten vier Zeilen der Kolumne „IG Metall und IG Druck: Skandalöse Schießlage“ in Spalte 3 oben umgesetzt worden und so in den Artikel „Schriftsteller für Krefelder Appell ...“ gekommen.
3. Schließlich ist der auf Seite 32, Spalte 1 unten, angesprochene Prospekt zur 5. völlig neu kommentierten Auflage des BVG nicht beigelegt worden.
4. Wir vom Verlag müssen noch nachtragen, daß die „Zehn Regeln zum Schreiben der Unwahrheit“ aus dem Buch von Eckart Spoo stammen: „Anspruch auf Wahrheit“, das im Steidl-Verlag, Göttingen, erschienen ist.

Terminkalender

- **19. bis 21. November**
11. Bundesjugendkonferenz des DGB in Willingen
- **26. bis 28. November**
8. Zentrale Frauenkonferenz der Gewerkschaft Textil – Bekleidung in München
- **28./29. November**
6. Nachrichten-Seminar zum Thema berufliche Bildung in Frankfurt
- **2. bis 3. Dezember**
11. Beamtentag des DGB in Bonn
- **Januar und Februar 1982**
Delegiertenkonferenzen der DGB-Landesbezirke zur Vorbereitung des 12. ordentlichen DGB-Bundeskongresses
- **10. bis 15. Februar 1982**
10. Kongreß des Weltgewerkschaftsbundes (WGB) in Havanna (Kuba)
- **16. bis 18. Februar**
Kongreß der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD (AfA) in Bonn-Bad Godesberg.
- **26. bis 28. Februar**
9. Bundesjugendkonferenz der Gewerkschaft Nahrung – Genuß – Gaststätten in Osnabrück
- **1. März bis 31. Mai 1982**
Personalratswahlen nach dem Bundespersonalvertretungsgesetz in den Betrieben und Dienststellen des Bundes, bei Bundesbahn und -post
- **19. bis 23. April 1982**
Bundesparteitag der SPD in München
- **1. Mai bis 30. Juni 1982**
Wahl der Jugendvertretungen nach dem Betriebsverfassungsgesetz
- **16. bis 22. Mai 1982**
12. ordentlicher DGB-Bundeskongreß in Westberlin
- **5. bis 6. Juni**
Dritter Angestelltentag der IG Druck und Papier in Mannheim
- **11. bis 13. Juni**
2. Hörster Kulturtage der IG Druck und Papier

D 3476 EX

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt.
NACHRICHTEN-
Verlags-GmbH,
Glauburgstr. 66,
Postf. 18 03 72,
6000 Frankfurt/M.

0603650 N1 81.011 0039 13
FREIE UNIVERSITÄT B.
VORM. OTTO-SUHR-INSTITUT
IHNESTR. 21

1000 BERLIN 33

Zu guter Letzt

Antikriegspreis

In den vergangenen Jahren war die HBV mit zahlreichen Anti-Empfängen und Veranstaltungen dem Rummel des alljährlich im Oktober stattfindenden größten Weltliteraturzirkus, der Internationalen Frankfurter Buchmesse, entgegengetreten. Angegangen wurden neonazistische, rassistische und kriegsverherrlichende Machwerke, kaum als Literatur zu bezeichnen. In diesem Jahr nun ließ sich HBV etwas Besonderes einfallen: Sie stiftete einen Kriegspreis.

Obwohl an Schreiberlingen, die die genannten Tendenzen vertreten, kein Mangel herrscht, hatten sich die Gewerkschafter schnell auf einen geeinigt: auf Heinz Günther, genannt Konsalik, Besitzer des Hestia-Verlages. Spezieller Anlaß für die Auszeichnung mit dem Kriegspreis ist sein neuestes Machwerk „Frauenbataillon“, bei dem es sich – wie könnte es anders sein – um eine Einheit sowjetischer Scharfschützinnen während des zweiten Weltkrieges handelt. Sie werden als Sexmonster dargestellt und horrenden Dummheiten über sie verbreitet, „für die man den Tatbestand der Beleidigung der ganzen Menschheit im Strafgesetzbuch einführen sollte“, so der stellvertretende Bundesvorsitzende des VS in der IG Druck und Papier, Peter O. Chotjewitz, in seiner öffentlichen „Anti-Laudatio“.

Nach Chotjewitz' Aussagen ist das, „was Konsalik auf vielen hundert Seiten seines Romans betreibt, ... zielstrebige Erziehung zum freiwilligen Verzicht auf Menschenachtung und Würde aus niedrigen Beweggründen, nämlich um des blanken Profits willen, der freilich nur sein eigener ist“.

Neben der Darstellung der sowjetischen Scharfschützinnen „als eine Meute ständig geiler Pin-Up-Girls“ – so Chotjewitz – beschäftigt sich Konsalik mit dem Krieg. Seine Erklärung dafür: „Es ist ja so oft im Leben: Wenn Zufriedenheit um sich greift und man fühlt sich wohl im ruhigen Alltag, gibt es ganz in der Nähe einen Knall, und alles fällt wieder in sich zusammen.“ Dazu der Kommentar in der „Anti-Laudatio“: „Die wahrscheinlich hinrissigste Erklärung für einen Krieg.“

Heinz Günther alias Konsalik, der den Kriegspreis verdient hat, glänzte aus gutem Grund bei der angesetzten Verleihung durch Abwesenheit. G. M.

NACHRICHTEN

ZUR WIRTSCHAFTS-UND SOZIALPOLITIK

Gewerkschaftsspiegel
Informationen und Kommentare

ISSN 0047-8598

Herausgeber: Arthur Böpple, Bremen; Heinz Lukrawka, Dinslaken; Willi Malkomes, Frankfurt; Heinz Seeger, Friedrichshafen.

Verlags- und Redaktionsanschrift:

Postfach 18 03 72, Glauburgstraße 66, 6000 Frankfurt/Main; Tel. (06 11) 59 97 91; Konto-Nr. 1 615 6129 00 Bank für Gemeinwirtschaft, Frankfurt/M.; Postscheckkonto: Frankfurt/Main 3050 40-806.

Die NACHRICHTEN erscheinen monatlich in der NACHRICHTEN-Verlags-GmbH mit vierteljährlicher Beilage „Informationen zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse“ (März, Juni, September, Dezember – nur für Abonnenten).

Einzelpreis 4,- DM; Jahresabonnement 36,- DM einschließlich Zustellgebühren. Das Jahresabonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, falls es nicht bis zum 30. November des laufenden Jahres schriftlich gekündigt wird.

Redaktionskollegium:

Gisela Mayer, Glauburgstraße 66, 6000 Frankfurt/M. 1.
Dr. Werner Petschick (verantwortlich für den Inhalt), Glauburgstraße 66, 6000 Frankfurt/M. 1.
Dr. Heinz Schäfer, Sternstraße 52, 6103 Griesheim.
Gerd Siebert, Burgstraße 4, 2411 Borstorf/Mölln.

Namentlich gezeichnete Artikel entsprechen nicht unbedingt der Meinung der Redaktion.

Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt besteht kein Ersatzanspruch. Nachdruck nur mit Quellenangabe, bei Interviews und Artikeln von nicht der Redaktion angehörenden Autoren ist die Zustimmung des Gesprächspartners bzw. Autors notwendig.

Redaktionsschluß: 30. Oktober.

Druck: Plambeck & Co Druck und Verlag GmbH, 4040 Neuss.

NACHRICHTEN-Verlags-Gesellschaft mbH

Frankfurt am Main

